

# „Neue Heimat“

Gemeinnützige Wohnungs- und Siedlungsgesellschaft der Deutschen Arbeitsfront  
im Gau Tirol-Vorarlberg Ges. m. b. H.



## Zwangsarbeit für die Neue Heimat in Innsbruck 1939–1945

Studie, erstellt im Auftrag der Neuen Heimat

Mag.<sup>a</sup> Dr.<sup>in</sup> Sabine Pitscheider

Wissenschaftsbüro Innsbruck e. V.

Dezember 2021

Abbildung auf dem Titelblatt: Briefkopf der Neuen Heimat mit dem Symbol der DAF (Hakenkreuz, umgeben von einem Zahnrad).

# Inhalt

Vorbemerkungen	1
1. Die Neue Heimat – Zum Wohnbau in Innsbruck 1939–1945	2
2. Die Bauvorhaben der Neuen Heimat	8
3. Arbeitskräftemangel	21
3.1 Zivile ausländische Arbeitskräfte	22
3.2 Kriegsgefangene	27
3.3 Die Arbeitslager der Stadt Innsbruck	31
4. Die Baustellen der Neuen Heimat in Innsbruck	35
4.1 Die Baureifmachung durch Stadtbauamt und Stadtwerke	35
4.2 Die Bauwirtschaft im Einsatz für die Neue Heimat	39
4.3 Kriegsgefangene und Zivilarbeiter auf den Baustellen der Neuen Heimat	48
Zusammenfassende Bemerkungen	61
Abkürzungsverzeichnis	62
Verzeichnis der Abbildungen und Tabellen	62
Bibliographie	63

## Vorbemerkungen

Von Oktober 1939 bis Kriegsende errichtete die Neue Heimat in Tirol rund 4.500 Wohnungen, etwa ein Drittel davon im Rahmen der „Umsiedlung“ der SüdtirolerInnen in der Gauhauptstadt Innsbruck. Das erste Bauvorhaben in Innsbruck startete sie nach Kriegsbeginn, als dem Arbeitskräftemangel, der sich seit Spätherbst des Jahres 1938 immer mehr verschärft hatte, nur mehr mit neuen Arbeitskräften aus dem Ausland zu begegnen war. 2019 feierte die Neue Heimat Tirol ihr 80-jähriges Bestehen und beauftragte den Verein Wissenschaftsbüro Innsbruck mit einer Studie darüber, wer ihre Wohnhäuser in Innsbruck errichtet hatte, angeworbene freiwillige Arbeitskräfte aus befreundeten Staaten, Kriegsgefangene oder Zwangsarbeiter.

Die Studie gliedert sich in vier Kapitel. Kapitel eins präsentiert die im Feber 1939 gegründete Neue Heimat und die Personen, Institutionen oder Ämter, die sich mit Bauten generell beschäftigten, sowie reichsrechtlichen Vorschriften und Gesetze, die den Bereich regelten. Kapitel zwei beschreibt, welche Bauvorhaben die Neue Heimat in Tirol plante, wie die Gesellschaft in die Sondermaßnahme Südtirol eingebunden war und welche Bauten sie in Innsbruck verwirklichte. Kapitel drei beschäftigt sich mit der Frage, wie das NS-Regime ausländische Arbeitskräfte anwarb oder zwangsrekrutierte, wie es diese und Kriegsgefangene behandelte und diskriminierte und welche Lagerinfrastruktur in Innsbruck entstand. Kapitel vier schildert, wie viele Kriegsgefangene, Zwangsarbeiter und ausländische Zivilarbeiter die von der Neuen Heimat beauftragten Baufirmen einsetzten und unter welchen Bedingungen diese leben und arbeiten mussten.

Als Quellen dienten das Archiv der Neuen Heimat, das im Tiroler Landesarchiv verwahrt wird, Akten des Stadtbauamtes Innsbruck und Akten übergeordneter Behörden im Landesarchiv.

Dezember 2021

Mag.<sup>a</sup> Dr.<sup>in</sup> Sabine Pitscheider

# 1. Die Neue Heimat – Zum Wohnbau in Innsbruck 1939–1945

Die Deutsche Arbeitsfront (DAF) als Organisation der „schaffenden Deutschen der Stirn und der Faust“ zielte darauf, die „Volks- und Leistungsgemeinschaft aller Deutschen“ zu bilden.<sup>1</sup> Eine ihrer Hauptaufgaben war die „Hebung des Lebensstandards“, wozu die Schaffung von Wohnraum zählte. In jedem DAF-Gau war daher ein Heimstättenamt vorgesehen, das sich ganz generell um Wohnbauten sorgte bzw. in geplante Bauvorhaben eingriff.<sup>2</sup> Selbst in den Wohnbau stieg die DAF im Laufe der 1930er Jahre ein und richtete über das Deutsche Reich verteilt rund 40 Wohnbaugesellschaften ein. Im Gau Tirol-Vorarlberg gründete sie im Feber 1939 die „Neue Heimat Gemeinnützige Wohnungs- und Siedlungsgesellschaft in den Gauen Tirol-Vorarlberg und Salzburg“.<sup>3</sup>

Wohnbauten in der NS-Zeit zu verwirklichen, hing von vielen Faktoren ab, darunter einer ausgefeilten Bürokratie von der Reichs- bis auf die Lokalebene, und der Frage, wer welches Amt, manchmal zeitgleich mehrere, innehatte. Ab Ende September/Anfang Oktober 1939 amtierte Leo Tusch als Geschäftsführer der Neuen Heimat, nachdem sich der Gau Salzburg mit einer eigenen Wohnbaugesellschaft verabschiedet hatte und der bisherige Geschäftsführer zur Wehrmacht eingerückt war.<sup>4</sup> Der 1900 in Gröding/Salzburg geborene Tusch war einer der wichtigsten Politiker der NS-Ära in Innsbruck. 1931 trat er in Gröding der NSDAP bei, engagierte sich in der DAF, saß nach dem Verbot der Partei in den Anhaltelagern Kaisersteinbruch und Wöllersdorf ein, floh ins Deutsche Reich und verlor damit die österreichische Staatsbürgerschaft. In Magdeburg arbeitete er bis Juli 1938 im DAF-Heimstättenamt. Nach seiner Rückkehr nach Österreich, genauer nach Innsbruck, übernahm er zuerst als Gauhauptstellenleiter das Heimstättenamt der DAF und war damit eine zentrale Figur in der Frage des Wohnbaus.<sup>5</sup> Leo Tusch hatte nicht nur einige für den Wohnbau zentrale Parteifunktionen inne, sondern fungierte außerdem von März 1939 bis Mai 1945 als Ratsherr der Stadt Innsbruck. In dieser Funktion pflegte er engsten Kontakt mit der Stadtführung, vor allem mit Oberbürgermeister Egon Denz, der zugleich im Aufsichtsrat der Neuen Heimat saß.<sup>6</sup> In diesem Gremium saßen neben dem Innsbrucker Oberbürgermeister zwei Vertreter der DAF-Zentrale Berlin, weiters NS-Größen des Gaus – Gauleiter Franz Hofer, DAF-Gauobmann Vinzenz Giselbrecht – und der leitende Beamte des Wohn- und Siedlungsamtes.<sup>7</sup> Als Ehrenämter übernahm Tusch noch die Funktion des Beauftragten für Sofortmaßnahmen bei Fliegerangriffen und des Beauftragten des Gauleiters für den Vierjahresplan.<sup>8</sup> Eine Vielzahl an

---

<sup>1</sup> Verordnung des Führers über Wesen und Ziel der deutschen Arbeitsfront vom 24. Oktober 1934, in: Organisationsbuch der NSDAP, hg. Reichsorganisationsleiter der NSDAP, München <sup>3</sup>1937, 185.

<sup>2</sup> Ebd., 206.

<sup>3</sup> Der Gau Salzburg gründete im Oktober 1939 eine eigene Neue Heimat und schied damit aus der Tiroler Gesellschaft aus. Helmut Alexander, Wegmarken und Weichenstellungen – Geschichte der Wohnungs- und Siedlungsgesellschaft „Neue Heimat“ in Innsbruck, in: Neue Heimat Tirol (Hg.), Die Geschichte der „Neuen Heimat Tirol“ 1939–2014, Innsbruck–Wien 2013<sup>2</sup>, 11–82, hier: 14 f.

<sup>4</sup> Ebd., 15.

<sup>5</sup> Informationen über Leo Tusch aus seinem Akt beim Landesgericht Innsbruck. Tiroler Landesarchiv (TLA), Landesgericht als Volksgericht Innsbruck (LG als VG Ibk), 10 Vr 2836/47.

<sup>6</sup> Zur Berufung als Ratsherr: Amtsvermerk über von Gauleiter Franz Hofer genehmigte Liste der Ratsherren, 23.3.1939. Stadtarchiv Innsbruck (StAI), Akten Magistratesdirektion (MD) 1941, Abschnitt (Abs.) 35, Mappe (Mp.) Gemeindeführung – Bürgermeister, Beigeordnete, Ratsherren 12/1941, Zl. MD-1110/1939; zur Aufsichtsratsfunktion von Egon Denz: Alexander, Wegmarken, 15.

<sup>7</sup> Tabelle Aufsichtsrat, in: Neue Heimat Tirol, Anhang, 160.

<sup>8</sup> Helmut Alexander, Die Umsiedlung der Südtiroler 1939–1945, in: Tiroler Landesinstitut (Hg.), Heimatlos. Die Umsiedlung der Südtiroler, Wien 1993, 43–179, hier: 146 (Fußnote 8).

Partei- und staatlichen Stellen war für das Bauen zuständig oder fühlte sich zuständig, was der bestens vernetzte Leo Tusch zu nutzen wusste.

Auf Landesebene schuf Gauleiter Franz Hofer auf Anordnung des Reiches die Landesstelle für Raumordnung, die für alle Fragen des Bauens, seien es Infrastruktur- oder Siedlungsbauten, zuständig war. Er setzte als Leiter den Innsbrucker Architekten und Nationalsozialisten Robert Hartwig ein.<sup>9</sup> Auf Reichsebene ernannte Hermann Göring, Reichsmarschall und Beauftragter für den Vierjahresplan, im Jänner 1939 den Gefolgsmann Fritz Todt zum Generalbevollmächtigten für die Regelung der Bauwirtschaft und übertrug ihm damit die Aufsicht über das gesamte Baugeschehen im Reich. Todt verlangte als erstes eine Liste aller 1938 ausgeführten und 1939 geplanten Bauvorhaben, inklusive Angaben über die Menge verwendeter Baustoffe.<sup>10</sup> Der Generalbevollmächtigte ernannte in den Gauen Gebietsbeauftragte und Untergebietsbeauftragte und bediente sich dabei höherer Landes- bzw. Gaubeamter. Nach Kriegsbeginn amtierte der Landesbaudirektor Moritz Kojetinsky (Parteibeitritt Ende März 1938)<sup>11</sup> als sogenannter Untergebietsbeauftragter des Generalbevollmächtigten für die Regelung der Bauwirtschaft im Wehrkreis XVIII (Gau Tirol-Vorarlberg, Salzburg, Kärnten, Steiermark). In dieser Funktion war es ihm in enger Kooperation mit Reichsstellen und übergeordneten Ämtern erlaubt, Bauvorhaben zu befürworten, zu begünstigen oder einzustellen. Jedes Bauvorhaben benötigte eine Einstufung nach Dringlichkeit, ohne die keine Baufreigabe erfolgte. Es gab vier Dringlichkeitsstufen, die der Stufe 1 waren dem Regime am wichtigsten, die der Stufen 3 oder 4 waren ständig vom Baustopp oder Abzug von Arbeitskräften bedroht. Im September 1940 ordnete der Generalbevollmächtigte für die Regelung der Bauwirtschaft beispielsweise an, dass der Gaubeauftrag nach eigenem Ermessen, aber im Einvernehmen mit dem Landesarbeitsamt, Arbeitskräfte der Stufen 3 oder 4 zu jenen der Stufe 1 verlegen durfte.<sup>12</sup>

Rund um alle Fragen des Baues entwickelte sich eine umfangreiche Bürokratie, von der Frage der Finanzierung über die Baulandbeschaffung hin zur Ausführung. In der Frage der Ausführung stand neben dem Gau und diversen Interessenvertretungen das Arbeitsamt im Zentrum. An dieses Amt waren Anträge auf Baufreigabe zu richten, wobei der genaue Bedarf an bestimmten Baumaterialien wie Eisen oder Holz genauso anzugeben war wie der Nachweis, die nötigen Arbeitskräfte unterbringen zu können. Erst nach dieser Freigabe konnten sich Bauherren um die Beschaffung von Material und die Anwerbung von Arbeitskräften kümmern. An Baumaterial mangelte es in hohem Ausmaß auch schon vor Kriegsbeginn, weil beispielsweise der Eisenbedarf der Rüstungsindustrie enorm war oder die Ziegelindustrie die vielen zeitgleichen Bauvorhaben nicht ausreichend beliefern konnte. Auch rechtzeitig bestellte Materialien trafen oftmals erst nach monatelanger Wartezeit ein oder wiesen nicht die in der Bauordnung verordnete Qualität auf. Arbeitskräfte durften nicht mehr über eine Stellenausschreibung gesucht werden, sondern waren beim Arbeitsamt anzufordern bzw. dessen Zustimmung vor Anstellung einzuholen. Dem Arbeitsamt stand nämlich die alleinige Kompetenz zu, Stellen zu besetzen, was sich immer schwieriger gestaltete. Schon im Juli 1938 jubelte die NS-Presse, das Parteiorgan *Innsbrucker Nachrichten*, „Tirol fast ohne Arbeitslose“ und kündigte eine baldige „Umschichtung der Arbeitskräfte“ an. Es könne nicht sein, so die Zeitung,

---

<sup>9</sup> Zu Robert Hartwig siehe TLA, LG als VG Ibk, 10 Vr 2381/47.

<sup>10</sup> Deutscher Gemeindetag an alle Gemeinden mit mehr als 10.000 Einwohnern und Gemeindeverbände, 6.1.1939. StAI, Akten MA VI Bau 1939, Abschn.25, Akt 208.

<sup>11</sup> StAI, NS-Registrierungsakt.

<sup>12</sup> Der Beauftragte für den Vierjahresplan/Der Generalbevollmächtigte für die Regelung der Bauwirtschaft an alle Gebietsbeauftragten, 27.9.1940. TLA, Reichsstatthalter (RStH), Gaubeauftragter für die Bauwirtschaft (GB Bau), Sign. 10, Karton 2, Mp. 10-00 Arbeitseinsatz Richtlinien 1. Teil, Zl. G.B. XVIIIb/1142.

dass „ein junger, kräftiger Bursche in der heutigen Zeit in einem Hotel oder sonstwo Liftboy spielt oder in einem Geschäft leichte Botendienste versieht, wenn er auf einem größten Arbeitseinsatz erfordernden Platze derweilen vermißt wird“, worunter schon große Bauvorhaben litten. Erst nach der Erfüllung großer Aufgaben könne das NS-Ziel, dass jede Person am richtigen Platze stehe, verwirklicht werden.<sup>13</sup> Schon 1938 und mehr noch in der Kriegszeit war Bauen vor allem eine Verwaltung des Mangels.

Im März 1939 erinnerte der Reichsarbeitsminister alle an Bauprojekten Beteiligten an ihre Pflichten und die zahlreichen seit dem „Anschluss“ erlassenen Verordnungen. Die Bauwirtschaft in der Ostmark stehe vor großen Aufgaben und die Zahl „der vorgesehenen Projekte, auch wenn man nur die vordringlichen, von staatspolitischer Bedeutung rechnet“ sei so groß, „dass eine sehr starke Verknappung von Menschenkräften und Material eintreten“ werde. Der falsche „Einsatz von Arbeitskräften oder auch nur vorübergehende Unterlassung der Nutzung von Arbeitskräften bedeutet bei der gegebenen Verknappung eine nicht zu verantwortende Gefährdung wichtiger staats- und wehrpolitischer Interessen“. Baufirmen müssten ihren Arbeitskräftebedarf bei den Arbeitsämtern anmelden und sich hüten, auf eigene Faust anzuwerben, weil nachträglich die Genehmigung versagt werden könne. Wenn sich einzelne Unternehmen „Arbeitskräfte beschafft haben“, bedeute dies eine „Schädigung anderer, oft staatspolitisch bedeutsamer Betriebe“ und „oft, da wahllos Kräfte jeder Art, auch landwirtschaftliche angenommen wurden, eine Förderung der Landflucht“.<sup>14</sup>

Der neu gegründeten Gesellschaft Neue Heimat fehlte es nicht nur an Büroräumen und eigenem Personal, sondern an Baugründen und Bauvorhaben. Ende des Jahres 1939 beschäftigte die Neue Heimat nur zehn Personen, bis Oktober 1940 stieg die Zahl auf rund 116. Arbeitskräftemangel machte sich auch hier bemerkbar, denn die meisten Techniker, aber auch Schreib- und Hilfskräfte kamen aus dem Deutschen Reich, weil sich im Gau kein geeignetes Personal fand. Im Juni 1940 kaufte die Neue Heimat von der Gauselbstverwaltung das nach dem „Anschluss“ beschlagnahmte Haus des Katholischen Gesellenvereines in der Dreiehligenstraße 9 und richtete ihre Büroräume ein.<sup>15</sup> Der Tiroler Öffentlichkeit vorgestellt hatte sich die Neue Heimat mit einem Artikel in den *Innsbrucker Nachrichten*, in dem von der „Pflege des Betriebsheimstättenbaues“, somit dem Bau von firmeneigenen Wohnhäusern die Rede war.<sup>16</sup> Die vollmundigen Versprechungen bei den Gesprächen rund um die Gründung, große Firmen würden Kapital und Unterstützung zuschießen, um Wohnbauten voranzubringen und ihren Teil zur „Volksgemeinschaft“ beizutragen, erfüllten sich nicht im gewünschten Maß bzw. nicht so schnell.<sup>17</sup>

Dazu gesellte sich der Umstand, dass die Neue Heimat weder in Innsbruck noch auf dem Land die einzige Gesellschaft war, die Wohnbauten errichten wollte und sich damit mächtigen Konkurrentinnen gegenüber sah. In Innsbruck trat die Stadt selbst als Bauherrin auf

---

<sup>13</sup> Tirol fast ohne Arbeitslose, in: *Innsbrucker Nachrichten*, 2.7.1938, 16.

<sup>14</sup> Der Reichsarbeitsminister für Arbeitseinsatz und Arbeitslosenhilfe/Zweigstelle Österreich an Wirtschaftsgruppe Bauindustrie Bezirksgruppe Ostmark und Reichsinnungsverband des Baugewerbes Bezirksstelle Ostmark, 19.3.1939, beiliegend einem Schreiben der Landeshauptmannschaft an Landesbauamt, 28.3.1939. TLA, Landeshauptmannschaft (Lhms), Bauamt N 1938/39, Rz 209e, Fasz. 877, Mp. Tarifordnung, Zl. 237/37.

<sup>15</sup> Bericht des Geschäftsführers Hans Wagner in der Aufsichtsratssitzung am 2. Oktober 1940. TLA, Neue Heimat Tirol, Teil 1, Bestand: Gründung und Anfänge, Box 3, Mp. 3a.

<sup>16</sup> Wohnbauträgergesellschaft „Neue Heimat“, in: *Innsbrucker Nachrichten*, 8.2.1939, 5.

<sup>17</sup> Alexander, Wegmarken, 16.

und ließ schon 1938 Wohnhäuser bauen.<sup>18</sup> Daneben baute die im Juli 1938 gegründete „Alpenländische Heimstätte, Treuhandstelle für Wohnungs- und Kleinsiedlungswesen“ vor allem sogenannte Beamtenwohnhäuser, etwa in der Schubert- oder Mozartstraße. Das NS-Regime teilte Wohnungssuchende nach ihrem Einkommen und ihrer Kaufkraft, Volkswohnungen (heute sozialer Wohnbau) waren für weniger Begüterte mit Kindern vorgesehen. Die Neue Heimat war anfangs auf dieses Feld beschränkt, während die Alpenländische Heimstätte Wohnungen für Besserverdienende in der sogenannten „Mittelstandaktion“ baute. Diese Wohnungen waren zwischen 80 und 120 m<sup>2</sup> groß, wohingegen die Volkswohnungen rund um 58 m<sup>2</sup> aufwiesen. Die Neue Heimat protestierte gegen diese Einschränkung und erreichte, das das Reichsarbeitsministerium, das die Oberaufsicht über die Wohnbauten ausübte, zusagte, im Einzelfall anders zu entscheiden. Weitere Probleme bzw. Verzögerungen ergaben sich daraus, dass die Finanzierungsrichtlinien Obergrenzen für Grundstückspreise und Baukosten festlegten. 28 bis 29 Reichsmark (RM) pro m<sup>3</sup> umbautem Raum galten als Richtschnur, unter 30 RM war ein Bau aber in Innsbruck nicht zu erstellen. Hinzu kam für die aus dem Deutschen Reich stammenden Mitarbeiter der Neuen Heimat ein bisher unbekanntes Problem, und zwar die Erschließung des Baugeländes. Im Deutschen Reich übernahm diese Aufgabe die öffentliche Hand, im Gau war sie „mehr oder minder zu einer Aufgabe des Trägers geworden“. Einzig die Städte Innsbruck, Kufstein und Hall verfügten über Stadtbauämter, die kleinen, vielfach ländlichen Gemeinden hingegen nicht. Dies hatte zur Folge, dass sich die Neue Heimat um den Tiefbau, also etwa Kanalisierungsarbeiten, selbst kümmern musste.<sup>19</sup>

In Innsbrucks Verwaltung fand sich zwar ein Stadtbauamt, das aber nach Jahren ständestaatlicher Diktatur personell unterbesetzt war und über Fachleute wie Vermessungstechniker nicht in ausreichendem Maße verfügte. Mit Anton Kininger stand ein mächtiger Mann an der Spitze des Amtes. Er war nicht nur seit langem überzeugter Nationalsozialist, sondern amtierte als Beigeordneter, was in etwa der Funktion eines Stadtrates entsprach. Er war zwar mächtig, konnte aber nach der Gründung der Stadtwerke nicht mehr über so viele Ämter gebieten wie zuvor. Der Kanalbau war weiterhin eine Angelegenheit des Stadtbauamtes, wohingegen das Wasserwerk ausgegliedert war, was die zuvor reibungslose, weil unter gleicher Führung stehende Zusammenarbeit störte.<sup>20</sup>

Konkurrenzdenken und unterschiedliche Vorstellungen behinderten anfangs die Planungsarbeiten. Innsbruck beauftragte einen eigenen Architekten mit der Generalplanung, und zwar den aus Österreich stammenden Peter Koller. Dieser war überzeugter Nationalsozialist und machte im Deutschen Reich Karriere, war beispielsweise mit der Generalplanung für die Stadt des Kdf-Wagens betraut (Wolfsburg) und mit den NS-Größen des Reiches wie Albert Speer gut bekannt. Sein Hauptbüro unterhielt er im Zentrum der Macht, in Berlin. Schon im Jänner 1939 lud Gauleiter Hofer auf Anregung von Albert Speer den „Vertrauensarchitekten“ Peter Koller nach Innsbruck ein, um „grundsätzlich die Stadtplanung

---

<sup>18</sup> Zu den städtischen Wohnbauten 1938/39 siehe Hildegard Strobl, Groß-Innsbruck als „Perle unter den Städten deutscher Alpen“ und/oder sozialer Wohnungsbau der Neuen Heimat – Ein Wechselspiel, in: Matthias Egger (Hg.), „... aber mir steckt der Schreck noch in allen Knochen.“ Innsbruck zwischen Diktatur, Krieg und Befreiung 1933–1950 (Veröffentlichungen des Innsbrucker Stadtarchivs NF 71), Innsbruck 2020, 113–138, hier: 114; Edmund Christoph, Innsbruck baut auf. Tätigkeitsbericht des Stadtbauamtes für das Jahr 1939/40, in: *Amtsblatt der Gauhauptstadt Innsbruck*, Nr. 5/6, Juni 1940, 1–4.

<sup>19</sup> Bericht des Geschäftsführers Hans Wagner in der Aufsichtsratssitzung am 2. Oktober 1940. TLA, Neue Heimat Tirol, Teil 1, Bestand: Gründung und Anfänge, Box 3, Mp. 3a.

<sup>20</sup> Zur Gründung der Stadtwerke und Ausgliederung der Wasserbauangelegenheiten aus dem städtischen Bauamt siehe Sabine Pitscheider, Innsbrucker Stadtwerke. Geschichte der Gründung 1938/39, Studie erstellt im Auftrag der IKB, Dezember 2019, 80 f.



Innsbruck unter besonderer Berücksichtigung der künftigen Wohnungs- und Siedlungsvorhaben“ zu besprechen.<sup>21</sup> Pikanterweise erfuhr Oberbürgermeister Denz erst im Nachhinein von diesem Termin, was den wegen der Vielzahl an Ämtern und Interessen üblichen Doppelgleisigkeiten geschuldet war, aber auch dem Umstand, dass die beiden NS-Größen Denz und Hofer um Macht und Einfluss konkurrierten und geradezu eifersüchtig ihre jeweiligen Sphären abzugrenzen suchten. Ohne Einbindung des Gauleiters durfte die Stadt Innsbruck jedoch keine größeren Planungen durchführen, noch weniger, als ihm Adolf Hitler im März 1940 die Kompetenz übertrug, Maßnahmen nach dem Gesetz zur Neugestaltung deutscher Städte zu ergreifen.<sup>22</sup> Nach einigem Hin und Her schloss jedenfalls die Stadt Innsbruck mit Peter Koller Mitte Dezember 1939 einen Architektenvertrag und übertrug ihm die städtebauliche Planung der Gauhauptstadt, genauer die Erarbeitung von Entwürfen für die Stadt selbst und die umliegenden Gemeinden, die Erstellung eines Wirtschafts-, eines Gesamtsiedlungs- und von Teilbebauungsplänen.<sup>23</sup> Ab sofort war Peter Koller mit der Generalstadtplanung betraut, ihm waren alle Unterlagen und Pläne vorzulegen, seine Zustimmung war abzuwarten. Diese Oberaufsicht mag im Nachhinein positiv sein, weil sie krasse Fehlplanungen verhinderte und das architektonische Gesamtbild eines Viertels förderte, sie verzögerte jedoch die Planungen um Wochen. Die Bauherren in Innsbruck beauftragten mit den Planungsarbeiten zumeist freischaffende Architekten, die ihre Planungen Koller vorlegen mussten, der nur allzu oft nicht einverstanden war, was umfangreiche Änderungen erzwang.

Zwischen dem seit März 1939 in Innsbruck amtierenden Gausiedlungsplaner Helmut Erdle und dem mit der Innsbrucker Stadtplanung beauftragten Peter Koller gab es aber Reibereien. Schließlich wies Gauleiter Franz Hofer Erdle alle Planungen außerhalb Innsbrucks zu und Peter Koller die in der Stadt.<sup>24</sup> Als Schnittstelle für die Innsbrucker Planungen bestimmte Hofer die Landesstelle für Raumordnung, die alle diesbezüglichen Angelegenheiten zu bündeln hatte.<sup>25</sup> Damit schaltete er sowohl seine eigene Abteilung Wohn- und Siedlungswesen als auch das DAF-Heimstättenamt von direkten Interventionen in Innsbruck aus, was die kommenden Planungen wegen indirekter Einflussnahme nicht vereinfachte. Als Koller im Juni 1942 zur Wehrmacht einrückte, übertrug Gauleiter Hofer die Siedlungsgestaltung in Innsbruck wieder an den Gausiedlungsplaner.<sup>26</sup>

Obwohl die Stadt Innsbruck 1938/39 Wohnbauten errichten ließ und die Neue Heimat plante und Schwierigkeiten (Baugründe, Finanzierung, Planung) zu überwinden suchte, schob erst die geplante Umsiedlung von SüdtirolerInnen den Ausbau der Stadt mit der Anlegung neuer Stadtviertel richtig an. Am 23. Juni 1939 vereinbarten das Deutsche Reich und Italien die Abwanderung und Ansiedlung der SüdtirolerInnen im Reich, ohne Einbindung und zur

---

<sup>21</sup> Der Reichskommissar für die Wiedervereinigung Österreichs mit dem Deutschen Reich/Der Beauftragte für den Aufbau der Siedlungsplanung an Oberbürgermeister Innsbruck, 26.1.1939. StAI, Akten MA VI Bau 1939, Abschn. 25, Mp. Wohn- u. Siedlungswesen Bauten Akt 454, Zl. VI-433/1939. Das Wort „Vertrauensarchitekt“ benutzte Gauleiter Hofer in einem Schreiben an Oberbürgermeister Denz vom 26.11.1938. StAI, Akten MA VI Bau 1938, Abschn. 25, Akt 2765/2812.

<sup>22</sup> Erlaß des Führers und Reichskanzlers über städtebauliche Maßnahmen in der Stadt Innsbruck, vom 15. März 1940. RGBI. I/503. Das Gesetz über die Neugestaltung deutscher Städte (RGBI. I/1045) erleichterte Enteignungen und legte das Vorkaufsrecht der öffentlichen Hand fest.

<sup>23</sup> Abschrift des Architektenvertrages, beiliegend einem Schreiben von Magistratsdirektor Josef Öfner an Baudirektor Anton Kininger, 30.11.1939. StAI, Akten MA VI Bau 1942, Abschn. 25, Mp. Sonderaktion Südtirol Planung Koller Akt 407 (Sammelakt 1939–1942), Zl. VI-4787/11/1939.

<sup>24</sup> Strobl, Groß-Innsbruck, 118.

<sup>25</sup> Landeshauptmann an Oberbürgermeister, 5.12.1939. TLA, Amt der Tiroler Landesregierung (ATLR), Digitalisierte Akten Abt. VI (Gemeindeaufsicht), Mikrofilm 398, Zl. VI-2429/V/85/1939, Jpg. 1924.

<sup>26</sup> Gauleitung an Oberbürgermeister, 17.6.1942. StAI, Akten MA VI Bau 1942, Mp. Planung Bebauung Pradl u. Hötting-West Akt 305 (Sammelakt 1940–1942), Zl. VI-305/3746/1942.

Überraschung von Gauleiter Hofer, dessen Gau Hauptaufnahmegebiet sein sollte. Hofer lavierte zwischen den jahrelangen Beteuerungen des NS-Regimes, Südtirol nicht aufgeben zu wollen, dem faktischen Bündnis mit dem faschistischen Italien und seiner Regimetreue.<sup>27</sup> Der bevorstehende Zuzug tausender Menschen nach Tirol und Innsbruck erhöhte den Druck, möglichst schnell möglichst viele Wohnungen zu bauen. Das Land reagierte noch im Juni 1939 mit der Schaffung eines neuen Amtes, der Abteilung zur Neuordnung auf dem Gebiet des Wohn- und Siedlungswesens, und setzte Leo Tusch als Sonderbeauftragten des Gauleiters ein. In dieser Parteifunktion arbeitete er mit dem Leiter des neuen Amtes eng zusammen.<sup>28</sup> Es entwickelte sich die für das Regime so typische Doppelstruktur von Verwaltungsamt auf der einen und Parteiamt auf der anderen Seite, wobei letzteres für die klaglose NS-Ausrichtung staatlicher Verwaltung zu sorgen hatte. Die enge Verquickung war politisch beabsichtigt und mit dem Gesetz zur Sicherung der Einheit von Partei und Staat abgesichert.<sup>29</sup> Die Stadt Innsbruck, die noch Anfang des Jahres 1939 von der Einbindung Peter Kollers überrascht worden war, bat ihn nun im Oktober des Jahres, nach Innsbruck zu kommen, um die Planung neuer Stadtteile zu besprechen und einen Architektenvertrag abzuschließen.<sup>30</sup>

Schon am 10. September 1939 kündigte Gauleiter Hofer den Bau von 10.000 Wohnungen an.<sup>31</sup> Zugleich bemühte sich das Parteiorgan, die Stimmung für die Zuwanderung aufzubereiten und malte eine rosige Zukunft der vom „Schicksal gehärtet[en]“ und in „ihrer Haltung geadelt[en]“ Volksgenossen aus dem Süden in „schmucken Häusern der Volkswohnanlagen“.<sup>32</sup> Eine Woche später, am 18. November 1939, legten die *Innsbrucker Nachrichten* nach. Der Beauftragte für das Wohn- und Siedlungswesen Leo Tusch, zugleich Geschäftsführer der Neuen Heimat, habe als Bauträger seine eigene Gesellschaft, die Alpenländische Heimstätte und die Vorarlberger Vogewosi sowie die Städte Innsbruck und Kitzbühel auserkoren. Die Zusammenarbeit aller ermögliche den Bau von 8.200 Wohneinheiten im Gau, wovon allein 5.000 auf Innsbruck entfielen und die restlichen sich über Kreisstädte und Ortschaften verteilten. Die neuen Wohnungen zu äußerst günstigen Mietpreisen verfügten über „neuzeitliche“ Ausstattung, das hieß Bäder oder Brauseanlagen, die Häuser stünden auf Plätzen „in gesündester und landschaftlich prachtvoller Lage“ und zeichneten sich durch „bodenständige Bauweise“ aus. Die Zeitung lobte die „innere Kraft des Reiches“, die solche gewaltigen Aufgaben lösen könne, und die NSDAP, die das „Urteil der Mit- und Nachwelt nicht zu scheuen“ brauche, um jenen eine „ewige“ Heimat zu bieten, die „treu dem Volke und mannhaft entschlossen den Weg zu uns finden“.<sup>33</sup> Auch in folgenden Jahren dienten die Bauten der Sondermaßnahme Südtirol der NSDAP zur Propaganda.

„Nationalsozialistische Tatkraft ist aber mit allen Schwierigkeiten fertig geworden. In der Gauhauptstadt Innsbruck allein wurden über 5000 Wohnungen für Umsiedler in kürzester Zeit geplant, in Angriff genommen und die Fragen der Beschaffung von Material und Arbeitskräften dank der Hilfsbereitschaft der Reichsstellen gelöst. Viele Hunderte dieser

---

<sup>27</sup> Alexander, *Heimatlos*, 29–33.

<sup>28</sup> Ebd., 118.

<sup>29</sup> Nach § 1, Abs. 1, war die NSDAP „die Trägerin des deutschen Staatsgedankens und mit dem Staat unlöslich verbunden“. Gesetz zur Sicherung der Einheit von Partei und Staat, vom 1. Dezember 1933. RGBI. I/1016.

<sup>30</sup> Oberbürgermeister Denz an Peter Koller, 12.10.1939. StAI, Akten MD 1939, Abschn. 7, Akt 4571.

<sup>31</sup> Alexander, *Wegmarken*, 20.

<sup>32</sup> Franz Pisecky, Südtiroler finden ihre neue Heimat, in: *Innsbrucker Nachrichten*, 9.11.1939, 1–2, hier: 2.

<sup>33</sup> Franz Pisecky, Wohnungen für Südtiroler Volksgenossen. Gewaltiges Bauprogramm im Gau Tirol-Vorarlberg in Ausführung – Mehrere hundert Wohnungen fertiggestellt, in: *Innsbrucker Nachrichten*, 18.11.1939, 3 f. Tausende Exemplare dieser Ausgabe des 18. November wurden zu propagandistischen Zwecken in Südtirol verteilt (Alexander, *Heimatlos*, 36).

Wohnungen sind heute schon die neue Heimstätte der Südtiroler Kameraden geworden. Diese Bauten [...] werden später einmal als Denkmal kameradschaftlicher Einsatzbereitschaft gelten“,

lobte Gaupresseamtsleiter Franz Pisecky 1941 den Einsatz der NSDAP.<sup>34</sup>

Es fehlten nicht nur Wohnungen für OptantInnen aus Südtirol, sondern für die Bevölkerung generell, gerade in Zuzugsgemeinden wie Innsbruck oder den wachsenden Industrieorten wie Jenbach. Im Jänner 1941 schätzte die Landesstelle für Raumordnung, dass im gesamten Gau rund 20.000 Wohnungen fehlten, allein 13.233 in Tirol, darunter 5.500 in Innsbruck.<sup>35</sup> Die Bevölkerung Innsbrucks wuchs, zum einen wegen der Eingemeindungen, zum anderen wegen des Zuzugs aus Südtirol, aber auch dem Deutschen Reich. Lebten bei der Volkszählung 1939 rund 78.400 Personen im Stadtgebiet, waren es Ende 1943 schon 102.865. Die Zahl sank in den Folgejahren kontinuierlich ab und erreichte Ende Dezember 1945 rund 91.700.<sup>36</sup>

Für die Neue Heimat eröffnete die Umsiedlungsaktion die Chance, endlich große Bauaufträge zu erhalten. Die unter dem Begriff „Sondermaßnahme Südtirol“ eingestuften Bauvorhaben waren nicht nur großzügiger finanziell unterstützt, sondern von dem kurz nach Kriegsbeginn erlassenen Neubauverbot ausgenommen. Es kam zwar immer wieder zu Stockungen oder Verzögerungen, aber prinzipiell waren Bauten der Sondermaßnahme gegenüber anderen privilegiert.

## 2. Die Bauvorhaben der Neuen Heimat

Die in dem Artikel vom 18. November 1939 angekündigte Zahl von 8.200 Wohnungen kam aber nur deshalb zustande, weil das Regime kurzerhand schon begonnene Projekte in die Sondermaßnahme einbezog. In Innsbruck waren dies solche der Stadt Innsbruck und die im Oktober und November 1939 begonnenen Bauten der Neuen Heimat. Im Laufe des Sommers 1939 hatte die Neue Heimat zwei Wohnbauprojekte in Innsbruck geplant, und zwar fünf Häuser mit 52 Wohnungen in der Freising- und Friedhofstraße (heute Fritz-Pregl-Straße) und 14 Häuser mit 126 Wohnungen in der verlängerten Kapuzinergasse (heute Sebastian-Scheel-Straße) am nördlichen Sillufer (siehe Tabelle 2).

Diese beiden Projekte stammten aus der Zeit vor der Umsiedlung und befanden sich in Wilten bzw. in Saggen, damit noch am Rand des damaligen Verbauungsgebietes. Die nun geforderte Ansiedlung tausender Menschen erzwang die Verbauung bisher unberührter städtischer Gebiete. Diese lagen im Osten der Stadt, auf den landwirtschaftlich genutzten und nur dünn besiedelten Feldern von Pradl (Abb. 1) und der Nachbargemeinde Arzl.

---

<sup>34</sup> Franz Pisecky, Aufgaben und Leistungen der NSDAP im Kriege, in: Adressbuch der Gau-Hauptstadt Innsbruck 1941, XIX–XII, hier: XXI–XXII.

<sup>35</sup> Liste der Städte und Gemeinden mit erhöhtem Wohnungsbedarf, beiliegend einem Schreiben der Landesstelle für Raumordnung an Reichsstelle für Raumordnung Berlin, 25.1.1941. TLA, RStH, Unterabt. Raumordnung, Karton 4, Mp. IIIa U IIIa 44 44/41 Wohnungswesen Wohnbauprogramm, Zl. Z/RO 44/7-IIIa/Lg.

<sup>36</sup> Statistisches Handbuch der Stadt Innsbruck, hg. vom Statistischen Amt der Stadt Innsbruck, Innsbruck 1950, 42. Das Absinken erklärt sich teils daraus, dass nach den ersten Luftangriffen auf Innsbruck im Dezember 1943 Tausende aus der Stadt flohen.



Abb. 1: Das noch unbesiedelte östliche Stadtgebiet Innsbrucks und die Arzler Felder, 1930. Städtisches Verkehrsbüro, Verkehrsplan von Innsbruck, 1930, Ausschnitt. StAI, J-29b/L D.

Amras, Mühlau und Hötting hatten schon Ende September 1938 ihre Selbständigkeit verloren.<sup>37</sup> Die Eingemeindung von Arzl ist im Lichte der Ausbreitungstendenzen der Stadt und auch der Umsiedlungsaktion zu sehen. Schon bevor die Aktion beschlossen worden war, erklärte Oberbürgermeister Denz im Mai 1939 in einem mehrseitigen Schreiben, aus welchen Gründen die Stadt sich ausdehnen, daher Arzl im öffentlichen Interesse eingemeinden müsse. Nach Schätzungen fehlten in der Stadt rund 3.000 bis 5.000 Wohnungen, wofür es Baugrund brauche. In Hötting kam nur das Gebiet nördlich der Kranebitter Allee infrage, dort war aber die Wasserversorgung nicht gewährleistet, südlich der Reichsstraße (heute Bundesstraße) war der neue Flughafen geplant. Mühlau war zum Zeitpunkt der Eingemeindung praktisch schon verbaut, die Amraser Felder waren für Industriebauten und die Verlegung des Hauptbahnhofes vorgesehen. Für größere, geschlossene Siedlungen müsste neuer Baugrund dienen, den Denz in Arzl ausmachte, und zwar in der Ebene nördlich des Inn. Die Gemeindeführung Arzls sei zwar gegen eine Eingemeindung, der Ortsgruppenleiter spreche sich namens der ärmeren Bevölkerung aber dafür aus.<sup>38</sup> Nachdem die Landeshauptmannschaft seinen Antrag abgelehnt hatte, beharrte Denz Anfang November 1939 auf der Eingemeindung, diesmal mit dem expliziten Hinweis auf die Umsiedlungsaktion. Eine neue Siedlung könne nur auf den Feldern Arzls entstehen, die Stadt habe schon Peter Koller mit Vorarbeiten betraut.<sup>39</sup> Ende November 1939 genehmigte das Reichsministerium des Innern die Eingemeindung,<sup>40</sup> die Landeshauptmannschaft beauftragte Oberbürgermeister Denz, die Verhandlungen zu führen und ernannte ihn der Einfachheit halber Anfang Februar 1940 zum Bürgermeister von Arzl. Am 27. März 1940 verordnete Gauleiter Hofer dann die Eingemeindung von Arzl zum nächsten Monatsersten.<sup>41</sup>

Von den 10.000 vom Gauleiter im September 1939 angekündigten Wohnungen habe sich die Neue Heimat rund 5.600 sichern können, liest sich im Geschäftsbericht aus dem Juni 1940. In den Jahren 1939/40 werde die Gesellschaft allein in Innsbruck 3.600 Wohnungen bauen, versprach der reichsdeutsche Hans Wagner, einer der Geschäftsführer der Neuen Heimat in Tirol.<sup>42</sup> Mitte Dezember 1939 teilte die Gauleitung, konkret der mit dem Wohn- und Siedlungswesen beauftragte Leo Tusch der Neuen Heimat ihr Kontingent mit, das, so der ambitionierte Plan, bis Ende des Jahres 1940 abgeschlossen sein musste (Tab. 1).

---

<sup>37</sup> Zu den Eingemeindungen des Jahres 1938 siehe Hanna Fritz, „Groß-Innsbruck ist geschaffen!“ – Eingemeindungen in den Jahren 1938–1942, in: Matthias Egger (Hg.), „... aber mir steckt der Schreck noch in allen Knochen.“ Innsbruck zwischen Diktatur, Krieg und Befreiung 1933–1950 (Veröffentlichungen des Innsbrucker Stadtarchivs NF 71), Innsbruck 2020, 79–111, hier: 81–93.

<sup>38</sup> Oberbürgermeister Denz an Landeshauptmannschaft, 23.5.1939. TLA, ATR, Digitalisierte Akten Abt. VI (Gemeindeaufsicht), Mikrofilm 401, Zl. VI-1325/85/1939, Jpg. 587–593. Zur geplanten Verlegung des Hauptbahnhofes aus dem Stadtzentrum Richtung Osten siehe Sabine Pitscheider, Die „Neugestaltung“ Innsbrucks nach dem „Endsieg“, in: Rolf Steininger/Sabine Pitscheider (Hg.), Tirol und Vorarlberg in der NS-Zeit (Innsbrucker Forschungen zur Zeitgeschichte Bd. 19), Innsbruck–Wien–München–Bozen 2002, 281–297, hier: 286 f. Ein Lageplan der Landesstelle für Raumordnung, datiert 14.3.1939, legte zukünftige Verkehrsachsen fest und findet sich in StAI, Akten Pläne Bebauung VI, Karton 6, Mp. I Verbaunungsplan usw. Allgemein, Zl. VI-4217/15/1939.

<sup>39</sup> Oberbürgermeister Denz an Landeshauptmann, 8.11.1939. Ebd., Zl. VI-1328, Jpg. 594.

<sup>40</sup> Reichsminister des Innern an Landeshauptmann, 30.11.1939. Ebd., Zl. VI-1325, Jpg. 597.

<sup>41</sup> Verordnung des Landeshauptmannes von Tirol und Vorarlberg vom 27. März 1940, über die Vereinigung der Gemeinde Arzl mit der Stadt Innsbruck. StAI, Mp. Akten MD 1940, Akt 21, Zl. Ia<sup>2</sup>-2887/6.

<sup>42</sup> Neue Heimat Gemeinnützige Wohnungs- u. Siedlungsges. d. DAF in den Gauen Tirol-Vorarlberg und Salzburg, GmbH Geschäftsbericht 1939, 1. Geschäftsjahr, Juni 1940. TLA, Neue Heimat Tirol, Teil 1, Bestand. Gründung und Anfänge, Box 3, Mp. 2 Unterlagen AR 6.11.1940.

**Tabelle 1: Der Neuen Heimat zugeteilte Bauten für Südtiroler Rückwanderer, 14.12.1939**

Ort	Zl. Whg.	in Bau	bleiben
Innsbruck	3.600	178	3.422
Telfs	150	25	125
Imst	150	66	84
Hall	150	68	82
Wattens	66	-	66
Landeck	150	122	28
Pfunds	36	-	36
Flirsch	24	16	8
Schwaz	100	-	100
Jenbach	750	219	531
Wörgl	150	-	150
Kufstein	250	82	168
ges.	5.576	776	4.800

Anm.: Das Bauprogramm bzw. die Orte, in denen Siedlungen für die Sondermaßnahme entstanden, änderte sich im Laufe des Krieges mehrere Male, so dass nicht in allen in der Tabelle genannten Gemeinden Wohnbauten entstanden.<sup>43</sup>

Quelle: DAF/Der Beauftragte für das Wohn- und Siedlungswesen Leo Tusch an Neue Heimat, 14.12.1939. TLA, Neue Heimat Tirol, Teil 1, Bestand: Gründung und Anfänge, Box 3, Mp. 4 Unterlagen zu Punkt 3 der Tagesordnung AR 6.11.1940.

Bis Oktober des Jahres 1940 musste die Neue Heimat die Zahl von 3.600 Wohnungen in Innsbruck schon deutlich reduzieren. In der Stadt plane die Gesellschaft vorerst weniger, dafür am Land mehr. Als Grund nannte Geschäftsführer Wagner den noch nicht erstellten Verbauungsplan von Arzl, die Finanzierungsrichtlinien, nach denen nur bestimmte Wohngrößen gefördert werden durften, die Preise für Bauland und den Bau selbst sowie Probleme rund um die Erschließung. Verteilt über das ganze Land betreute die Gesellschaft im Herbst 1940 Projekte mit 3.372 Wohnungen, davon waren 414 beziehbar, die anderen befanden sich in unterschiedlichem Ausmaß im Bau, für weitere 250 Wohnungen waren noch keine Bauaufträge vergeben.<sup>44</sup> Im Juli 1941 waren von den 2.564 in Innsbruck vorgesehenen Wohnungen erst 290 fertig, 1.064 befanden sich im Bau, 1.210 in Vorbereitung.<sup>45</sup> Knapp ein Jahr darauf, im Mai 1942, waren in Innsbruck 987 Volkswohnungen bezogen, im März 1943 1.268, Anfang Juli 1944 1.309.<sup>46</sup>

<sup>43</sup> Zu den verwirklichten Wohnbauten im Rahmen der Sondermaßnahme Südtirol siehe Alexander, Heimatlos, Tabelle 11, 127 f.

<sup>44</sup> Bericht über die augenblickliche Lage der Gesellschaft, 6.11.1940. TLA, Neue Heimat Tirol, Teil 1, Bestand: Gründung und Anfänge, Box 3, Mp. 3a AR 2.10.1940.

<sup>45</sup> Über die Kreise Tirols verteilt zeigt sich folgendes Bild: Von den insgesamt 5.631 geplanten Wohnungen waren 1.150 fertig, 2.244 im Bau, 2.237 in Vorbereitung. Verteilung des Bauprogramms auf die einzelnen Kreise am 1. Juli 1941, 11.7.1941. TLA, Neue Heimat Tirol, Teil 1, Bestand: Gründung und Anfänge, Box 4, Mp. 8a Aufsichtsratssitzung vom 11. Juli 1941 in Innsbruck Unterlagen zu Punkt 2 der Tagesordnung.

<sup>46</sup> Wohnungsbestand und Bauprogramm am 1. Mai 1942; Volkswohnungen Wohnungsbestand und Bauprogramm am 30. März 1943; Volkswohnungen Wohnungsbestand und Bauprogramm am 1.7.1944. TLA, Neue Heimat Tirol, Teil 1, Bestand: Gründung und Anfänge, Box 4, Mp. 5 Aufsichtsratssitzung 18. Mai 1942

Noch bevor die Eingemeindung Arzls feststand, beschäftigten sich die zuständigen mit Wohnbau betrauten Institutionen/Personen damit, Baugelände zu sichten, zu bewerten und den Wohnbaugesellschaften zuzuweisen. Am 6. Jänner 1940 trafen sich Oberbürgermeister Denz, Bürgermeister Edmund Christoph, Baudirektor Kininger und Architekt Koller mit drei Vertretern der Neuen Heimat, um die Aufteilung der Bauflächen und die Kosten zu besprechen. Vorgesehen waren in einer ersten Ausbaustufe 2.805 Wohnungen, mit 1.200 die meisten davon im Gebiet Gump- und Langstraße in Pradl, gefolgt von 700 westlich des Ortskernes von Arzl. Der Neuen Heimat fielen die laufenden Projekte Freising-/Friedhofstraße und am Sillufer zu, weiters rund 700 Wohnungen an bzw. in der Lang- und Gumpstraße, rund 770 in Arzl-West<sup>47</sup> und eine nicht genannte Zahl in der Reichenau. Das Stadtbauamt und die Stadtwerke verpflichteten sich, das Gelände zu erschließen, das hieß Straßen zu bauen, Kanäle zu graben und Wasser-, Licht- und Gasleitungen zu verlegen. Da nach reichsrechtlichen Vorschriften die Neue Heimat als gemeinnütziger Bauträger für 20 Jahre von der Gebäude- und Grundsteuer befreit war, verlangte die Stadt im Gegenzug, zusätzlich zu den Anliegerbeiträgen die Kosten für die Gehwegerstellung zu übernehmen.<sup>48</sup>

Auf den zugewiesenen Flächen<sup>49</sup> verwirklichte die Neue Heimat in den kommenden Jahren drei Projekte, zwei große Siedlungen in Pradl und der Reichenau sowie einige Häuser in Baulücken. Im Planungsstadium bzw. im Rohbau stecken blieben die Eigenheimsiedlung in Amras sowie weitere Baulücken, dem 1944 erlassenen Bauverbot zum Opfer fielen die teils schon begonnenen Häuser im Saggen. Im Namen der Gauselbstverwaltung und der Reichspostdirektion übernahm und baute die Neue Heimat Häuser im Rahmen von Baubetreuungsverträgen. Gänzlich weg fielen Bauten im eingemeindeten Arzl, zum einen, weil die Planungen Kollers nicht vor seiner Einrückung zur Wehrmacht fertig waren, zum anderen, weil das Stadtbauamt seine wenigen Arbeitskräfte in den Siedlungsgebieten Pradls einsetzen musste.<sup>50</sup> Die Neue Heimat war zwar schon im Frühjahr 1941 bereit, in Arzl-Süd (südlich der Bahnlinie) zu bauen. Dies sei, befand Peter Koller, „eine Kombination von Optimismus und Naivität“, weshalb er „abweichend von meiner sonstigen Gewohnheit etwas ironisch“ reagiere. Der Gauleiter wünsche hier Häuser mit „Betonung Tiroler traditioneller Bauweise“, aber noch fehlten alle grundsätzlichen Planungen.<sup>51</sup>

Die Neubauten in Pradl und der Reichenau entstanden auf zuvor meist landwirtschaftlich genutzten Flächen, waren also weder erschlossen noch mit Straßennamen belegt. Im Spätherbst 1940 entschied der Oberbürgermeister mit Zustimmung der Gauleitung, 25 Straßen und Plätze entweder umzubenennen oder neu zu benennen (Abb. 2).

---

Unterlagen zu Punkt 3 der Tagesordnung; Mp. 4 Unterlagen für Aufsichtsratssitzung am 30. März 1943; Mp. 3a Neue Heimat Ibk Unterlagen zur Aufsichtsratssitzg. und Gesellschaftsversammlg. am 30.6.1944.

<sup>47</sup> Die Planungsbehörden teilten das Baugebiet Arzl in drei Bauabschnitte: Arzl-Süd zwischen Inn und Eisenbahndamm östlich der Arbeiterbäckerei mit rund 1.700 Wohnungen; Arzl-West zwischen Mühlau und Arzl nördlich des Eisenbahndammes mit rund 920 Wohnungen; Arzl-Ost östlich des Dorfes bis zu den Rumer Feldern nördlich des Bahndammes mit 1.650 Wohnungen. Stadtmagistrat an Polizeidirektor, 19.7.1941. StAI, Akten MA VI Bau 1942, Abschn. 25, Mp. Sonderaktion Südtirol Planung Koller Akt 407 (Sammelakt 1939–1942), Zl. VI-212/3189/1941.

<sup>48</sup> Gedächtnisniederschrift, 6.1.1940. TLA, Neue Heimat Tirol, Teil 2, Bestand: Innsbruck, Box 1, Mp. Innsbruck-Pradl Volkswohnungen 1940 „S“ Allgem. Schriftwechsel.

<sup>49</sup> Die benötigten Grundstücke kaufte die Stadt Innsbruck zuerst an und verkaufte sie dann an die Neue Heimat weiter. Nach 1945 beehrten einige der VerkäuferInnen die Rückstellung der Gründe.

<sup>50</sup> Zur geplanten Verbauung von Arzl, auch unter Einbindung der Neuen Heimat, siehe StAI, Akten MA VI Bau 1942, Abschn. 25, Mp. Sonderaktion Südtirol Planung Koller Akt 407 (Sammelakt 1939–1942).

<sup>51</sup> Peter Koller an Stadtrat/Stadtbauamtsdirektor Anton Kininger, 4.7.1941. Ebd., Zl. VI-212/3029/1941.

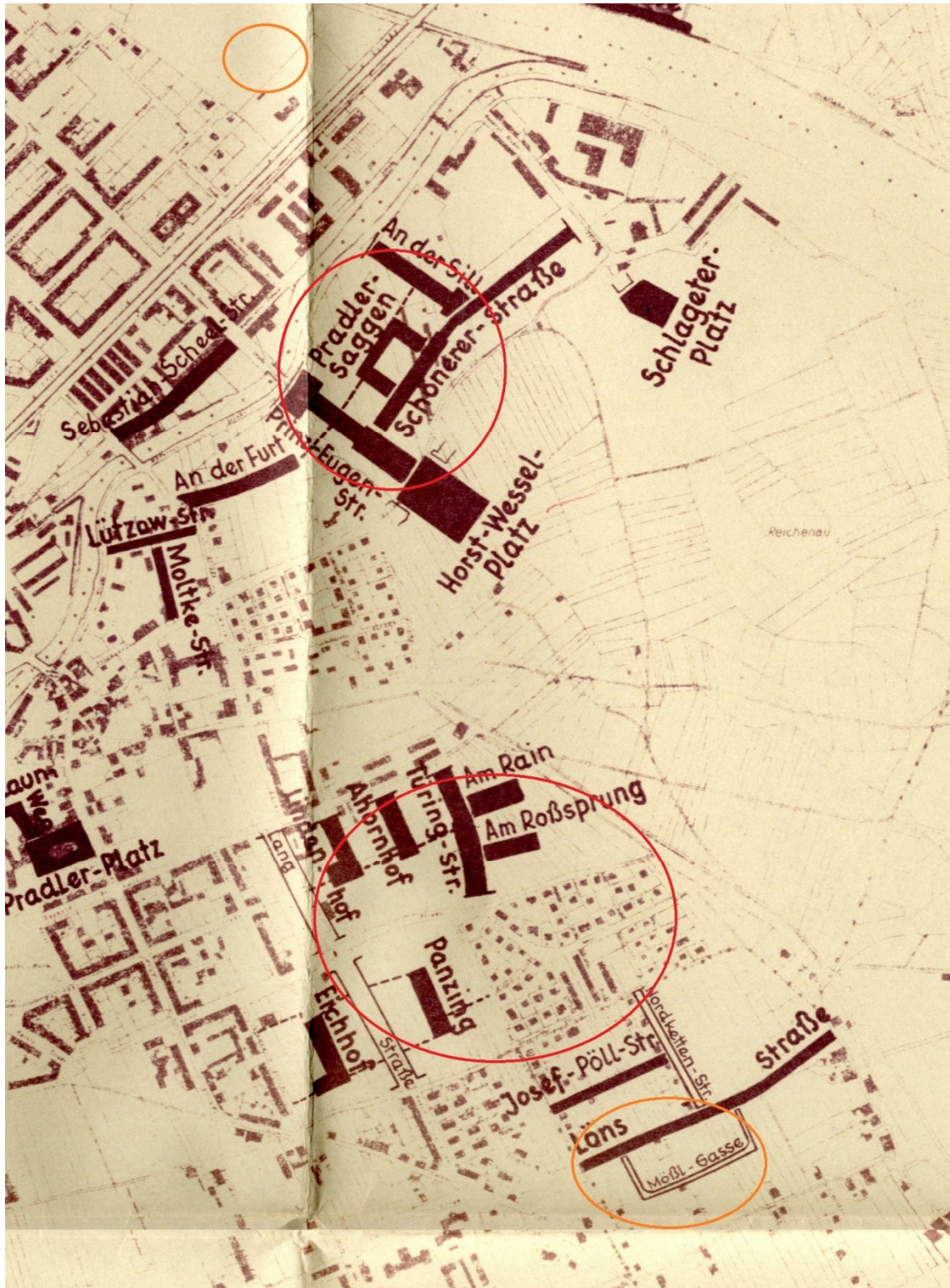


Abb. 2: Das östliche Stadtgebiet, 1940/41. Stadtbauamt Innsbruck, Straßen-Neu- und Umbenennungen 1940/41, 23.1.1941. StAI, Sammelakt A-283. Rot markiert sind die vollendeten Siedlungsbauten der Neuen Heimat (ohne Baulücken), orange die geplanten bzw. 1944 gestoppten Bauprojekte.



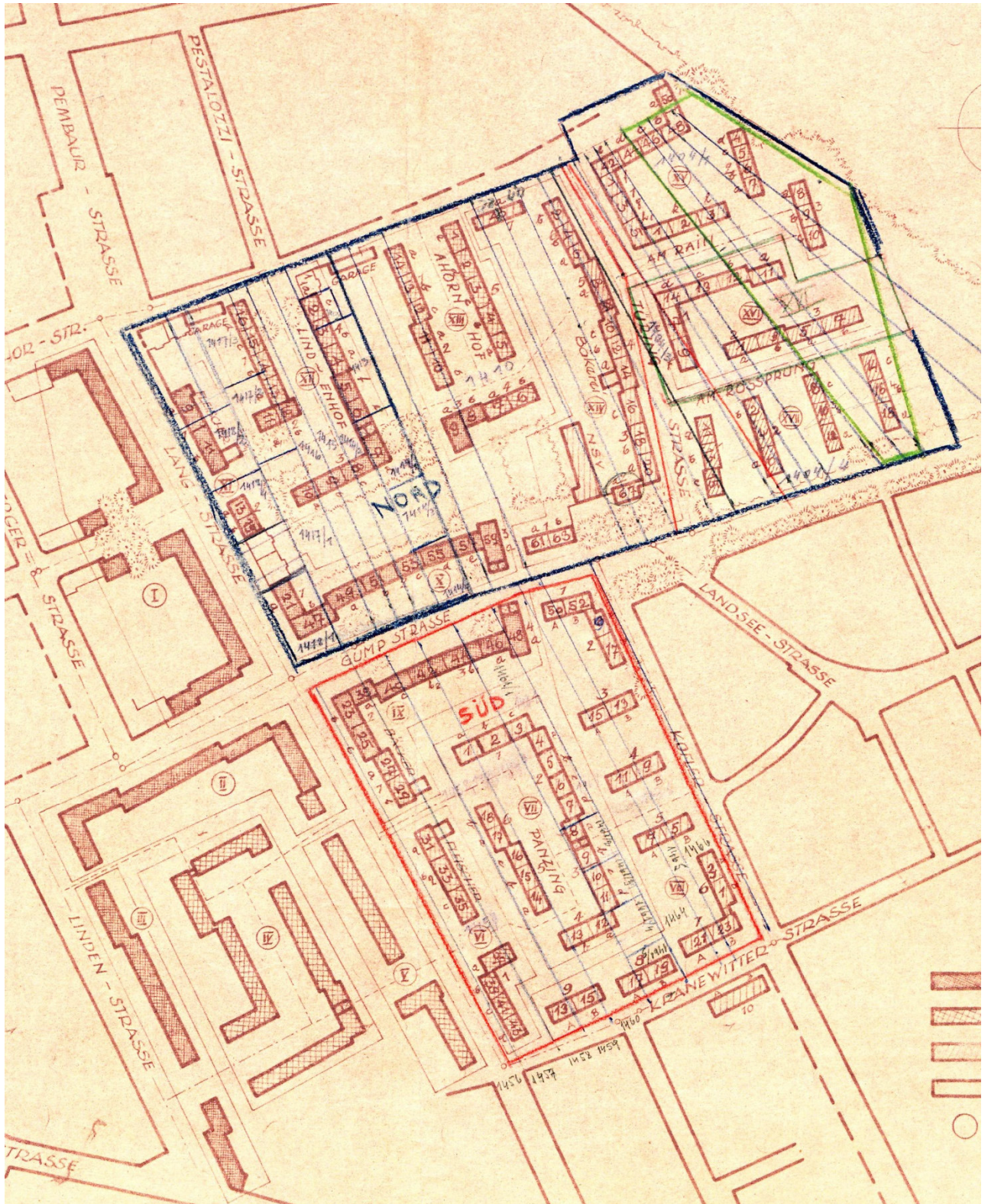


Abb. 3: Lageplan des Bauvorhabens Pradl VI–XVII, o. D. TLA, Neue Heimat Tirol, Teil 2, Bestand: Innsbruck, Box 12. Anm.: Bauherrin der Häuser zwischen Langstraße und Gabelsberger-/Lindenstraße war die Stadt Innsbruck.

Das NS-Regime setzte bei Neubenennungen im östlichen Teil Innsbrucks entweder auf die Verewigung nationalsozialistischer Helden, wie etwa Horst Wessel oder Albert Leo Schlageter, antisemitischer österreichischer Politiker wie Georg Schönerer oder auf politisch nicht ideologisch aufgeladene Bezeichnungen aus der Botanik.<sup>52</sup> Bei letzteren legte der Oberbürgermeister Wert darauf, dass die gärtnerische Gestaltung dem Namen folgte. Bei der Bepflanzung der Straßen Lindenhof, Ahornhof und Eichhof sei „das Anpflanzen der richtigen Bäume vorzusehen“, wies er das Stadtbauamt an.<sup>53</sup>

Zu den vollendeten und besiedelten Wohnprojekten der Neuen Heimat gehörten neben den Häusern in der Freising-/Friedhofstraße und am Sillufer die in Pradl und der Reichenau. Die Neue Heimat plante in Pradl rund 150 Häuser<sup>54</sup> mit 811 Wohnungen auf insgesamt 122.688 m<sup>2</sup>, teilte die Bauten in zwölf Bauabschnitte, genannt Pradl VI bis Pradl XVII<sup>55</sup>, und startete die Bauten ab dem Mai 1940 (Abb. 3). Auf dem bei der Sitzung vom Jänner 1940 zugewiesenen Bauland in der Reichenau handelte es sich um ein Gebiet am südlichen Sillufer, an der verlängerten Prinz-Eugen-Straße sillabwärts. Hier plante die Neue Heimat in vier Bauabschnitten (Reichenau VIII–XI) 38 Häuser mit 221 Wohnungen. Baubeginn war sogar früher als in Pradl, und zwar begannen die Arbeiten im Abschnitt X Mitte April 1940. Im Jahr 1941 kümmerte sich die Neue Heimat um die schon Mitte Dezember 1939 von der Stadt angebotenen Baulücken mit den Bezeichnungen I bis V in Pradl. Im Herbst 1942 erteilte das Stadtbauamt die Baubewilligung für die Wohnhausprojekte in Saggen, und zwar östlich der Erzherzog-Eugenstraße, anschließend an die Beamtenwohnbauten. Ebenfalls in diese Zeit fiel die Bewilligung für die Eigenheim-Bauten an der Lönsstraße und Mösslgasse. Mit diesem Bauprojekt machte die Neue Heimat der Alpenländischen Heimstätte Konkurrenz, weil dieser ursprünglich der Bau von Eigentum zugewiesen war. Die Neue Heimat baute nicht nur in eigenem Namen, sondern für andere Bauherren, konkret die Gauselbstverwaltung und die Reichspostdirektion, die Personal unterbringen wollten und die Wohnbaugesellschaft mit Baubetreuungsverträgen beauftragten.

Ab dem Jahr 1941 stockten alle Bauvorhaben, auch schon begonnene, weil es an Material, Arbeitskräften oder Genehmigungen fehlte. Ende September 1941 besprach das Stadtbauamt mit den Wohnbaugesellschaften Neue Heimat und Alpenländische Heimstätte, der Reichspost und der Heeresverwaltung, welche Grundstücke an wen gehen sollten. Die Stadt wies der Neuen Heimat schließlich die Baulücken VI bis XII zu, was rund 380 Wohnungen bedeutete.<sup>56</sup> Bis auf Aktivitäten bei der Baulücke VIII scheiterten die anderen Vorhaben an bekannten Mängeln, weiters die Eigentumsverhältnisse ungeklärt waren, die Entscheidung, wohin der Hauptbahnhof verlegt werden sollte, noch nicht gefallen war, und eigene Planungen der Stadt über Schulbauten oder Straßentrassen nicht abgeschlossen waren.

Tabelle 2 listet die in der Kriegszeit geplanten, begonnenen und teils vollendeten Bauprojekte der Neuen Heimat mit Angabe der damaligen Adresse auf.

---

<sup>52</sup> Stadtbauamt, Zusammenstellung der aus der Neu- und Umbenennung von Straßen und Plätzen sich ergebenden Änderungen in der Hausnumerierung, sowie der neuen Hausnummern in den einzelnen Wohnsiedlungsgebieten, 23.1.1941. StAI, Sammelakt A-283. Es war die zweite Um- bzw. Neubenennungsaktion in Innsbruck. Nach dem „Anschluss“ hatte die Stadtführung 1938 schon Umbenennungen vorgenommen.

<sup>53</sup> Oberbürgermeister an Stadtbauamt 14.11.1940. StAI, Akten Pläne Bebauung VI, Karton 6, Mp. I Verbauungsplan usw. Allgemein, Fasz. Straßenbenennungen, Zl. 4514/1940.

<sup>54</sup> Die Zahl der Häuser differiert je nach Datum: Im Aktenvermerk betr. die Bauvorhaben Innsbruck-Pradl vom 16.1.1941 sind für die nördliche Gumpstraße 86 Häuser mit Anbauten angegeben, südlich der Gumpstraße 53, zusammen 139. TLA, Neue Heimat Tirol, Teil 2, Bestand: Innsbruck, Box 1, Mp. Innsbruck-Pradl Volkswohnungen 1940 „S“ Allgem. Schriftwechsel. Nimmt man die Zahl der vergebenen Hausnummern als Maßstab, ergeben sich 146 Häuser (siehe Tabelle 2).

<sup>55</sup> Die Bauabschnitte Pradl I bis Pradl V, darunter den Eichhof, errichtete die Stadt Innsbruck.

<sup>56</sup> Aktenvermerk über die Besprechung vom 29.9.1941. StAI, Akten MA VI Bau 1941, Abschn. 25, Zl. VI-4218.

**Tabelle 2: Wohnbauprojekte der Neuen Heimat in Innsbruck 1939–1945**

Bauvorhaben	H.	Whg.	Baubeginn	bezogen	Adressen
Freising- /Friedhofstraße	5	52	18.10.1939	1940	Freisingstr. 7, 9, 11 Friedhofstr. 9, 11
Sillufer	14	126	20.11.1939	1940	Erzh.-Eugen-Str. 54, 56 Kapuzinerg. 58, 60, 62, 64, 66, 68, 70, 72, 74, 76, 78, 80
Pradl VI	7	44	03.06.1940	1941	Panzing 1–18
Pradl VII	18	72	21.05.1940		Langstr. 23, 25, 27, 29, 31, 33, 35, 37, 39, 41, 43
Pradl VIII	18	76	27.05.1940		Gumpstr. 38, 40, 42, 44, 46, 48, 50, 52
Pradl IX	11	74	26.08.1940		Koflerstr. 1, 3, 5, 7, 9, 11, 13, 15, 17, 19 Kranewitterstr. 13, 15, 17, 19, 21, 23
Pradl X	8	63	26.08.1940	1942	Ahornhof 1–14
Pradl XI	4	30	15.07.1940		Am Rain 1–10
Pradl XII	15	115	11.07.1940		Am Roßsprung 2, 4, 6, 8, 10, 12, 14, 16, 18
Pradl XIII	14	98	22.06.1940		Amthorstr. 38, 40, 42, 44, 46, 48, 50
Pradl XIV	15	55	27.05.1940		Gumpstr. 47, 49, 51, 53, 55, 57, 59, 61, 63
Pradl XV	18	72	15.08.1940		Langstr. 9, 11, 13, 15, 21
Pradl XVI	10	40	30.10.1940		Lindenhof 2, 3, 4, 5, 6, 7, 8, 9, 10, 11, 12, 13, 14, 15, 16
Pradl XVII	12	72	12.09.1940		Türingstr. 1–6, 8, 10–16, 18, 20
Reichenau VIII	11	60	11.10.1940	1942	Prinz-Eugen-Str. 63, 65, 67, 69, 71, 73, 75, 77, 79, 81 Schönererstr. 1
Reichenau IX	6	36	19.11.1940	1942	Schönererstr. 2, 4, 6, Pradler Saggen 2, 4, 6
Reichenau X	10	63	15.04.1940	1942	Pradler Saggen 1, 3, 5, 7, 9, 11, 13, 15, 17, 19
Reichenau XI	11	62	15.10.1940	1942	Kärntnerstr. 38, 40, 42, 44, 46, 48, 50, 52, 54, 56, 58
Baulücke I	2	19	21.04.1941	1942	Gaswerkstr. 4, 6
Baulücke II	1	9	03.06.1941	1942	Gumpstr. 14
Baulücke III	1	10	17.04.1941	1942	Gabelsbergerstr. 24
Baulücke IV	5	34	17.06.1941	1943	Egerdachstr. 26, 28; Pestalozzistr. 13, 15, 17
Baulücke V	8	68	20.05.1941	1944	Gumpstr. 5, 7, 9, 11
Baulücke VI **	-	ca. 100	-	-	Holzhammer-/ , Noldin-/ , Völserstr.

Baulücke VII **	-	18	-	-	Ecke Pembaur-/Reichenauerstr.
Baulücke VIII **	2	10	Mai 1943	-	Kravoglstr.
Baulücke IX **	-	-	-	-	Dürerstr.
Baulücke X **	-	ca. 90	-	-	Amraserstr.
Baulücke XI **	3	30		-	Gutenberg-/Raimundstr.
Baulücke XII **		ca. 60		-	Grenzstr.
Eigenheime Amras <sup>57</sup> *	26	26	1942	*	Lönsstr. 4, 6, 8, 10, 14, 16, 18; Mößlg. 1, 2, 3, 5, 6, 7, 8, 9, 10, 11, 13, 14, 15, 16, 18, 20, 22, 24, 26
Saggen *	17	105	7.9.1942 Baubew./ Frühjahr 1943	*	Brucknerstr. 2, 4, 6, 7, 8, 9, 11; Beethovenstr. 9; Hugo-Wolf-Str. 2; Viktor-Dankl-Str. 11, 12, 13, 14, 14a, 14b, 14c, 15
Gauselbstver- waltung ***	6	6	16.05.1941	**	Rennweg 12c-f, Karl-Schönherrstr. 7, 9
Reichspost- direktion ***	14	32	21.7.1942	**	Josef-Pöll-Str. 4, 7, 8, 9, 10, 11, 12, 13, 15, 17; Dürerstr. 2, 4; Kranewitterstr. 38, 40
gesamt ****	287	1.519			

Anm.: H. = Häuser; Whg. = Wohnungen; \* = nach dem Krieg fertig gestellt/gebaut; \*\* = Planungsstadium, nicht begonnene Bauvorhaben oder erst nach dem Krieg gebaut; \*\*\* = Baubetreuungsverträge mit Gauselbstverwaltung und Reichspostdirektion; \*\*\*\* = ohne Baulücken VI–XII. Wegen zahlreicher Umplanungen differiert die Zahl der geplanten mit der Zahl der gebauten Wohnungen. Die Bauvorhaben Pradl I–V ließ die Stadt Innsbruck errichten.

Quellen: Objektdaten der „Neuen Heimat Tirol“, in: Neue Heimat Tirol (Hg.), Die Geschichte der „Neuen Heimat Tirol“ 1939–2014, Innsbruck–Wien 2013<sup>2</sup>, 150; Bautenstandsbericht per 1. November 1940. TLA, Neue Heimat Tirol, Teil 1 Bestand: Gründung und Anfänge, Box 3, Mp. 4 Unterlagen zu Punkt 3 der Tagesordnung Aufsichtsratssitzung 6.11.1940, Anlage 12; Bautenstandsbericht per 1. Juli 1941. Ebd., Box 4, Mp. 8a Aufsichtsratssitzung vom 11. Juli 1941 in Innsbruck Unterlagen zu Punkt 2 der Tagesordnung; Wohnungsbestand der Bauvorhaben, Stand 1.1.1941. Ebd., Teil 2, Bestand: Wohnbau, Box 6, Mp. Darlehensgeber 1 Statistik; Gauselbstverwaltung: Ebd., Mp. Gauselbstverwaltung Ibk; Ebd., Box 12, Mp. Neue Heimat Gauselbstverwaltung und Mp. Wohnhäuser für Südtiroler Beamte Innsbruck; Ebd., Box 14; StAI, Abt. VI Bau 1941, Abschn. 7, Akten 2091, 2093, 2094; Reichspostdirektion: StAI, Abt. VI Bau 1941, Abschn. 7, Akt 3384; TLA, Neue Heimat Tirol, Teil 2, Bestand: Innsbruck, Box 13, Mp. 1 Innsbruck 50 Wohnungen für Beamte und Angestellte der Reichspostdirektion; Eigenheime Amras: Ebd., Box 19; StAI, Abt. VI Bau 1942, Abschn. 7, Akt 685; Baulücken VI–XII: Ebd., Box 28, Mp. 66/Innsbruck XV (Verdrosspl.); Mp. 19/1 67/Innsbruck XVI Grenzstr.; Box 26, Mp. 65/In XIV Innsbruck-Pradl Baulücke VIII Kravoglstr. 1942 „S“; Box 27, Mp. 65/Innsbruck XIV Kravoglstrasse Reichsdarlehen; StAI, Akten MA VI Bau 1942, Abschn. 25, Zl. VI-630/1386.

<sup>57</sup> Die Eigenheime mit einer Wohnfläche zwischen rund 146 und 190 m<sup>2</sup> sollten mit Baubetreuungsverträgen errichtet werden. Interessenten dafür suchte die Neue Heimat auch unter solchen Personen, die Südtirol noch nicht verlassen hatten. Mehrere Male reiste ein Vertreter der Neuen Heimat nach Bozen, um das Projekt vorzustellen und Verträge abzuschließen.

Bei allen Planungen war die Neue Heimat nicht nur auf freischaffende oder hauseigene Architekten angewiesen, sondern auf das Wohlwollen Peter Kollers, dem alle Pläne vorzulegen waren. Ohne Reibereien zwischen den vielen beteiligten Stellen – Stadtbauamt, Raumplanung, Abteilung für Wohn- und Siedlungswesen, Gauleiter, Koller, Wirtschaftsgruppe Einzelhandel Berlin<sup>58</sup> – verliefen die Planungen nicht. Im August 1940 ortete der Gauleiter „einige Unklarheiten“ und stellte klar, dass Koller für die „architektonische Ausrichtung“ zuständig war, und er seine Ämter angewiesen hatte, „ihre Einflußnahme nur auf die notwendigsten Fragen zu beschränken“.<sup>59</sup> Koller war damit nicht nur für die allgemeinen Vorgaben wie Bauflucht- oder Höhenlinien zuständig, sondern auf Wunsch des Gauleiters für die Bauweise. Die Wohnbauten der Neuen Heimat im Pradler Gebiet glichen dank seines Eingreifens sehr den zeitgleich errichteten Häusern der Stadt etwa im benachbarten Eichhof. Von den zwölf Bauabschnitten in Pradl plante Koller selbst drei, vier Planungen übernahm die Neue Heimat selbst, weitere waren an andere Architekten ausgelagert.<sup>60</sup> Weniger zufrieden zeigte sich Koller mit den Projekten in der Reichenau. Einen Teil hatte die Stadt der Neuen Heimat übertragen, einen anderen der Reichsgesellschaft für Behördenwohnungsbau Wien. Mit dieser funktionierte die Zusammenarbeit, beklagte sich Koller im Juli 1940, nicht so reibungslos wie erforderlich.<sup>61</sup> Geradezu erschreckt reagierte Koller, weil die Erkerbauten der Neuen Heimat gar nicht zum Hausabschluss der Beamtenwohnungsgesellschaft (Bauträger Alpenländische Heimstätte) passen wollte. Es dürfe nicht sein, „daß trotz aller Bemühungen der verantwortlichen Stellen die Baustelle einfach dem Spiel der freien Kräfte überlassen bleibt“, forderte er den Stadtbaudirektor auf, „die Sache persönlich in die Hand“ zu nehmen.<sup>62</sup>

Im Frühjahr 1941 schloss die Neue Heimat mit der Gauselbstverwaltung einen Baubetreuungsvertrag für drei Doppelwohnhäuser am Rennweg. Vorgesehen waren die sechs Wohnungen für höhere Beamte, die aus Südtirol zugewandert waren. Der Entwurf von Architekt Richard Dagostin gefiel Peter Koller gar nicht. Es sei unmöglich, am Rennweg als repräsentativer Straße „einfach drei völlig gleiche Typenhäuser“ hinzusetzen, möge auch der „Typ an sich recht nett“ sein und woanders durchaus passen. Die Fassade Richtung Rennweg trage „ausgesprochenen ländlichen Charakter“, die Erkerbildung sei „viel zu wenig feinfühlig und gepflegt, sie trägt ausgesprochen rustikalen Charakter“, die Haustüren „müssen ja nicht unbedingt als einfach verbretterte Türen wie bei jedem Kuhstall ausgebildet werden“. Dieser „Primitivitätskult“ entspreche nicht „unserer nationalsozialistischen Bauentwicklung“. Er verlangte am 27. Mai 1941 einen neuen Entwurf, der zwar „ebenfalls innsbruckerisch oder tirolerisch sein muss, aber im Sinne einer vornehm zurückhaltenden, städtisch kultivierten Haltung“.<sup>63</sup> Kollers Kritik kam zu spät, denn Anfang Mai hatte die Neue Heimat mit dem Bau

<sup>58</sup> Die Wirtschaftsgruppe Einzelhandel Berlin kümmerte sich um Richtlinien für Gewerbebauten. Die Stadt Innsbruck bzw. die Neue Heimat plante in den Siedlungsneubauten Einzelhandelsgeschäfte ein. Die genannte Wirtschaftsgruppe stellte Mustergrundrisse bereit.

<sup>59</sup> Gauleiter Hofer an Neue Heimat/Hans Taeschner, 24.8.1940. StAI, Akten MA VI Bau 1942, Abschn. 25, Mp. Neue Heimat Gemeinnützige Wohnungs- u. Siedlungsges. der Deutschen Arbeitsfront im Gau Tirol u. Vbg. Allgemeines Akt 630 (Sammelakt 1939–1942).

<sup>60</sup> Aktenvermerk, 30.4.1940. TLA, Neue Heimat Tirol, Teil 2, Bestand: Innsbruck, Box 1, Mp. Innsbruck-Pradl Volkswohnungen 1940 „S“ Allgem. Schriftwechsel.

<sup>61</sup> Peter Koller an Stadtbauamt, 15.7.1940. StAI, Akten MA VI Bau 1940, Abschn. 11, Zl. VI-2664.

<sup>62</sup> Peter Koller an Stadtrat/Stadtbaudirektor Anton Kininger, 3.9.1941. StAI, Akten MA VI Bau 1942, Abschn. 25, Mp. Planung Bebauung Pradl u. Hötting-West Akt 305 (Sammelakt 1939–1942), Zl. VI-367/4192/1941.

<sup>63</sup> Peter Koller an Stadtrat/Stadtbaudirektor Anton Kininger, 27.5.1941. StAI, Akten MA VI Bau 1941, Abschn. 7, Akt 2091 Beamtenwohnhäuser Rennweg, Zl. VI-2091/1941.

begonnen. Daher legte Koller am 30. Mai mit einem Telegramm nach und forderte den sofortigen Baustopp, „da aeussere gestaltung fuer dortigen bauplatz unmoeglich“.<sup>64</sup>

Die Kritik Kollers mag manches Mal beißend gewesen sein, dürfte aber die Bauten nicht wesentlich verzögert haben. Dafür sorgte der Mangel an Baustoffen und Arbeitskräften genauso wie schnell aufeinander folgende Weisungen von Reichsstellen und die permanente Drohung eines Baustopps. Erste Einschränkungen verfügten die Behörden schon im Mai 1940, als sie Arbeiten an Außenanlagen (Außenverputz, Gehwege, Begrünung) verboten.<sup>65</sup> Im März 1942 übermittelte der Generalbevollmächtigte für die Regelung der Bauwirtschaft die Grundsätze für die Durchführung von Wohnbauten im dritten Kriegswirtschaftsjahr. Sie stellten auf vereinfachte und in ihrer Qualität reduzierte Bauten ab. Schon bei der Planung war jeder unnötige Baustoffaufwand, überflüssige Straßen oder Kanäle zu vermeiden. Der Hochbau war „in einfacher Form auszuführen“, keine Doppelfenster oder Doppeltüren, Wandplatten, Keramik- oder Steingutfußböden in Treppenhäusern, Bädern, Küchen und Fluren einzubauen, keine Tapeten anzubringen und keine zentralen Heizungs- und Wasserversorgungsanlagen. Kontingentierte Baustoffe waren sparsam zu verwenden, das hieß eisen-sparende Massivdecken einzubauen, Gegenstände aus Eisen, wie Gitter, Türklinken, Fenstergriffe, Geländer oder Beschläge waren in Holz auszuführen. Wasserversorgungsrohre waren zu verengen, auf eine Kläranlage zu verzichten. Straßenzüge in den neuen Siedlungen waren nur mit einer Schotter- und Kiesdecke zu versehen, keinesfalls zu pflastern. Bei den Außenanlagen durften nur Arbeiten ausgeführt werden, um Unfälle zu verhindern, zu planieren war die Außenfläche nur dann, wenn sie für den Gemüseanbau genutzt wurde.<sup>66</sup>

Schon vor dieser Weisung, welche die Bauqualität wesentlich reduzierte, ortete die Baupolizei krasse Baumängel bei den Projekten der Neuen Heimat. Im Mai 1941 listete die Baupolizei in einem sechsseitigen Schreiben die Verfehlungen auf: Die Gesellschaft verwende unterschiedliche Ziegelarten teils sehr schlechter Qualität, setze sie widmungswidrig in einer Mauer übereinander und ziehe meterhohe tragende Mauern aus nicht druckfesten Ziegeln hoch. Installationsarbeiten erfolgten größtenteils unsachgemäß, weil tragende Wände zu tief angebohrt wurden, es fehlten feuersichere Brandmauern und gesicherte Brandabschnitte, Schornsteine seien unsachgemäß gemauert und zu nahe an hölzernen Dachstühlen. In einigen Wohnungen sei das Rauchrohr so schlecht abgedichtet, dass „die Abrauche frei in den Raum ausströmen (Vergiftungsgefahr)“. Statt der vorgeschriebenen feuerhemmenden Eichenstiegen verbaue die Gesellschaft Stiegen aus Weichholz. Die gebrochenen Holzbalken in Dachstühlen seien zu mangelhaft miteinander verklammert, so dass er einstürzen könne. In den Luftschutzräumen fehlten die künstliche Belüftung und Notausstiege.<sup>67</sup>

Die Neue Heimat wehrte die Kritik, auf ihren Baustellen herrsche systematische Schlamperie, ab und schob die Verantwortung für die Mängel den Baumeistern zu. Die Bauweise lokaler Firmen entspreche „in vielen Fällen auch nicht den primitivsten Anforderungen handwerklicher und anständiger Ausführung“. Gegen die „zitierte Schlamperie“ seien „auch andere Dienststellen als nur die ‚Neue Heimat‘ in gewissem Grade offensichtlich machtlos“,

---

<sup>64</sup> Peter Koller an Stadtrat/Stadtbauinspektor Anton Kininger, Telegramm, 30.5.1941. StAI, Akten MA VI Bau 1941, Abschn. 7, Zl. VI-2093.

<sup>65</sup> Reichsstatthalter/Gauleiter Hofer an alle Landräte und Oberbürgermeister, 24.5.1940. StAI, Akten MA VI Bau 1942, Abschn. 1, Mp. Bau Allgemeines Gesetz, Bestimmungen Akt 237 (1932–1942), Zl. 221/1906/1940.

<sup>66</sup> Der Beauftragte für den Vierjahresplan/Der Generalbevollmächtigte für die Regelung der Bauwirtschaft, Grundsätze für die Durchführung von Wohnbauten im 3. Kriegswirtschaftsjahr, 6.3.1942. TLA, Neue Heimat Tirol, Teil 1, Bestand: Gründung und Anfänge, Dienstanweisungen (1940–1943), Box 6, Mp. 2.

<sup>67</sup> Baupolizei, Amtsbericht, 22.5.1941. StAI, Akten MA VI Bau 1942, Abschn. 25, Mp. Neue Heimat Gemeinnützige Wohnungs- u. Siedlungsges. der Deutschen Arbeitsfront im Gau Tirol u. Vbg. Allgemeines Akt 630 (Sammelakt 1939–1942), Zl. VI-152/2383/7/1941.

beteuerte sie. Die Baupolizei sei eine wertvolle Unterstützung „zur Beseitigung der Schlampererei der meisten örtlichen Baufirmen“. <sup>68</sup> Das Stadtbauamt erinnerte die Neue Heimat daran, dass sie Fachleute habe, „die verhindern könnten, dass das Bauniveau nicht auf das des flachen Landes mit seinen Landmaurermeistern herabgedrückt“ werde, und forderte sie auf, den Anordnungen der Baupolizei zu folgen. <sup>69</sup> Mit diesem Schriftwechsel war die Angelegenheit aber nicht erledigt, denn das Stadtbauamt wies die Neue Heimat auf die Bestimmungen hin, wonach Lochziegel nur in bestimmten Fällen und keinesfalls für tragende Mauern eingebaut werden durften. Der Stadtbaudirektor sparte nicht mit emotionalen Worten:

„Ich frage Sie nun, läuft es Ihren verantwortlichen Fachleuten nicht kalt über den Rücken, wenn sie vor solchen Bauteilen stehen [...]? Können Sie dies verantworten? Wenn Sie weiter bedenken, dass die Qualität der Ziegel und der Mauerung gegenüber der Friedenszeit zurückgegangen ist!“ <sup>70</sup>

Intern war der Neuen Heimat klar, dass die Baumängel und die „Ersatzbaustoffe“ beim Innenausbau in den Folgejahren erhöhte Kosten für die Instandhaltung erforderten. <sup>71</sup>

Parallel mit den Wohnhausbauten bereitete die Stadt Neubauten für Schulen vor, weil die bestehenden Schulen die Kinder der neuen Siedlungsgebiete nicht aufnehmen konnten. NS-Organisationen wie die Hitlerjugend <sup>72</sup> oder die NS-Volkswohlfahrt forderten ebenso Platz in den neuen Stadtteilen wie das Stadtbauamt mit seinen Straßentrassen.

Die großzügige Siedlungsplanung überlastete die Kapazitäten des Stadtbauamtes (zuständig für Straßen- und Kanalbau) und der Stadtwerke (Wasserwerk, Gas- und E-Werk). Die schon vor dem „Anschluss“ teils prekäre Wasserversorgung Innsbrucks geriet an ihre Grenzen, so dass die Stadt die ohnehin geplante Erweiterung des Wasserwerkes andenken musste. Eine folgenschwere Entscheidung fällte der Oberbürgermeister, als er die Energieversorgung der neuen Siedlungen in Pradl den Gaswerken überantwortete. <sup>73</sup> Folgeschwer war sie deshalb, weil der Verwaltungsausschuss der städtischen Lichtwerke (Gas- und E-Werk) im Dezember 1933 beschlossen hatte, dass das wirtschaftlich weniger rentable Gaswerk keine neuen Anschlüsse mehr legen durfte. <sup>74</sup> Obwohl die Technik des Gaswerkes nicht mehr auf dem neuesten Stand war und die für die Gasproduktion notwendige Kohle importiert werden musste, genehmigte die Stadt im August 1941 notgedrungen den Ausbau. <sup>75</sup>

---

<sup>68</sup> Neue Heimat an Stadtbaudirektor Kininger, 24.5.1941. Ebd.

<sup>69</sup> Stadtbaudirektor Kininger an Neue Heimat, 26.5.1941. Ebd.

<sup>70</sup> Stadtbaudirektor Kininger an Neue Heimat, 16.7.1941. Ebd., Zl. VI-152/3112.

<sup>71</sup> Neue Heimat, Geschäftsbericht 1942, Dezember 1942. TLA, Neue Heimat Tirol, Teil 1, Bestand: Gründung und Anfänge, Box 7.

<sup>72</sup> Die Stadt Innsbruck plante allein 19, über das Stadtgebiet verteilte Heime für die Hitlerjugend. Stadtbauamt an Oberbürgermeister, 22.1.1943. StAI, Akten MA VI Bau 1943, Abschn. 25, Zl. VI-304.

<sup>73</sup> Oberbürgermeister Denz in der Sitzung der Ratsherren am 4. Juni 1940. StAI, Ratsprotokolle 1940–1944.

<sup>74</sup> Neue Ziele der Innsbrucker Energiewirtschaft, in: *Innsbrucker Nachrichten*, 29.12.1933, 5.

<sup>75</sup> Pitscheider, Stadtwerke, 98–100.

### 3. Arbeitskräftemangel

Die vielen Bauprojekte der Neuen Heimat erforderten eine große Zahl an Arbeitskräften, in Baufirmen, im Baunebengewerbe, in den Stadtwerken und im Stadtbauamt. Allerdings hatte sich schon im Sommer/Herbst 1938 ein eklatanter Mangel abgezeichnet, und zwar aus mehreren Gründen. Tausende Menschen waren nach dem „Anschluss“ ins Reich abgewandert bzw. vom Arbeitsamt dorthin vermittelt und teils in Sonderzügen gebracht worden. Zugleich wollte das Regime mit großzügigen Bauprogrammen einerseits sein Versprechen von „Arbeit und Brot“ erfüllen, andererseits die Wirtschaft und Infrastruktur der Ostmark in die Kriegsvorbereitungen einbinden.

Das Regime griff in seinem Allmachtsanspruch in jeden Bereich des Lebens ein und verordnete selbst andere Begrifflichkeiten. Das Wort „Arbeitsmarkt“ sei zu vermeiden, wies das Reichsarbeitsministerium alle untergeordneten Stellen an, beruhe es doch auf der Vorstellung, die Arbeitskraft sei nach dem Prinzip Angebot und Nachfrage eine Ware. An seine Stelle trat der Begriff „Arbeitseinsatz“, die staatliche planvolle „Lenkung der Arbeitskräfte nach übergeordneten staatspolitischen Notwendigkeiten“.<sup>76</sup> Instrument dieser „planvollen Lenkung“ waren die Arbeitsämter. Im Mai 1941 erinnerte die Gauleitung die Neue Heimat daran, dass „einzig und allein“ das Arbeitsamt zuständig und „eigenmächtiges Werben“ verboten war.<sup>77</sup>

Um den Zugriff des Staates zu legalisieren, erließ Hermann Göring, Reichsmarschall und Beauftragter für den Vierjahresplan, die „Verordnung zur Sicherstellung des Kräftebedarfs für Aufgaben von besonderer staatspolitischer Bedeutung“, die eine „zeitlich begrenzte Hilfspflicht“ für alle Reichsangehörigen vorschrieb.<sup>78</sup> Ab Feber 1939 konnte die „Hilfspflicht“ unbegrenzt verfügt werden.<sup>79</sup> Demnach durfte das Arbeitsamt auf eine Bedarfsmeldung von Betrieben hin ihm geeignete erscheinende Arbeitskräfte „dienstverpflichten“ und zwangsweise zuweisen.<sup>80</sup> Unter dem Schlagwort „Volksgemeinschaft“ verpflichtete das Regime junge Menschen zum Arbeitseinsatz, neben den Reichsarbeitsdienst für Männer trat ab Kriegsbeginn der für Frauen, die Jugendorganisation Hitlerjugend, StudentInnen und ganze Schulklassen absolvierten „freiwillige“ Einsätze in der Landwirtschaft, junge Frauen mussten in Land- oder Hauswirtschaft ihr Pflichtjahr ableisten. Dienstverpflichtungen betrafen reichsdeutsche Staatsangehörige, was aber bei weitem nicht genügte, um den enormen Bedarf zu decken. Der Bauwirtschaft war zudem weder mit Frauen noch Jugendlichen gedient und sie konnte ihren Bedarf auch nicht aus Dienstverpflichtungen decken.

Schon vor Kriegsbeginn griff das NS-Regime daher auf ausländische Arbeitskräfte zurück, auf angeworbene Freiwillige, ab September 1939 auf Kriegsgefangene, auf Angeworbene in besetzten Staaten und ab dem Frühjahr 1942 massiv auf zwangsweise ins Reich Verschleppte. Mit reichsdeutschem Personal allein war auch das ambitionierte Bauprogramm der Neuen Heimat zu keinem Zeitpunkt zu bewältigen. Auf allen Baustellen zusammen, den

---

<sup>76</sup> Reichsarbeitsministerium Berlin an oberste Reichsbehörden, 15.12.1941. TLA, RStH, GB Bau, Sign. 10, Karton 2, Mp. 10-00 Arbeitseinsatz Richtlinien 1. Teil, Zl. Va 5100/38.

<sup>77</sup> Gauleitung/Umsiedlung Südtirol/ Der Beauftragte für das Wohn- und Siedlungswesen Leo Tusch an Neue Heimat, 8.5.1941. TLA, Neue Heimat Tirol, Teil 1, Bestand: Gründung und Anfänge, Dienstanweisungen (1940–1943), Box 6, Mp. 2.

<sup>78</sup> Allgemeine zeitlich begrenzte Hilfspflicht, in: *Innsbrucker Nachrichten*, 24.6.1938, 1 f.

<sup>79</sup> Verordnung zur Sicherstellung des Kräftebedarfs für Aufgaben von besonderer staatspolitischer Bedeutung, 13.2.1939. RGBl. I/206.

<sup>80</sup> Erste Durchführungsverordnung zur Sicherstellung des Kräftebedarfs für Aufgaben von besonderer staatspolitischer Bedeutung, 2.3.1939. RGBl. I/403.



Werkstätten und im Baunebengewerbe beschäftigte die Gesellschaft im November 1940 rund 4.000 Arbeitskräfte, darunter 600 Kriegsgefangene.<sup>81</sup>

Die Arbeitsbedingungen, die Bezahlung und die Behandlung der ausländischen Arbeitskräfte richteten sich nach dem Status – Zivilarbeiter oder Kriegsgefangener –, der Herkunft und dem „rassischen“ Wert.

### 3.1 Zivile ausländische Arbeitskräfte

Vor Kriegsbeginn schloss das NS-Regime, um die vielen Baustellen (vor allem Straßen- und Kraftwerksbauten) mit genügend Arbeitskräften zu versorgen, Anwerbeabkommen mit benachbarten und verbündeten Staaten. Im März 1939 endeten die Verhandlungen mit dem verbündeten faschistischen Italien über die Anwerbung von italienischen Arbeitskräften für das Deutsche Reich.<sup>82</sup> Ab dem Herbst 1938, mehr noch ab dem März 1939 kamen Menschen aus der ehemaligen Tschechoslowakei und dem nunmehrigen Protektorat<sup>83</sup> auf die Baustellen. Nach Kriegsbeginn erzwang das NS-Regime von den Regierungen besetzter Staaten die „Lieferung“ von Arbeitskräften.

Sie kamen nach der Anwerbung in eigens eingerichteten Anwerbebüros und Außenstellen der Arbeitsämter im Ausland mit Arbeitsverträgen ins Deutsche Reich. Ihre Meldung mochte freiwillig gewesen sein, ihr Arbeitseinsatz im Reich ebenso, aber nur theoretisch, denn wie alle anderen Arbeitskräfte auch unterlagen sie einem strengen Regime. Alle zivilen Arbeitskräfte, unabhängig von ihrer Herkunft, unterstanden Gesetzen, wonach Arbeitsvertragsbruch, Beschwerden über die Höhe des Lohnes oder Arbeitsunwilligkeit unter Strafe standen. In der NS-Zeit waren für Probleme am Arbeitsplatz nicht mehr die Unternehmen, die jeweiligen Interessenvertretungen oder Arbeitsgerichte zuständig, sondern die Behörden, zuallererst die Gendarmerie oder Polizei, die Landräte (= früher Bezirkshauptmannschaften), die Geheime Staatspolizei (Gestapo), die Gerichte, die Arbeitsämter oder der Reichstreuhand für Arbeit. Letzterer hatte die Tarifhoheit inne, legte also die Höhe des Lohnes und eventuelle Zulagen fest, und war auch Strafinstanz bei Problemen am Arbeitsplatz, besonders dem „Delikt“ des Arbeitsvertragsbruches. Dieser lag dann vor, wenn jemand seinen Arbeitsplatz ohne Zustimmung des Arbeitsamtes wechseln wollte oder verließ. Die Strafhöhe und -art (Geldstrafe, Haft) richtete sich dabei nicht nur nach dem Delikt, sondern der Signalwirkung, waren doch nicht nur der Täter selbst, sondern Arbeitskollegen abzuschrecken und zu disziplinieren. Der Reichstreuhand der Arbeit, angesiedelt beim Landesarbeitsamt, schrieb im November 1940 vor, wie die Behörden reagieren sollten. Jeder Arbeitsvertragsbruch sei als „Bruch der Betriebsgemeinschaft“ zu werten, worauf mit polizeilichen und staatspolizeilichen Maßnahmen zu antworten sei. Es komme darauf an,

„dass die Strafe der Tat unmittelbar auf dem Fuss folgt. Nur das schlagartige Zugreifen der staatlichen Organe ist im Stande, die nachteiligen sozialen Wirkungen des verübten

---

<sup>81</sup> Bericht über die augenblickliche Lage der Gesellschaft, 6.11.1940. TLA, Neue Heimat Tirol, Teil 1, Bestand. Gründung und Anfänge, Mp. 3a AR 2.10.1940.

<sup>82</sup> Nachverhandlungen/Spezifizierungen in Niederschrift über deutsch-italienische Verhandlungen vom 3. bis 10. Juni 1940 wegen der Anwerbung, Vermittlung und Beschäftigung italienischer gewerblicher Arbeiter. TLA, RStH, Unterabt. Va, Sign. 5144, Fasz. 1292, Mp. 5144-09 Ang. u. Arb. b. Unternehm. Bauwohnlager Ausländ. Arbeitskräfte.

<sup>83</sup> Nach der Abtrennung des Sudetenlandes im Herbst 1938, der Sezession der Slowakei im März 1939 und der Abtretung weiterer Gebiete an Polen oder Ungarn, annektierte das Deutsche Reich die Rest-Tschechoslowakei als formal autonome Verwaltungseinheit unter dem Namen Protektorat.

Vergehens auszugleichen, während der langwierige Weg der gerichtlichen Bestrafung viel weniger wirkungsvoll ist.“<sup>84</sup>

Mochte auch ein Mensch mit reichsdeutscher Staatsangehörigkeit den Gesetzen über Arbeitsvertragsbrüche oder Ähnlichem unterworfen und mit strengen Strafen bedroht sein, blieb sein Status, dem „Herrenvolk“ anzugehören, davon unberührt. Den maßgeblichen Rahmen, wer wie zu behandeln war, bot die rassistische Hierarchie, wonach das NS-Regime Menschen je nach Herkunft oder Religion in bessere und schlechtere, wertvolle und „minderwertige“ einteilte. Nach diesem Status richtete sich die arbeitsrechtliche Behandlung, diskriminierende Regeln, Unterkunft und Ernährung und der Strafrahmen, der bei Widersetzlichkeit zum Zuge kam.

Den wichtigsten Faktor, um die gewünschte Disziplin aufrechtzuerhalten, bildete die Gestapo, die sich immer wieder „volksaufklärerisch“ betätigte. Sie stellte ihre Bewertung dabei nicht auf arbeitsrechtliche Normen ab, sondern auf die „rassischen“ Unterschiede und den daraus abgeleiteten Wert zwischen und von „Fremdvölkischen“ und Deutschen. Sie teilte ausländische Arbeitskräfte in vier Gruppen, die es unterschiedlich zu behandeln galt. Zur Gruppe A gehörten solche aus dem verbündeten faschistischen Italien, in die Gruppe B fielen „Angehörige germanischer Völker“, wozu Flamen, Dänen, Norweger, Holländer, Wallonen und Finnen zählten. Diese seien für den „Gedanken des grossdeutschen Reiches“ zu gewinnen:

„In der Art des Umgangs der gewinnenden Belehrung bei leichten Verfehlungen, der überzeugenden Darlegung ihres Unrechts muss den oft noch fremden Einflüssen unterliegenden Angehörigen eines germanischen Volkes der Weg zum Reich geebnet werden.“

Zur Gruppe C gehörten nicht-germanische Völker, die entweder mit dem Deutschen Reich verbündet oder „mit denen wir auf Grund ihrer kulturellen und gesamteuropäischen Bedeutung verbunden“ seien. Dazu zählten Angehörige der Slowakei, Kroatien, Rumänien, Bulgarien, Ungarn, Frankreich<sup>85</sup> und Spanien. Sie seien „in der Ausrichtung ihrer Völker auf die Neuordnung Europas und den berechtigten Führungsanspruch Grossdeutschlands nützlich [sic] zu machen“. Durch eine „verständnisvolle und gerechte Behandlung“ würden sie erkennen, „dass sie als Angehörige einer im werdenden neuen Europa geachteten Nation betrachtet werden“ könnten. In die Gruppe D reihte die Gestapo die slawischen Völker, die „mehr oder weniger unter der unmittelbaren Hoheitsgewalt des Deutschen Reiches leben“. Das waren Menschen aus dem Protektorat, Serbien, Slowenien, dem Baltikum, Polen und „fremdvölkische Arbeitskräfte nicht-polnischen Volkstums aus dem Generalgouvernement<sup>86</sup> und den eingegliederten Ostgebieten“. Arbeitskräfte aus diesen slawischen Völkern bedürften bei „korrekter und gerechter Behandlung“ einer „straffen Führung“ und „der Einhaltung eines besonders klaren Abstandes ihnen gegenüber – bedingt durch die krassen rassistischen Unterschiede und die politischen Verhältnisse“. Zur „Präventivarbeit“ gehöre es, den ausländischen Arbeitskräften keinen Anlass zur Unzufriedenheit zu geben, um sie in „politisch-polizeilicher

---

<sup>84</sup> Reichstreuhand der Arbeit für das Wirtschaftsgebiet Tirol-Salzburg an Landräte, 14.11.1940. TLA, Akten Bezirkshauptmannschaft/Landrat (BH/LR) Landeck, Rz III, Fasz. 633, Mp. III-105/9, Zl. 30 b St/Ma.

<sup>85</sup> Gemeint war hier neben dem besetzten das sogenannte „freie“ Frankreich (südlich der Demarkationslinie) unter Marschall Philippe Pétain, das dem Deutschen Reich eng zuarbeitete und selbst faschistische Züge aufwies.

<sup>86</sup> Als Generalgouvernement bezeichnete das Deutsche Reich das besetzte Polen.

Hinsicht weniger anfällig, d. h. ungefährlicher zu machen“. Es gebe vielfach berechtigte Klagen „über mangelnde Fürsorge der Betriebe, unmögliche Unterkünfte, unverhältnismässig schlechte Verpflegung“, was zu verhindern sei. Es gehe um die „Hervorhebung des deutschen Menschen“ mit dem Bewusstsein, ein verantwortliches Glied der Volksgemeinschaft zu sein.<sup>87</sup>

Unter den ausländischen Zivilarbeitskräften nahmen die aus Polen und den besetzten Ostgebieten eine besondere Stellung ein, weil sie allein aufgrund ihrer Herkunft diskriminierenden Sonderregelungen unterworfen waren. Nach dem Überfall auf Polen kamen zuerst polnische Kriegsgefangene, zugleich richtete das Regime Arbeitsämter ein, das polnische Arbeitskräfte ins Reich vermittelte. Anfang März 1940 erließ das Reichsministerium des Innern eine Polizei-Verordnung „über die Kenntlichmachung im Reich eingesetzter Zivilarbeiter und -arbeiterinnen polnischen Volkstums“. Demnach mussten polnische ZivilarbeiterInnen „auf der rechten Brustseite jedes Kleidungsstückes ein mit ihrer jeweiligen Kleidung fest verbundenes Kennzeichen stets sichtbar“ tragen. Das „Kennzeichen“ bestand aus einem auf der Spitze stehenden Quadrat mit je 5 cm langen Seiten, violetter Umrandung, und einem 2,5 cm hohen violettem P auf gelbem Grund.<sup>88</sup> Ein „Merkblatt für deutsche Betriebsführer“ listete auf, was Arbeitskräften „polnischen Volkstums“ alles verboten war. Sie durften ohne ortspolizeiliche Genehmigung weder den Aufenthaltsort verlassen noch öffentliche Verkehrsmittel oder Fahrräder benutzen. Verboten war es, Theater, Kinos oder Gasthäuser „gemeinsam mit der deutschen Bevölkerung“ zu besuchen, sich fotografieren zu lassen oder selbst einen Fotoapparat zu benutzen. Vergehen waren von der Polizei zu bestrafen. Der Gestapo hingegen oblag es, Verstöße gegen das „Verbot des geselligen und insbesondere des intimen Verkehrs mit Deutschen“ zu ahnden.<sup>89</sup>

Das P-Zeichen und die Verbote demütigten nicht nur, sondern sonderten polnische Arbeitskräfte deutlich sichtbar von anderen „Fremdvölkischen“ und Deutschen ab. Es beugte Solidarität vor, was durchaus beabsichtigt war, denn das NS-Regime fürchtete, dass sich die vielen ausländischen Arbeitskräfte verbünden könnten. Um das zu hintertreiben verfolgte das Regime nach dem Motto „Teile und herrsche“ eine Politik der Spaltung und richtete Diskriminierungen danach aus. Nach der Angliederung eines Teiles der besetzten Ukraine ans Generalgouvernement (August 1941) kamen aus diesem Gebilde nun Arbeitskräfte polnischen oder ukrainischen „Volkstums“, die das Regime unterschiedlich behandelte. Die Herkunft „polnisches Volkstum“ verpflichtete etwa zum Tragen des P, wovon die „ukrainischen Volkstums“ befreit waren.

Diskriminiert wurden polnische Arbeitskräfte nicht nur wegen des Kennzeichens, sondern weil sie gegenüber anderen Nationalitäten weniger verdienten. Sie durften maximal

---

<sup>87</sup> Gestapo Innsbruck, Gefahrenabwehr beim Ausländereinsatz, 20.10.1943. TLA, Akten BH/LR Landeck, Fasz. 634, Jahr 1939–45, Mp. 125/10 Ausländische Arbeitskräfte, Zl. IIE-10/43g.

<sup>88</sup> Polizeiverordnung über die Kenntlichmachung im Reich eingesetzter Zivilarbeiter und -arbeiterinnen polnischen Volkstums. RGBl. 1/555.

<sup>89</sup> Merkblatt für deutsche Betriebsführer über das Arbeitsverhältnis und die Behandlung von Zivilarbeitern polnischen Volkstums aus dem Generalgouvernement und den eingegliederten Ostgebieten, o. D. (April 1942), beiliegend einem Schreiben des Magistratsdirektors an diverse Abteilungen des Stadtmagistrats, 10.4.1942. StAl, Akten MD 1942, G.-A. S-11, Zl. 1218. Siehe auch Cord Pagenstecher/Ewa Czerwiakowski, Vor 75 Jahren: Die Polen-Erlasse. Ein zentrales Instrument nationalsozialistischer Ausgrenzungs- und Ausbeutungspolitik, in: Zeitgeschichte-online, April 2015. <https://zeitgeschichte-online.de/geschichtskultur/vor-75-jahren-die-polen-erlasse> (abgerufen 13.5.2020).

90 % des Lohnes eines deutschen Arbeiters erhalten, maximal 5 RM täglich, aber nur in Fällen, „in denen dies unbedingt erforderlich ist“.<sup>90</sup>

Trotz aller Bemühungen des Regimes, Arbeitskräfte in befreundeten oder besetzten Staaten freiwillig für den Arbeitseinsatz im Deutschen Reich zu gewinnen, reichte es nicht, um die Arbeitskraft eingezogener Deutscher zu ersetzen. Zwangsrekrutierungen wie in Polen ersetzt bzw. begleiteten ab spätestens Herbst 1941 die Anwerbekampagnen. Im März 1942 ernannte Adolf Hitler seinen treuen Gefolgsmann und Reichsstatthalter von Thüringen, Fritz Sauckel (1946 in Nürnberg hingerichtet), zum Generalbevollmächtigten für den Arbeitseinsatz. Sauckel stellte den Anwerbeapparat auf Zwangsrekrutierungen um. Er konzentrierte sich auf die deutsch besetzten sowjetischen Gebiete, um deren „Menschenreserven voll auszuschöpfen“, und die besetzten Westgebiete (Frankreich, Belgien, Niederlande, Luxemburg).<sup>91</sup> Menschen aus den besetzten Ostgebieten hießen in der NS-Diktion OstarbeiterInnen und waren noch mehr Diskriminierungen unterworfen als polnische Arbeitskräfte. Wie diese waren sie so zu kennzeichnen, dass, egal wo sie sich aufhielten, ersichtlich war, woher sie stammten. Sie mussten auf der rechten Brustseite der Kleidung ein „hochstehendes Rechteck von 70 mm x 77 mm“ mit blauweißer Umrandung auf blauem Grund tragen, in dem das Wort „Ost“ in weißer Schrift prangte.<sup>92</sup> Sie arbeiteten nach einem „Beschäftigungsverhältnis eigener Art“, was sie von den meisten arbeitsrechtlichen und arbeitsschutzrechtlichen Vorschriften ausschloss. Sie erhielten etwa Lohn nur für tatsächlich geleistete Arbeit, im Krankheitsfall stand ihnen nur Unterkunft und Verpflegung zu; Mehr- oder Überstunden erhielten sie nicht entgolten. Unternehmen entrichteten keine Lohnnebenkosten, sondern eine Ostarbeiterabgabe, die direkt ans Deutsche Reich floss.<sup>93</sup> Die staatlich geregelten Löhne für OstarbeiterInnen richteten sich zwar nach den Lohnsätzen deutscher Arbeitskräfte, waren aber denkbar gering. Bei einem monatlichen Bruttolohn von 54 RM fielen 45 RM als Bezahlung für Unterkunft und Verpflegung weg, so dass 9 RM übrigblieben. Bei wöchentlich 12,60 RM gingen 10,50 RM ab, so dass 2,10 RM verblieben.<sup>94</sup> Der Kontakt mit ihnen durfte sich nur auf das notwendigste beschränken, sie waren isoliert unterzubringen und erhielten schlechtere Verpflegung als andere ausländische Arbeitskräfte.

Arbeitskräfte aus verbündeten Staaten wie Italien waren arbeitsrechtlich ihren reichsdeutschen KollegInnen gleichgesetzt. Sie erhielten die gleichen Löhne, dazu noch Trennungsentuschädigungen oder Kinderzuschläge. Trotz der offiziell betonten Freundschaft mit Italien pflegten zuständige Behörden bei der Beurteilung ihrer Arbeitsleistung gängige Vorurteile. Die Arbeitsleistung der größten Gruppe unter den ausländischen Arbeitskräften, der vor allem am Bau tätigen Italiener, hänge, urteilte das Landesarbeitsamt im Oktober 1941, stark von ihrer regionalen Herkunft ab. Norditaliener warteten mit „brauchbaren Arbeitsleistungen“ auf, wohingegen die Leistung der Mittel- und Süditaliener „gänzlich unbefriedigend“ sei. Gerade letztere seien „zurzeit nicht unerheblich vertreten“, weil „im Reich vertragsbrüchig gewordene Italiener“ an Betriebe im Gau vermittelt worden seien. Arbeiteten in einem Unternehmen

---

<sup>90</sup> Generalinspektor für das deutsche Straßenwesen, Runderlass, 26.6.1940. TLA, RStH, Unterabt. Va, Sign. 5144, Fasz. 1292, Mp. 5144-09 Ang. u. Arb. b. Unternehm. Bauwohnlager Ausländ. Arbeitskräfte, Zl. 8203-3.43.

<sup>91</sup> Das Programm des Generalbevollmächtigten für den Arbeitseinsatz, herausgegeben am Geburtstag des Führers 1942, in: Mitteilungen des Beauftragten für den Vierjahresplan/Der Generalbevollmächtigte für den Arbeitseinsatz, Nr. 1, 1.5.1942. TLA, RStH, Dezernat Ia4, Karton 1, Fasz. A/A-A/Z 1940–1942.

<sup>92</sup> Allgemeine Bestimmungen über Anwerbung und Einsatz von Arbeitskräften aus dem Osten, 20.2.1942. [https://www.bundesarchiv.de/zwangsarbeit/files/rd19-3\\_erl-osta-kennz-sw.pdf](https://www.bundesarchiv.de/zwangsarbeit/files/rd19-3_erl-osta-kennz-sw.pdf) (abgerufen 30.10.2020).

<sup>93</sup> Verordnung über die Einsatzbedingungen der Ostarbeiter, 30.6.1942. RGBl. I/419.

<sup>94</sup> Der Beauftragte für den Vierjahresplan/Der Generalbevollmächtigte für den Arbeitseinsatz, Merkblatt Nr. 1 für Betriebsführer über den Einsatz von Ostarbeitern, o. D. (1942). StAI, Akten MD 1942, G.-A. 11-2, Zl. 4480.

Italiener aus dem Norden und Süden zusammen, dann „beeinträchtigen die Mittel- und Südtaliener den Gesamteindruck der italienischen Arbeitskräfte überhaupt durch ihre schlechten Leistungen, gepaart mit disziplinelosem Verhalten“. Das Verhalten der Norditaliener könne „als in dem Rahmen der Kriegsverhältnisse passend bezeichnet werden“, das der Mittel- und Südtaliener hingegen erregte in der Öffentlichkeit „nicht geringen Anstoss“.<sup>95</sup> Wie viele der im Gau beschäftigten italienischen Arbeitskräfte aus der vom Landesarbeitsamt genannten Gruppe der Arbeitsvertragsbrüchigen stammte, ist unklar. Für das Regime stellten die aus dem Deutschen Reich in ihre Heimat flüchtenden Italiener jedenfalls ein Problem dar, dem es mit Zwangsmaßnahmen begegnete. Griffen Grenzbeamte am Brenner Italiener auf, die ohne Erlaubnis zurück in ihre Heimat reisen wollten, wurden sie verhaftet und vom Landesarbeitsamt auf eine neue Stelle im Gau vermittelt. Die anwachsende Fluchtbewegung führte dann zur Gründung des Arbeitserziehungslagers der Gestapo in der Reichenau.

Italienischen Arbeitskräften stand im Notfall das Ufficio Sindacale Italiano di Collegamento col Fronte Tedesco del Lavoro zur Seite, ein Organ, das in Zusammenarbeit mit der DAF die Interessen der italienischen Arbeitskräfte vertrat und bei Konflikten, beispielsweise über Lohn, Urlaub oder Ernährung vermittelte. Es unterhielt in der Innsbrucker Adamgasse 3 eine Delegazione del Tirol-Vorarlberg. An der gleichen Adresse befand sich Delegation regionale française aupres de la Gauverwaltung Tirol-Vorarlberg du DAF für Arbeitskräfte aus Frankreich. Im Herbst 1943 war es mit der Freiwilligkeit der meisten italienischen Arbeitskräfte vorbei, weil das faschistische Italien Mussolini abgesetzt und das Bündnis mit dem Deutschen Reich aufgekündigt hatte. Ab sofort arbeiteten neben weiterhin „freien“ Italienern sogenannte „Italienische Militärinternierte“ im Gau. Das Regime verwehrte ihnen die an sich korrekte Zuschreibung „Kriegsgefangene“, damit es die Genfer Konvention nicht anwenden musste.<sup>96</sup>

Kamen zu Beginn des Krieges die meisten ausländischen Arbeitskräfte aus „freien“ Staaten, waren es ab dem Frühjahr 1942 mehrheitlich Zwangsrekrutierte aus dem Osten. Mit 53 % stammte die Mehrheit der im Oktober 1941 im Gau Tirol-Vorarlberg eingesetzten „freien“ ausländischen Arbeitskräfte aus Italien. Von den insgesamt 9.665 Männern arbeiteten 67,85 % in der Bauwirtschaft, meldete das Landesarbeitsamt.<sup>97</sup> Die Bauwirtschaft des gesamten Gaus war aber vorwiegend bei den Kraftwerksbauten (Illwerke in Vorarlberg, Tiwag am Gerlos) und Straßenbauten (Achensee, Gerlos) beschäftigt und nur zu einem geringen Teil im Wohnbau. Nur 947 von 9.829 ausländischen Arbeitskräften waren im November 1941 in Innsbruck-Stadt eingesetzt, die meisten von ihnen wahrscheinlich im Wohnbau.<sup>98</sup> Im Dezember 1943 kam die Mehrheit ausländischer ziviler Arbeitskräfte dann aus besetzten Staaten des Ostens. Mit rund 56 % stammten die Arbeitskräfte von besonders verachteten „Rassen“ (OstarbeiterInnen, Polen) ab, die mit vielfältigen Diskriminierungen in ihrem Arbeitsleben und Alltag konfrontiert waren.<sup>99</sup> Sie waren billiger als andere ausländische Arbeitskräfte, sogar

---

<sup>95</sup> Der Präsident des Landesarbeitsamtes Alpenland an Reichsstatthalter, 23.10.1941. TLA, RStH, Dezernat Ia4, Karton 6, Fasz. Abt. XI Ia4 BRK 1940–1944, Zl. 5760/949/41g.

<sup>96</sup> Die Behandlung Kriegsgefangener richtete sich nach den Bestimmungen des Genfer Abkommens über die Behandlung von Kriegsgefangenen vom 27.7.1929. Hubert Speckner, In der Gewalt des Feindes. Kriegsgefangenenlager in der „Ostmark“ 1939 bis 1945 (Kriegsfolgen-Forschung Bd. 3), Wien–München 2003, 9.

<sup>97</sup> Der Präsident des Landesarbeitsamtes Alpenland an Reichsstatthalter, 23.10.1941. TLA, RStH, Dezernat Ia4, Karton 6, Fasz. Abt. XI Ia4 BRK 1940–1944, Zl. 5760/949/41g.

<sup>98</sup> Ausländische Arbeiter im Gau Tirol-Vorarlberg, 26.11.1941. TLA, RStH, Dezernat IIIa1, Karton 24, Mp. IIIa K-VIII 2 Gefangene und fremdländische (poln.) Arbeiter in Krankenhäusern.

<sup>99</sup> Florian Freund/Bertram Perz, Die Zahlenentwicklung der ausländischen Zwangsarbeiter und Zwangsarbeiterinnen auf dem Gebiet der Republik Österreich 1939–1945, in: Zwangsarbeiter und

noch billiger als Kriegsgefangene, die zudem mehr Aufwand und Abstimmungsbedarf erforderten.

Im November 1943 arbeiteten 28.118 zivile Arbeitskräfte aus dem Ausland im Gau Tirol-Vorarlberg, 27,8 % davon in der Bauwirtschaft, im Mai darauf waren 25,5 % der 29.720 ausländischen ZivilarbeiterInnen in der Branche eingesetzt, im August des Jahres 23,4 % von 30.480. Übertroffen wurde der Baubereich einzig von der Land- und Forstwirtschaft, der prozentuell die meisten zivilen ausländischen Arbeitskräfte beschäftigte.<sup>100</sup> Ende September 1944 waren im Gau knapp 32.000 zivile ausländische Arbeitskräfte eingesetzt, was 22,2 % aller Beschäftigten entspricht.<sup>101</sup> In einigen Branchen, darunter der Bauwirtschaft oder der Rüstungsindustrie, stellten sie die Mehrheit der Beschäftigten.

### 3.2 Kriegsgefangene

Das gesamte Reichsgebiet war in 21 Wehrkreise eingeteilt, zwei umfassten das Gebiet des ehemaligen Österreich, und zwar der Wehrkreis XVII mit Sitz in Wien und zuständig für die Gauen Wien, Ober- und Niederdonau sowie der Wehrkreis XVIII mit Sitz in Salzburg und zuständig für die Gauen Tirol-Vorarlberg, Salzburg, Kärnten und der Steiermark. Die für alle militärischen Angelegenheiten verantwortlichen Wehrkreise verwalteten auch die Kriegsgefangenenlager und den Arbeitseinsatz der Insassen.

Nach der Genfer Konvention genossen Kriegsgefangene Schutz und unterlagen je nach militärischem Rang der Arbeitspflicht. Offiziere waren davon befreit, nicht aber Mannschaften und in beschränktem Ausmaß Unteroffiziere. Zu Kriegsbeginn und bis ins Frühjahr 1941 bestanden nur im östlichen Wehrkreis Mannschaftsstammlager (Stalag), aus denen die Verwaltung Arbeitskommandos zusammenstellte. Erst im Juni 1941 entstand im Salzburgerischen Markt Pongau das Stalag XVIII C mit einem Zweiglager in Landeck,<sup>102</sup> das ab dem Herbst 1941 Arbeitskommandos in den Gau Tirol-Vorarlberg schickte. Bis dahin musste der westlichste Gau mit allen anderen um die Zuteilung von Kriegsgefangenen konkurrieren. Ende Dezember 1940 waren in Tirol-Vorarlberg insgesamt 12.954 Kriegsgefangene eingesetzt, 72 % davon in der Bauwirtschaft, im April des folgenden Jahres waren es 12.196, davon 64,3 % in der Bauwirtschaft.<sup>103</sup> Obwohl mit Bauwirtschaft nur zum geringsten Teil der Wohnbau gemeint war, sondern vor allem Kraftwerks- und Straßenbauten, waren Kriegsgefangene bei Wohnbauten zu finden. Ihre Herkunft richtete sich nach dem Kriegsgeschehen,

---

Zwangsarbeiterinnen auf dem Gebiet der Republik Österreich 1939–1945 (Veröffentlichungen der Österreichischen Historikerkommission Bd. 26/1), Wien–München 2004, 7–274, hier: Tabelle A5, 234–237.

<sup>100</sup> Freund/Perz, Tabellen A10–A15, 250–261.

<sup>101</sup> Thomas Albrich, Ein KZ der Gestapo: Das Arbeitererziehungslager Reichenau bei Innsbruck, in: Klaus Eisterer (Hg.), Tirol zwischen Diktatur und Demokratie (1930–1950). Beiträge für Rolf Steininger zum 60. Geburtstag, Innsbruck–Wien–München–Bozen 2002, 77–113, hier: 81. In der Ostmark stellten zivile ausländische Arbeitskräfte im November 1943 23,1 % aller zivilen Beschäftigten, bis September 1944 stieg ihr Anteil auf 25,3 %. Anders ausgedrückt: Im April 1941 arbeiteten 128.000 zivile AusländerInnen in der Ostmark, im November 1943 512.918, im September 1944 über 580.000. Freund/Perz, Zahlenentwicklung, 216 f.

<sup>102</sup> Speckner, In der Gewalt des Feindes, 30. Zum Stalag Markt Pongau siehe Oskar Dohle/Nicole Slupetzky, Arbeiter für den Endsieg. Zwangsarbeit im Reichsgau Salzburg 1939–1945 (Schriftenreihe des Forschungsinstituts für politisch-historische Studien der Dr.-Wilfried-Haslauer-Bibliothek Bd. 21), Wien–Köln–Weimar 2004, 154–160. Das Stalag XVIII C Markt Pongau war rund 8 ha groß und bestand aus zwei Lagerteilen mit je 25 bis 30 etwa 50 lange Baracken, in denen jeweils rund 300 bis 500 Gefangene untergebracht waren. Im sogenannten Nordlager waren vor allem sowjetische Kriegsgefangene untergebracht, im Südlager Gefangene anderer Nationen. Reichten die Baracken nicht aus, mussten Kriegsgefangene in Großzelten leben, was gerade im Winter zur Sterblichkeit beitrug. Ebd., 155.

<sup>103</sup> Freund/Perz, Tabelle 106, 160.

zuerst füllten sich die Stalags mit Kriegsgefangenen aus Polen, dann aus Frankreich und Belgien, den Niederlanden, aus Jugoslawien und der Sowjetunion.

Als Bindeglied zur Wehrmacht fungierte das Arbeitsamt, bei dem Kriegsgefangene anzufordern waren. Vor einem Einsatz prüfte die Wehrmacht, ob die Anforderung den „besonderen Erfordernissen der Kriegswirtschaft“ entsprach, weiters ob die Frage von Unterkunft und Verpflegung geklärt war. Grundsätzlich konnten alle Wirtschaftsbereiche Kriegsgefangene beim zuständigen Arbeitsamt „bestellen“, aber mit „Rücksicht auf die besondere ernährungswirtschaftliche Bedeutung der Landwirtschaft in Kriegszeiten“ müsse zuerst der „Kräftebedarf der Landwirtschaft“ gedeckt werden, informierten die *Innsbrucker Nachrichten* am 27. September 1939. Alle anderen Branchen dürften zwar Kriegsgefangene anfordern, müssten aber noch warten.<sup>104</sup> Im Mai 1940 präzisierte das Reichsarbeitsministerium die Reihenfolge, nach der Wirtschaftsbereiche mit Kriegsgefangenen zu bedenken waren. An erster Stelle stand die Landwirtschaft, ihr folgte die Forstwirtschaft und erst dann die gewerbliche Wirtschaft, worunter der Bergbau, Arbeiten der Reichsbahnen oder „kriegswichtige Strassen-, Kanal-, Talsperren- oder Wohnungsbauten“ fielen.<sup>105</sup>

Kriegsgefangene waren in einem Lager unterzubringen, in Baracken, umgeben von Stacheldraht. Die Baracken waren genormt und entsprachen in ihrer Größe und Ausstattung den bis dahin üblichen Bauwohnlagern, allerdings gestattete eine Verordnung, statt der erlaubten 216 Mann nun 300 oder gar 350 unterzubringen. Ebenso konnten statt der zwei Woldecken nur eine ausgegeben werden.<sup>106</sup> Die Lockerungen verschlechterten die Lebensbedingungen in den Lagern außerordentlich.

Ein Arbeitsverhältnis zwischen einem Kriegsgefangenen und einem Unternehmen entstand nicht. Eine Firma schloss einen Vertrag mit dem Deutschen Reich, in seiner Vertretung mit dem Stalag, das Kriegsgefangene vermittelte bzw. „vermietete“. Die Kriegsgefangenen unterstanden weiterhin der Herrschaft und den Anordnungen des Stalag. Die Arbeitszeit sollte die der deutschen „Gefolgschaftsmitglieder“ nicht überschreiten, eine wöchentliche ununterbrochene Ruhezeit von 24 Stunden war zu gewähren, die Arbeitsleistung angemessen zu vergüten.<sup>107</sup> Wie hoch der Stundenlohn von Kriegsgefangenen in der Bauwirtschaft war, legte der Generalbevollmächtigte für die Regelung der Bauwirtschaft Anfang November 1939 fest. Er ging dabei wohl von der Überlegung aus, dass Kriegsgefangene, weil sie nicht freiwillig und selten in ihrem gelernten Beruf arbeiteten, weniger leisteten als angeworbene oder reichsdeutsche Arbeitskräfte. Den gleichen Lohn wie Reichsdeutschen oder freien Zivilarbeitskräften zu zahlen, schied allein schon deshalb aus, weil es sich um „fremdvölkische“ Gefangene handelte. Als Lohngrundlage diente der für Hilfsarbeiter, der bei 55 Pfennig (Pf.) pro Stunde lag, Kriegsgefangene sollten 60 % erhalten, also 33 Pf., Facharbeiter 60 % des örtlichen Tarifsatzes, bei Akkordbeschäftigung kamen 30 % hinzu. Überstunden oder Feiertagszuschläge entfielen. Vom Gesamtverdienst waren „für Unterkunft und Verpflegung die

---

<sup>104</sup> Der Arbeitseinsatz von Kriegsgefangenen, in: *Innsbrucker Nachrichten*, 27.9.1939, 6.

<sup>105</sup> Reichsarbeitsministerium an alle Landesarbeitsämter, 24.5.1940, beiliegend einem Runderlass des Generalinspektors für das deutsche Straßenwesen, 27.6.1940. TLA, RStH, Unterabt. Va, Sign. 5145, Fasz. 1293, Mp. 5145-00 Kriegsgefangene Arbeitseinsatz 1. Teil, Zl. 975/49.

<sup>106</sup> Merkblatt über den Einsatz von Kriegsgefangenen bei Reichsautobahnen, beiliegend einem Runderlass des Generalinspektors für das deutsche Straßenwesen, 27.6.1940. TLA, RStH, Unterabt. Va, Sign. 5145, Fasz. 1293, Mp. 5145-00 Kriegsgefangene Arbeitseinsatz 1. Teil, Zl. 975/49.

<sup>107</sup> Muster eines Vertrages für die Arbeit von Kriegsgefangenen, o. D., beiliegend Arbeitsamt Innsbruck an Landesbauamt, 16.10.1939. TLA, RStH, Bauamt N 1939/40, Rz 209e, Fasz. 878, Mp. N Kriegsgefangene Allgemeines, Zl. 248/5.

von der Wehrmacht für die Bewertung dieser Leistungen festgesetzten Sätze“ abzuziehen.<sup>108</sup> Der Lohn ging direkt an das Stalag, das für die Unterkunft 0,40 RM im Winter sowie 0,20 RM im Sommer und 1,20 RM für die Verpflegung einbehielt und dem Unternehmen rückerstattete, den Rest erhielt der Gefangene in Form von Lagergeld ausbezahlt.<sup>109</sup> Schon im Juni 1940 änderte das OKW die Berechnung, erschienen ihm die den Unternehmen rückvergüteten Sätze doch als zu hoch. Diese wendeten höchstens 0,80 RM täglich für die Verpflegung auf, die „Art und Güte der Unterbringung“ rechtfertigte nicht die 0,40 RM täglich in den Wintermonaten. Ab sofort gelte daher für die Verpflegung 0,80 RM täglich, außer es werde nachgewiesenermaßen wegen Nacht- oder Schwerarbeit mehr Geld in die Ernährung der Gefangenen investiert. Für die Unterkunft werde künftig einheitlich der Satz von 0,20 RM täglich refundiert. Sollten Unternehmen wegen der Kürzungen protestieren, seien „sie auf die ausserordentlich billige Arbeitskraft der Kriegsgef. hinzuweisen“.<sup>110</sup>

Die Ausfolgung von Lagergeld, das nur in der Lagerkantine ausgegeben werden konnte, sollte Fluchten erschweren, weil „echtes“ Geld etwa den Kauf von Zivilkleidung oder Essen ermöglicht hätte. Ab Mai 1941 mussten Unternehmen, die Kriegsgefangene einsetzten, selbst Lagergeld ankaufen und auszahlen.<sup>111</sup> Sowjetische und polnische Gefangene erhielten weniger, wie eine Verordnung vom Juni 1943 festlegte, die eine Umstellung der bisherigen Praxis vorschrieb. Ab sofort behielt das Unternehmen 10 % des Bruttoverdienstes als Pauschalsteuer ein, zog die Kosten für Unterkunft und Verpflegung gleich ab und überwies die Hälfte der verbliebenen Summe an das Stalag, die andere Hälfte übergab es in Lagergeld an die Gefangenen. Täglich mindestens bekommen sollte ein Kriegsgefangener 0,70 RM in Lagergeld, ein polnischer Kriegsgefangener 0,50 RM, ein sowjetischer nur 0,20 RM.<sup>112</sup> Diese Regel erschwerte es polnischen und sowjetischen Gefangenen, sich in der Lagerkantine mit zusätzlichem Essen zu versorgen oder ihre Flucht vorzubereiten und durchzuführen.

Die NS-Presse und Merkblätter breiteten die Bevölkerung auf den Einsatz von Kriegsgefangenen vor.

„Wer ihnen begegnet, soll sich nicht um sie kümmern. Weder Haß noch Mitleid ist am Platz. Es entspricht nicht deutschem Wesen, einen waffenlos gewordenen, in Gefangenschaft geratenen Soldaten zu beschimpfen. Aber auch Mitleidsbezeugungen sind nicht am Platze. Die Gefangenen werden ausreichend ernährt. Wenn sie um Zigaretten oder etwas anderes bitten, so ist dies höflich aber bestimmt abzulehnen. Man tut am besten, Kriegsgefangenen gegenüber Schweigen zu beobachten [sic]. Neugieriges Herandrängen ist unwürdig.“<sup>113</sup>

---

<sup>108</sup> Ministerpräsident Generalfeldmarschall Göring/Beauftragter für den Vierjahresplan/Der Generalbevollmächtigte für die Regelung der Bauwirtschaft Generalinspektor Dr. Ing. Todt, Runderlass, 6.11.1939. Ebd., Zl. 55/249/10.

<sup>109</sup> Merkblatt über den Einsatz von Kriegsgefangenen bei Reichsautobahnen, o. D., beiliegend einem Runderlass des Generalinspektors für das deutsche Straßenwesen, 27.6.1940. TLA, RStH, Unterabt. Va, Sign. 5145, Fasz. 1293, Mp. 5145-00 Kriegsgefangene Arbeitseinsatz 1. Teil, Zl. 975/49.

<sup>110</sup> OKW, Neufestsetzung Geldsätze für Verpflegung und Unterkunft, 10.6.1940. TLA, RStH, Unterabt. Va, Sign. 5145, Fasz. 1293, Mp. 5145-09 Kg. Bewachung, Zl. Az. 2 f. 24.24 Kriegsgef. (II) Nr. 1768/40.

<sup>111</sup> Verwaltung Stalag XVIII B/Kontrollbeamter Schwaz an alle Kommando-Führer im Gau Tirol, 30.5.1941. StAl, Akten MA VI Bau 1942, Abschn. 25, Mp. Kriegsgefangene, Zl. VI-297/2471/1941.

<sup>112</sup> Der Beauftragte für den Vierjahresplan/Der Generalbevollmächtigte für die Regelung der Bauwirtschaft Reichsminister Speer an alle Baubevollmächtigten, Straßenbaubehörden und Kontingenträger, 8.6.1943. TLA, GB Bau, Sign. 10, Karton 2, Mp. 10-04 Einsatz von Kriegsgefangenen, Zl. 5002-102.XII A.

<sup>113</sup> Zivile Bevölkerung und Kriegsgefangene, in: *Innsbrucker Nachrichten*, 13.9.1939, 18.



Neben der „Volksaufklärung“ legten Merkblätter für die Betriebe fest, wie mit den Gefangenen umzugehen war. Im November 1941 enthielt so ein Merkblatt 14 Punkte, zuerst jene, die schon bisher galten, wie kein Hass, aber auch kein Mitleid, Hinweise, dass Kriegsgefangene alles bekämen, was sie brauchten und Appelle an die „deutsche Frau“, sich nicht mit ihnen einzulassen. Präziser formuliert war das Verbot, die Post Kriegsgefangener unter Umgehung der Zensur weiterzuleiten oder die eigene Adresse für Briefe aus der Heimat zur Verfügung zu stellen. Beides galt als Landesverrat und war mit Zuchthausstrafen belegt. Verboten und strafbar war es, Kriegsgefangene telefonieren zu lassen. Drei Punkte befassten sich mit Kriegsgefangenen auf Arbeitsplätzen und griffen damit in den Alltag in den Betrieben und die Stimmung in „gemischten“ Belegschaften ein.

„10. Beobachtet Kriegsgefangene, die bei Euch auf Arbeit sind, selbst oder durch andere, ständig und unauffällig. Haltet sie ferne von Gebäuden, Maschinen und Arbeiten, bei denen sie Gelegenheit haben, verbrecherische Sabotageakte durchzuführen. Traut keinen Kriegsgefangenen, auch wenn sie noch so deutschfreundlich tun sollten.

11. Sind bei Dir Kriegsgefangene auf Arbeit, so sprich während derselben nicht mit deinen Volksgenossen über militärische, politische und wirtschaftliche Belange. Mit der Zeit lernen die Kriegsgefangenen deutsch, hören zu und werden zum Schaden unseres Vaterlandes entstellte Mitteilungen in ihre Heimat gelangen lassen. Durch solche Gespräche begehst Du fahrlässigen Landesverrat und wirst bestraft.

12. Jede kleinste Wahrnehmung melde sofort dem Führer des Arbeitskommandos oder der Gendarmerie, damit jede Gefahr im Keime erstickt und dem Vaterlande kein Schaden zugefügt werden kann.“<sup>114</sup>

Die Arbeitsleistung Kriegsgefangener sei zu überwachen, weil „Widerspenstige und Faule bei einem Arbeitskommando nicht geduldet werden“ durften.<sup>115</sup> Kriegsgefangene konnten für „besonders gute Leistungen“ Zulagen erhalten, leistete ein Gefangener dauerhaft weniger als seine Kameraden, war dies dem Kommandanten des Stalag „zwecks Abhilfe durch Austausch oder sonst geeignete Massnahmen“ zu melden.<sup>116</sup> Die Leistung der Kriegsgefangenen sei sehr unterschiedlich, urteilte die Wirtschaftsgruppe Bauindustrie im Feber 1941, und hänge von „örtlichen, politischen, wirtschaftlichen und persönlichen Umständen“ ab. Die Unternehmen müssten „von sich aus alles tun“, um sie zu heben. Dazu zählte die Interessenvertretung eine ausreichende Verpflegung, die „scharfe Überwachung“, eine „zweckmäßige Verteilung von deutschen [sic] Aufsichtspersonal und sonstigen antreibenden deutschen Arbeitskräften unter die Kr.Gef.“, das „Auswechseln arbeitsscheuer und widerspenstiger Kr.Gef.“ und Belohnungen für besonders gute Leistungen, wie beispielsweise Tabak oder mehr Essen.<sup>117</sup>

Der Aufwand für die Bewachung der Gefangenen war enorm, im August 1941 waren allein im westlichen Wehrkreis rund 12.000 Mann für die Kriegsgefangenenlager selbst und

---

<sup>114</sup> Dezernat Ia4 an Abt. V, 22.11.1941. TLA, RStH, Unterabt. Va, Sign. 5145, Fasz. 1293, Mp. 5145-08 Kg. Verkehr m. Kg., Zl. Ia4-9300/41 (Abw.).

<sup>115</sup> Merkblatt über den Einsatz von Kriegsgefangenen bei Reichsautobahnen, beiliegend einem Runderlass des Generalinspektors für das deutsche Straßenwesen, 27.6.1940. TLA, RStH, Unterabt. Va, Sign. 5145, Fasz. 1293, Mp. 5145-00 Kriegsgefangene Arbeitseinsatz I. Teil, Zl. 975/49.

<sup>116</sup> Muster eines Vertrages für die Arbeit von Kriegsgefangenen, o. D., beiliegend Arbeitsamt Innsbruck an Landesbauamt, 16.10.1939. TLA, RStH, Bauamt N 1939/40, Rz 209e, Fasz. 878, Mp. N Kriegsgefangene Allgemeines, Zl. 248/5.

<sup>117</sup> Wirtschaftsgruppe Bauindustrie/Bezirksgruppe Ostmark, Rundschreiben III Nr. 5, 8.2.1941, beiliegend einem Schreiben des Landesbauamtes an den Reichsstatthalter, 18.9.1941. TLA, RStH, Unterabt. Va, Sign. 5145, Fasz. 1293, Mp. 5145-11 Kg. Entlohnung, Zl. 1221/17-1941.

die Arbeitskommandos eingeteilt. 1.500 Mann, zumeist frontuntaugliche Soldaten, dienten in vier Landeschützenbataillonen, die über Tirol verteilt bei der Disziplinierung Gefangener halfen oder den Rücktransport nach einer missglückten Flucht organisierten.<sup>118</sup> Das Oberkommando der Wehrmacht (OKW) wollte die Zahl der Wachmannschaften reduzieren, weil es die Front mit neuen Soldaten versorgen musste, und verlangte von Betrieben, unter ihrem Personal geeignete Männer zu stellen. Bis April 1942 konnte ein Unternehmen „auf unbestimmte Zeit“ über die Gefangenen verfügen, ab dann galt die Bestimmung, dass sie das Stalag ohne Vorankündigung abziehen konnte.<sup>119</sup> Zu dem Zeitpunkt bereitete das OKW den Arbeitseinsatz sowjetischer Kriegsgefangener vor, zugleich kamen OstarbeiterInnen ins Reich, die den Ausfall Kriegsgefangener ausgleichen sollten. Die Wehrmacht war auf die Massen an sowjetischen Gefangenen, die ab dem Sommer 1941 in den Stalags eintrafen, schlicht nicht vorbereitet, ihr „Lebenswert“ war außerdem sehr gering, so dass bis Dezember des Jahres schon 60 % der rund 3,3 Millionen verstarben.<sup>120</sup> Sowjetische Kriegsgefangene genossen nicht den geringen Schutz der Genfer Konvention, weil die Sowjetunion sie nicht ratifiziert hatte, so dass ihre Behandlung an keine Rücksichtnahme gebunden war. Sie unterlagen damit bei Disziplinwidrigkeiten nicht der Wehrmacht, sondern der Gestapo. Sie waren strikt isoliert von anderen Gefangenen oder Zivilarbeitern unterzubringen und nur in geschlossenen Kolonnen einzusetzen. Die Zahl eingesetzter Kriegsgefangener im Wehrkreis XVIII und im Gau Tirol-Vorarlberg war deutlich geringer als die Zahl ausländischer ZivilarbeiterInnen. Letztere waren einfacher zu „erhalten“, ihre Unterbringung und Behandlung war nicht so strikten Regelungen unterworfen.

### 3.3 Die Arbeitslager der Stadt Innsbruck

Sowohl für ZivilarbeiterInnen als auch Kriegsgefangene waren Unterkünfte bereitzustellen, damit das Arbeitsamt, im Falle von Gefangenen außerdem das OKW, einem Einsatz zustimmte. Mit Unterkünften stand es in der Stadt Innsbruck jedoch nicht zum Besten. Vor Kriegsbeginn behalf sich das Landesbauamt, das große Straßenbauprojekte (Achensee, Arlberg) durchführte, mit der Errichtung von Bauwohnlagern, die nach penibel vorgegebenen Vorschriften einzurichten und zu betreuen waren. Solche Bauwohnlager gab es vor Kriegsbeginn in Innsbruck keine.

Das ambitionierte Wohnbauprogramm der Stadt Innsbruck und anderer Bauherren erforderte Hochbauten und Erschließungsarbeiten bisher nicht gekanntes Ausmaßes. Die Projekte verlangten nach einer enormen Zahl von Arbeitskräften, die weder die Baufirmen noch die Stadt stellen oder unterbringen konnten, was die Vorhaben verzögerte und damit auch verteuerte. Die Stadt musste sich daher, aus ihrer Sicht notgedrungen, selbst um Unterkünfte kümmern. Mitte Juli 1940 informierte das Stadtbauamt Leo Tusch in seiner Funktion als Beauftragter für das Wohn- und Siedlungswesen darüber, dass es ein eigenes „Fremdarbeiter“-Lager plane. Die Stadt sei nämlich nicht in der Lage,

---

<sup>118</sup> Speckner, In der Hand des Feindes, 38 f., 44 f.

<sup>119</sup> Merkblatt für die allgemeinen Bedingungen, die für den Arbeitseinsatz von kriegsgefangenen Arbeitskräften Geltung haben, o. D. TLA, beiliegend einem Schreiben des Reichsarbeitsministeriums an alle Arbeitsämter, 7.4.1942. TLA, RStH, Unterabt. Va, Sign. 5145, Fasz. 1293, Mp. 5145-00 Kriegsgefangene Arbeitseinsatz 2. Teil, Zl. Va 5135/718.

<sup>120</sup> Horst Schreiber, Wirtschafts- und Sozialgeschichte der Nazizeit in Tirol (Geschichte & Ökonomie Bd. 3), Innsbruck 1994, 112 f.

„die notwendigen Arbeitskräfte für die Ausführung der Hoch- und Tiefbauarbeiten in Wilten-West, Pradl-Ost und Pradl-Reichenau, Südtiroler-Maßnahme, in solcher Anzahl beizustellen, daß eine wirtschaftliche Bauführung gewährleistet wird. Um dies zu erreichen, ist die Beistellung von rund 500 Fremdarbeitern unbedingt notwendig.“

Das Amt bat Tusch, es bei der Anforderung von Baracken zu unterstützen.<sup>121</sup> Mitte August erneuerte das Amt seine Bitte und nannte explizit Wohnbauten der Neuen Heimat, die nicht besiedelt werden könnten, sollten sich die Erschließungsarbeiten noch weiter verzögern.<sup>122</sup>

Geplant war das Lager in der Reichenau, am südlichen Innufer östlich des Gasthofes Sandwirt. Die Wahl des Standortes war wohl überlegt, weil er damals unbebaut war und relativ weit von besiedeltem Gebiet entfernt lag, was unerwünschte Kontakte mit der Bevölkerung verhinderte und die Überwachung erleichterte. Zugleich waren die Baustellen im Siedlungsgebiet Pradl-Ost und Reichenau auch zu Fuß leicht erreichbar. Über die Holzbrücke lag das Neubaugebiet Arzl ebenso in fußläufiger Nähe wie die Straßenbahnhaltestelle, um Transporte zu entfernteren Baustellen zu organisieren (Abb. 4).

In einem ersten Bauabschnitt ließ das Stadtbauamt fünf Baracken für je 96 Mann aufstellen, unterteilt in je sechs Schlafräume, ausgestattet mit Stockbetten, belegt mit Strohsäcken. Eine Wirtschaftsbaracke mit Speisesaal, Küche und Vorratsräumen, eine Waschbaracke mit 160 Waschstellen mit kaltem Wasser und 20 Duschen mit Warmwasser sowie zwei Abortbaracken boten die notwendige Infrastruktur.<sup>123</sup>

Statt der „bestellten“ ausländischen Zivilarbeiter lebten dann Mitte Jänner 1941 126 Kriegsgefangene mit 15 Mann Bewachung und 51 italienische Arbeiter im Lager.<sup>124</sup> Um die vom Stalag geforderte Absonderung der Kriegsgefangenen von den Zivilisten zu gewährleisten, ließ das Stadtbauamt die Baracken – drei für Gefangene, zwei für Zivilisten – mit Stacheldraht voneinander trennen.<sup>125</sup> Die Zahl der Insassen stieg rasch: Im Dezember 1941 waren schon 351 Kriegsgefangene und 124 Zivilarbeiter untergebracht.<sup>126</sup> Im Sommer 1942 lebten im Teil für Zivilarbeiter mit 216 Schlafstellen insgesamt 128 Männer (82 aus Italien, 10 aus der Ukraine, 7 aus Bulgarien, 1 aus Dänemark, 16 aus der Slowakei, 6 aus dem Protektorat, 4 aus Frankreich, 2 aus Kroatien). Die 128 Mann verteilten sich auf zwölf Räume mit je 18 Schlafstellen. Im Lager für Kriegsgefangene mit 324 Schlafstellen lebten 291 Männer (267 aus Frankreich, 24 aus Serbien) in 18 Schlafräumen (9 mal 7 m) mit je neun Stockbetten. Keine Informationen liegen über den Lagerteil vor, in dem sowjetische Kriegsgefangene leben mussten. Sie waren bei der Be- und Entladung am Frachtenbahnhof eingesetzt.<sup>127</sup>

---

<sup>121</sup> Stadtbauamtdirektor Kininger an Beauftragten des Gauleiters für das Wohn- und Siedlungswesen Leo Tusch, 13.7.1940. StAI, Akten MA VI Bau 1947, Abschn. 25, Akt 308, Fasz. 1 Arbeiterlager Reichenau der Stadt Innsbruck (1940–1942), Umschlag 1940, Zl. VI-2543/1940.

<sup>122</sup> Stadtbauamtdirektor Kininger an Beauftragten des Gauleiters für das Wohn- und Siedlungswesen Leo Tusch, 14.8.1940. Ebd., Zl. VI-3058/1940.

<sup>123</sup> Stadtbauamt an Arge Dr. Stollwerck & Co Holzbau-Ingenieur-Büro Wien, 25.9.1940; Schlussbrief, 16.9.1940. Ebd., Zl. VI-4101/3724/1940.

<sup>124</sup> Stadtbauamt an Reichsstelle für Kleidung und verwandte Gebiete, 18.1.1941. Ebd., Umschlag 1941, Zl. VI-133/334/1941.

<sup>125</sup> Stadtbauamt, Voranschlag, 31.5.1941. Ebd., Zl. VI-133/2853/1941.

<sup>126</sup> Stadtbauamt an Fernsprech-Anmeldeamt, 10.12.1942. Ebd., Umschlag 1942, Zl. VI-238/4820/1942.

<sup>127</sup> Besichtigungs-Protokoll, o. D. (Juli 1942). StAI, Sammelakt 291, Nr. 17 und 18.



Abb. 4: Lageplanskizze Wohnbauten Südtiroler Aktion, 3. Mai 1940. StAI, NS-Zeit Arbeiterlager Reichenau Allgemeines, Mp. Arbeiterlager „Reichenau“ Errichtung. Rot markiert = geplante Wohnbauten Stadt Innsbruck, Neue Heimat, Alpenländische Heimstätte; Arbeiterlager Reichenau.

Die Anzahl der rund 500 Schlafplätze reichte schon 1942 nicht mehr aus, um die bei der Stadt Innsbruck und diversen Firmen beschäftigten Arbeiter, unterzubringen. Besonders die Handwerkskammer war an einer Vergrößerung interessiert. Deren Innungsmeister, der Innsbrucker Tischler Erwin Norer, zugleich Ratsherr der Stadt Innsbruck, drängte Oberbürgermeister Denz und erklärte sich bereit, namens der Kammer einen Teil der Kosten zu übernehmen.<sup>128</sup> Die Stadt bestellte schließlich bei der Innsbrucker Baufirma Josef Retter, die selbst Baracken produzierte, weitere Unterkünfte, die Anfang Feber 1943 standen.<sup>129</sup> Mitte August 1943 lieferte das Stadtbauamt dem Gewerbeaufsichtsamt Informationen über das Lager. Es bestand nun aus 20 Wohn- und Nebengebäuden (z. B. Verwaltung), hatte 375 Stockbetten, also 750 Schlafstellen, wovon 600 besetzt waren. Tagesräume gab es zwei, einer wurde als Speisesaal, der zweite als Theatersaal<sup>130</sup> verwendet. Küchen gab es auch zwei, eine „wird von Italienern, die zweite von Franzosen benützt“. In den drei Waschräumen befanden sich 302 Kaltwasserhähne und 28 Duschen mit warmem und kaltem Wasser. Für leichtere Erkrankungen standen zwei Krankenzubetten zur Verfügung. Die zivilen Arbeiter behandelte ein praktischer Arzt, für die französischen Kriegsgefangenen bestellte das Stalag einen kriegsgefangenen französischen Arzt.<sup>131</sup>

Mitte Oktober 1943 war das Lager mit 740 Männer belegt.<sup>132</sup> Nach den ersten Luftangriffen auf Innsbruck im Dezember 1943 stieg mit dem Eintreffen von Aufräumtruppen die Zahl auf 800 und mehr an.<sup>133</sup> Die für maximal 750 Personen ausgelegte Infrastruktur reichte damit keinesfalls.

Die vielen zivilen und gefangenen Arbeitskräfte waren aber nur zu einem kleinen Teil bei der Stadt Innsbruck oder den Stadtwerken eingesetzt, sondern in ihrer Mehrheit bei lokalen Unternehmen, die Schlafplätze beim Stadtbauamt mieteten. Im September 1941 nahmen 23 Firmen das Lager in Anspruch, darunter drei Betriebe der Stadt Innsbruck (Stadtwerke/Gaswerk, Lokalbahn, Erste Tiroler Arbeiterbäckerei).<sup>134</sup> Allein vier Baufirmen (Otto Thönig, Fluckinger & Co, Josef Retter, Alfons Todeschini) und zehn Unternehmen des Baunebengewerbes mieteten für ihre Arbeitskräfte Schlafplätze im Lager.<sup>135</sup> Die Stadt Innsbruck war nicht die einzige Gemeinde, die eigene Lager unterhielt und Arbeitskräfte lokaler Gewerbebetriebe unterbrachte. Dies war durchaus im Sinne der Reichsbehörden, die Mitte Jänner 1942 anregten, Sammellager in Gemeinden zu errichten, damit Betriebe ihr Personal unterbringen konnten.<sup>136</sup>

---

<sup>128</sup> Handwerkskammer Innsbruck/Geschäftsführer Focke/Vorsitzender Anton Schatz an Oberbürgermeister, 20.3.1942. StAI, Akten MA VI Bau 1947, Abschn. 25, Akt 308, Fasz. 1 Arbeiterlager Reichenau der Stadt Innsbruck (1940–1942), Umschlag 1942, Zl. VI-238/2826/1942.

<sup>129</sup> Baubeschreibung, 9.12.1942. Ebd., Zl. VI-238/4406/1942.

<sup>130</sup> Die freien Arbeitskräfte wurden von der DAF betreut, die sich um kulturelle Veranstaltungen (Filmvorführungen, Theaterveranstaltungen, „bunte“ Abende) ebenso kümmerte wie um die Lebensmittelzufuhr oder soziale Belange (etwa Familienheimfahrten).

<sup>131</sup> Stadtbauamt an Gewerbeaufsichtsamt, 19.8.1943. StAI, Akten MA VI Bau 1947, Abschn. 25, Akt 308, Fasz. 2 Arbeiterlager Reichenau der Stadt Innsbruck (1943–1947), Umschlag 1943, Zl. VI-157/3129/1943.

<sup>132</sup> Stadtbauamt an Deutscher Gemeindetag/Nebenstelle Tirol-Vorarlberg, 13.10.1943. Ebd., Zl. VI-157/3869/1943.

<sup>133</sup> Hilfslagerführer Otto Leimer an Magistratsdirektion, 10.3.1945. StAI, Akten MA VI Bau 1945, Abschn. 25, Mp. Sz 61, Zl. VI-310/1945.

<sup>134</sup> Zu den Besitzverhältnissen an den genannten Unternehmen und der Struktur siehe Pitscheider, Stadtwerke.

<sup>135</sup> Stadtbauamt an Unternehmen, 15.9.1941. StAI, Akten MA VI Bau 1947, Abschn. 25, Akt 308, Fasz. 1 Arbeiterlager Reichenau der Stadt Innsbruck (1940–1942), Umschlag 1941, Zl. VI-133/4005/1941.

<sup>136</sup> Der Beauftragte für den Vierjahresplan/Der Generalbevollmächtigte für die Regelung der Bauwirtschaft an alle Kontingentträger, 15.1.1942. TLA, RStH, Unterabt. Va, Sign. 5144, Fasz. 1292, Mp. 5144-31/0 Ang. u. Arb. b. Unternehm. Bauwohnlager Beschaffung von Lagern.

## 4. Die Baustellen der Neuen Heimat in Innsbruck

Alle Wohnprojekte der Neuen Heimat, eigene und mit Baubetreuungsverträge errichtete, waren einer Vielzahl an Problemen ausgesetzt, angefangen von den Planungen, in die eventuelle Einsprüche Kollers eingearbeitet werden mussten, über den Ankauf der Baugründe von der Stadt, die Erlangung von Reichsdarlehen und die Baufreigabe. Bei der Bauausführung selbst war die Neue Heimat auf das Stadtbauamt/die Stadtwerke angewiesen, die das Gelände aufbereiteten, und auf Baufirmen, die den Auftrag übernahmen und Arbeitskräfte, zumeist Kriegsgefangene, Zwangsarbeiter oder ausländische Zivilarbeiter stellten.

### 4.1 Die Baureifmachung durch Stadtbauamt und Stadtwerke

Die Wohnbauten in den Siedlungsgebieten Pradl-Reichenau entstanden auf der sprichwörtlichen „grünen Wiese“, waren also weder mit Straßen noch mit Kanälen oder sonstigen Leitungen erschlossen. Diese Er- bzw. nach zeitgenössischer Diktion Aufschließungsarbeiten oblagen dem Stadtbauamt und den Stadtwerken, die ebenso auf Kriegsgefangene und ausländische Zivilarbeiter angewiesen waren wie die Baufirmen und das Baunebengewerbe.

War es im Jahr des „Anschlusses“ noch üblich, dass NS-Stellen genau beobachteten, welche Baufirmen öffentliche Aufträge erhielten und welche davon als nationalsozialistisch eingestuft werden konnten, bestimmte schon 1939 der Mangel an allem – Arbeitskräften, Baumaterial, Treibstoffe – das ehrgeizige Wohnbauprogramm. Schon vor Kriegsbeginn behinderte der Mangel das gewünschte Tempo, ab dem September 1939 wurde er zum beherrschenden Thema und Ärgernis. Bevor die Stadt Innsbruck das Lager Reichenau zum Jahreswechsel 1940/41 in Betrieb nahm, fehlte es an Unterkünften, so dass das Stadtbauamt Arbeitskräfte nicht übernehmen konnte. So musste es die Ende Jänner 1940 vom Arbeitsamt angebotenen „volkspolnischen“ Arbeiter aus dem besiegten Polen ablehnen, obwohl Bedarf an 60 Hilfsarbeitern für Straßen- und Kanalarbeiten bestand.<sup>137</sup> Mitte April 1940 forderte das Stadtbauamt doch mindestens 265 ausländische Arbeitskräfte für eigene Wohnbauten der Sondermaßnahme Südtirol am Pradler Kirchplatz und der Langstraße an, die das Arbeitsamt aber nicht „liefern“ konnte.<sup>138</sup> Italienische Arbeitskräfte zu erhalten, sei möglich, meldete das Arbeitsamt Ende Juni 1940, sie dürften aber keinesfalls auf Baustellen arbeiten, auf denen Kriegsgefangene beschäftigt waren.<sup>139</sup> Zu dem Zeitpunkt bestand diese „Gefahr“ in Innsbruck noch nicht.

Nicht nur Baufirmen brauchten Arbeitskräfte, sondern das Stadtbauamt selbst, das nicht nur mehr Aufgaben zu bewältigen hatte als vor dem „Anschluss“, sondern auch noch Arbeiter an die Wehrmacht hatte abgeben müssen. Das Amt konkurrierte bei der Zuweisung von Arbeitskräften mit privaten Unternehmen, aber auch mit den eigenen Betrieben der Stadtwerke. Im Juni 1941 resümierte das Amt, wie viele Arbeitskräfte es bisher angefordert hatte und wie viele tatsächlich zugewiesen worden waren. Am 4. Juli 1940 habe das Amt 300

---

<sup>137</sup> Arbeitsamt Innsbruck an Stadtbauamt, 24.1.1940; Oberbaurat August Mignon an Arbeitsamt, 29.1.1940. StAI, Akten MA VI Bau 1942, Abschn. 11, Mp. Sonderaktion Südtirol Wohnbauten der Stadt Allgemeines Akt 202 (Sammelakt 1939–1942), Zl. VI-471/1940.

<sup>138</sup> Stadtbauamt an Arbeitsamt, 18.4.1940; Arbeitsamt an Oberbürgermeister, 10.6.1940. Ebd., Zl. VI-207/882/1940 u. Zl. VI-207/2118/1940. Zu der Zeit ließ das Stadtbauamt bei der Pradler Kirche sieben Häuser, in der Langstraße 15 und in der Speckbacherstraße 34 Häuser von 16 Baufirmen errichten. Stadtbauamt an Arbeitsamt, 19.6.1940. Ebd., Zl. VI-207/2170/1940.

<sup>139</sup> Arbeitsamt an Stadtbauamt, 27.6.1940. Ebd., Zl. VI-207/2336/1940.

Zivilarbeiter angefordert, am 6. Juli 300 Kriegsgefangene, am 23. Jänner 1941 50 Kriegsgefangene, am 24. Feber und 4. März jeweils 50 Zivilarbeiter und am 5. Juni 1941 40 Kriegsgefangene. Das Ergebnis war „kläglich“: Am 18. November 1940 trafen 31 Italiener ein, am 9. Dezember weitere 21, tätig waren noch 47. Am 10. Jänner 1941 waren 25 Kriegsgefangene eingetroffen, am 17. Jänner 1941 84, von denen nur mehr 68 hier waren. Von den Kriegsgefangenen waren 36 bei Straßenbauten, 24 im Kanalbau und 60 im Tiefbau eingesetzt, acht arbeiteten im Lager Reichenau selbst, die 47 Italiener arbeiteten im Tiefbau.

„Trotz unüberwindlich scheinender Widerstände ist es gelungen, Unterkunftsbarracken für mehrere hundert Mann zu erstellen. Heute muß nun festgestellt werden, dass diese Unterkünfte von allen möglichen Innsbrucker Betrieben in Anspruch genommen werden, zum geringsten Teil jedoch von Arbeitskräften für die Baureifmachung, weil eben zu wenig zugeteilt wurden“,

beklagte das Bauamt das übliche Gezerre um das zu wenig vorhandene Gut Arbeitskraft. Bauarbeiter seien Firmen zugewiesen worden, die gar nicht für die Stadt bauten, während ihr „lediglich die Ehre [blieb], diese Gefangenen weiterhin in ihrem Lager zu belassen“. Der Straßenbau leide außerdem an der fehlenden Leistungsfähigkeit des Schotterwerks, bei dem es mindestens vier Hilfsarbeiter mehr brauche. Ein „weiteres Schmerzenskind“ sei der Treibstoffmangel für die Baumaschinen, weiters das Verhalten der Unternehmer, die manchmal alle Arbeitskräfte auf andere Baustellen versetzten, weshalb fast fertige Wohnungen nicht bezogen werden könnten. Hintergrund für die Klage des Stadtbauamtes war eine Weisung des Beauftragten für das Wohn- und Siedlungswesen Tusch, sofort mit Tiefbauarbeiten im Siedlungsgebiet Arzl zu beginnen.<sup>140</sup>

Im Oktober 1941 ermahnte das Stadtbauamt die Neue Heimat, nicht vorschnell mit neuen Bauarbeiten zu beginnen, weil „erfahrungsgemäß dann keine Arbeit mehr beendet“ werde. Es riet, „zunächst nur solche Hochbaustellen im Saggen an Viktor-Dankl- und Brucknerstraße heuer noch zu beginnen, die erschlossen sind“.<sup>141</sup> Dies veranlasste Leo Tusch, der sich übergangen fühlte, beim Oberbürgermeister zu protestieren. Es sei „unmöglich, daß von den verschiedensten Stellen in dieser Richtung Weisungen an die Trägergesellschaften ergehen“. Das Stadtbauamt entschuldigte sich mit Sorgen wegen Treibstoff- und Arbeitskräftemangel. Das zugestandene Treibstoffkontingent verringere sich fortlaufend, erst letzte Woche habe das Stadtbauamt fünf Kriegsgefangene für andere Arbeiten abgeben müssen.<sup>142</sup>

Ebenso wenig mit den Planungen mithalten konnten die Stadtwerke. Schon im Mai 1940 beklagte das E-Werk den Mangel an Hilfsarbeitern, um Kabel in den Siedlungsgebieten zu legen und die Häuserblocks der Neuen Heimat in der Freising-/Friedhofstraße sowie am Sillufer an das Stromnetz anzuschließen.<sup>143</sup> Es fehlte nicht nur Arbeitskräften, sondern auch

<sup>140</sup> Stadtbaudirektor Anton Kininger an Gaubeauftragten für das Wohn- und Siedlungswesen, in Kopie an Gauleiter Hofer, Oberbürgermeister Denz und Arbeitsamt Innsbruck, 24.6.1941; Der Beauftragte des Gauleiters für das Wohn- und Siedlungswesen an Oberbürgermeister, 14.6.1941. StAI, Akten MA VI Bau 1942, Abschn. 25, Mp. Sonderaktion Südtirol Planung Koller Akt 407 (Sammelakt 1939–1942), Zl. VI-212/2790/1941.

<sup>141</sup> Stadtbauamt an Neue Heimat, 25.10.1941. StAI, Akten MA VI Bau 1942, Abschn. 25, Mp. Neue Heimat Gemeinnützige Wohnungs- u. Siedlungsges. der Deutschen Arbeitsfront im Gau Tirol u. Vbg. Allgemeines Akt 630 (Sammelakt 1939–1942), Zl. 152/4507/7/1941.

<sup>142</sup> Der Beauftragte des Gauleiters für das Wohn- und Siedlungswesen Tusch an Oberbürgermeister, 29.10.1941; Stadtbaudirektor Kininger an Beauftragten des Gauleiters für das Wohn- und Siedlungswesen Tusch, 3.11.1941. Ebd., Zl. VI-152/4700/7/1941.

<sup>143</sup> Stadtwerke/E-Werk an Oberbürgermeister, 10.5.1940. StAI, Akten MA VI Bau 1942, Abschn. 11, Mp. Sonderaktion Südtirol Wohnbauten der Stadt Allgemeines Akt 202 (Sammelakt 1939–1942), Zl. VI-207/2100/1940.

an Infrastruktur. Das E-Werk sah sich im Juni 1941 außerstande, die vom Beauftragten für das Wohn- und Siedlungswesen Tusch geforderte Baureifmachung des Siedlungsgebietes Arzl und Saggen zu unterstützen. Es sei „vollkommen unmöglich“, die Baustellen mit Baustrom zu versorgen, bevor nicht ein neues Umspannwerk stehe.<sup>144</sup>

Die Stadt Innsbruck setzte auch vor der Fertigstellung ihres Reichenauer Lagers Kriegsgefangene und ausländische Arbeitskräfte vor allem für Tiefbauarbeiten in den Siedlungsgebieten ein, wobei sich ein Tauschhandel etablierte: Das Amt verlieh entweder bei ihr angestellte ausländische Arbeitskräfte an Baufirmen, die in ihrem Auftrag arbeiteten, oder sie ließ sie sich von anderen Firmen, wenn dringende Arbeiten zu erledigen waren. Im Dezember 1940 leitete die Neue Heimat das Angebot der Firma Stippler & Co an das Stadtbauamt weiter, wonach das Unternehmen bereit sei, für Kanalbauarbeiten „mindestens 20 Hilfskräfte (Franzosen) zur Verfügung zu stellen“. Schon am nächsten Tag präzisierte Stippler & Co das Angebot, und zwar wollte die Firma Kriegsgefangene nur dann stellen, wenn sie den Auftrag selbst erhielt, was das Stadtbauamt ablehnte.<sup>145</sup> Im Jänner 1941 „verlieh“ das Stadtbauamt dem Tiefbauunternehmen Berger & Brunner 20 italienische Arbeitskräfte, um Straßen im Siedlungsgebiet Pradl Ost zu bauen.<sup>146</sup> Im März überließ sie derselben Firma italienische Arbeiter für Kanalisationsarbeiten.<sup>147</sup>

Das Stadtbauamt setzte Kriegsgefangene und Zivilarbeiter zumeist für Hilfsarbeiten in bestimmten Sparten seines Aufgabenbereiches ein. Konzentriert waren sie im städtischen Bauhof in Saggen-Pradl (Kapuzinergasse), der die Siedlungsbauten betreute. Mitte August 1941 waren dort rund 86 italienische Arbeitskräfte und 57 Kriegsgefangene eingesetzt.<sup>148</sup> Wie bei Bauprojekten üblich, waren reichsdeutsche Arbeiter in der Minderheit: Mitte September 1941 arbeiteten beim städtischen Straßenbau 23 Reichsdeutsche, 62 ausländische Zivilarbeiter und 63 Kriegsgefangene. Bis Mitte November 1941 verschlechterte sich das Verhältnis zuungunsten Reichsdeutscher, von denen nur mehr zehn 55 ausländische Zivilarbeiter und 51 Kriegsgefangene anleiteten und beaufsichtigten.<sup>149</sup> Das Wasserwerk arbeitete schon im Spätherbst 1940 mit 15 Kriegsgefangenen am Wasserleitungsbau der Neuen Heimat in den Bauabschnitten Pradl VI bis XVIII.<sup>150</sup> Im März 1941 wiesen das Gaswerk und die Wasserwerke (Stadtwerke) den Aufwand für die Erschließungsarbeiten im Siedlungsgebiet Pradl-Ost nach. Demnach entfielen von den 9.365 geleisteten Arbeitsstunden des Gaswerkes 485 auf Kriegsgefangene und von 7.550 Stunden des Wasserwerkes 3.859 auf Kriegsgefangene. Allein für Installationsarbeiten in den Wohnbauten der Neuen Heimat fielen 421 Arbeitsschichten an.<sup>151</sup>

---

<sup>144</sup> Stadtwerke/E-Werk an Stadtbaudirektor Kininger, 27.6.1941. StAI, Akten MA VI Bau 1942, Abschn. 25, Mp. Sonderaktion Südtirol Planung Koller Akt 407 (Sammelakt 1939–1942), Zl. VI-212/2886/1941.

<sup>145</sup> Neue Heimat an Bauamt, 5.12.1940; Stadtbauamt an Neue Heimat, 7.12.1940. StAI, Akten MA VI Bau 1940, Abschn. 20, Zl. VI-3102.

<sup>146</sup> Stadtbauamt an Berger & Brunner, 8.1.1941. StAI, Akten MA VI Bau 1942, Abschn. 25, Mp. Stadtarbeiter 1932–1942 Akt 341, Zl. VI-129/239/1941.

<sup>147</sup> Stadtbauamt an Berger & Brunner, 6.3.1941. Ebd., Zl. VI-129/1120/1941.

<sup>148</sup> Aktenvermerk, 19.8.1941. StAI, Akten MD 1941, Abschn. 7, Zl. 1098/3597/1941.

<sup>149</sup> Meldung über Bestand und Bedarf an Arbeitskräften der Betriebe der Bauwirtschaft, 16.9.1941, 15.11.1941. StAI, Akten MA VI Bau 1942, Abschn. 25, Mp. Stadtarbeiter 1932–1942 Akt 341, Zl. VI-129/2737/1941 u. Zl. VI-129/2637/1941.

<sup>150</sup> Stadtwerke an Stadtbauamt, 18.12.1940. StAI, Akten MA VI Bau 1942, Abschn. 11, Mp. Sonderaktion Südtirol Wohnbauten der Stadt Allgemeines Akt 202 (Sammelakt 1939–1942), Zl. VI-207/5028/1940.

<sup>151</sup> Gaswerk, Leistungsausweis über die Erschließungsarbeiten Pradl-Ost, 19.3.1941; Wasserwerk, Leistungsausweis über die Erschließungsarbeiten Pradl-Ost, 12.3.1941. StAI, Akten MA VI Bau 1943, Abschn. 25, Mp. Sonderaktion Südtirol Aufschließungsarbeiten 1940/41 Akt 144, Zl. VI-144/1304/1941.



Konfliktfrei verlief die Zusammenarbeit von Stadtbauamt mit Neuer Heimat nicht. Im Dezember 1940 rügte Baudirektor Kininger, bekannt für seine klare, oftmals harsche Ausdrucksweise, die Neue Heimat. Es sei unmöglich, wenn auf Grundstücken, die kanalisiert werden müssten, Material für den Hochbau lagere, und der Kanalbau „gerade dort kanalisiert, wo es dem Hochbau-Unternehmer passt“. Die Neue Heimat möge sofort die das Gelände östlich der Langstraße und an der verlängerten Erzherzog-Eugen-Straße räumen lassen.<sup>152</sup> Im April des folgenden Jahres wiederholte Kininger seine Kritik: In der verlängerten Kravoglststraße lagere die Baufirma Fluckinger Ziegel und Sand auf einem zu kanalisierenden Teilstück, in der verlängerten Prinz-Eugen-Straße die Firma Josef Retter Ziegel.<sup>153</sup> Eine Woche später drohte er damit, die Baustoffe auf Kosten der Neuen Heimat entfernen zu lassen und gegen die Baufirma Retter ein Strafverfahren einzuleiten.<sup>154</sup>

Die Neue Heimat war schon bei der Baureifmachung auf ausländische Zivilarbeiter und Kriegsgefangene angewiesen. Auch nach Fertigstellung und Besiedlung der Häuser hielt der Einsatz an, etwa bei der Abfallbeseitigung oder bei der Brennstoffversorgung, bei der das Stadtbauamt ausländische Zivilarbeiter einsetzte. Im November 1943 intervenierte das Stadtbauamt bei der Gauleitung, um die angeforderten Arbeitskräfte für die Abfallbeseitigung zu erhalten. Im Sommer brauche es mindestens 28 Arbeitskräfte, im Winter maximal 48. Anfangs habe die Stadt es mit Italienern probiert, aber diese seien „trotz Beistellung von Schutzkleidung nicht sehr zuverlässig, da sie dem Regen und der Kälte nicht widerstehen und dadurch zeitweise ausfallen“. Einige hätten ihre Verträge nicht verlängert, so dass nun zu wenige Arbeitskräfte für diesen aus hygienischen Gründen wichtigen Bereich vorhanden waren. Die Stadt brauche ausländische Arbeiter, „und zwar mit Rücksicht auf die schmutzige und anstrengende Arbeit“ Ostarbeiter. Diese seien „kräftig, wenig anspruchsvoll und auch gegen die Unbilden des Wetters widerstandsfähiger als andere Ausländer“.<sup>155</sup> Anfang März 1945 forderte das Stadtbauamt dringend „20 kräftige, gesunde Arbeiter“, weil die Abfallbeseitigung nicht mehr zu bewältigen war. Müll liege in den Höfen, teils auf den Straßen, die Ratten nähmen überhand, die Gefahr von Seuchen drohe. Für die Art der Arbeit eigne sich „der Ostarbeiter am Besten“.<sup>156</sup>

Nachdem die Gestapo ihr Arbeitserziehungslager (AEL) in der Reichenau, nur durch eine Straße von den städtischen Lagern getrennt, im November 1941 in Betrieb genommen hatte, „mieteten“ das Stadtbauamt und Innsbrucker Firmen, vor allem der Bauwirtschaft, zu einem günstigen Tagestarif Häftlinge. Mitte Mai 1942 setzte das Stadtbauamt zwischen 50 und 80 Häftlinge beim Straßenbau im Siedlungsgebiet Pradl-Ost ein. Für „vordringliche Straßenbauarbeiten“, etwa Am Roßsprung, am Ahorn- und Lindenhof und in der Langstraße, brauche es weitere, intervenierte das Stadtbauamt beim Beauftragten für das Wohn- und Siedlungswesen.<sup>157</sup> Bis Kriegsende ließen Stadtbauamt, aber auch die Stadtwerke Häftlinge des AEL, die unter unerträglichen Bedingungen leben mussten,<sup>158</sup> für sich arbeiten.

---

<sup>152</sup> Stadtbaudirektor Kininger an Neue Heimat, 9.12.1940. StAI, Akten MA VI Bau 1942, Abschn. 25, Mp. Neue Heimat Gemeinnützige Wohnungs- u. Siedlungsges. der Deutschen Arbeitsfront im Gau Tirol u. Vbg. Allgemeines Akt 630 (Sammelakt 1939–1942), Zl. VI-1415/4913/1940.

<sup>153</sup> Stadtbaudirektor Kininger an Neue Heimat, 17.4.1941. Ebd., Zl. VI-152/1744/1941.

<sup>154</sup> Stadtbaudirektor Kininger an Neue Heimat, 24.4.1941; Stadtbaudirektor Kininger an Baufirma Retter, 26.4.1941. Ebd., Zl. VI-152/1822/1941 und Zl. VI-152/1874/1941.

<sup>155</sup> Stadtbauamt an stellvertretenden Gauleiter Parson, 14.11.1943. StAI, Akten MA VI Bau 1943, Abschn. 11, Zl. 213/3973/1943.

<sup>156</sup> Stadtbauamt an Arbeitsamt, 1.3.1945. StAI, Akten MA VI Bau 1945, Abschn. 25, Zl. VI-235/1945.

<sup>157</sup> Stadtbauamt an Gaubeauftragten für das Wohn- und Siedlungswesen, 15.5.1942. StAI, Akten MA VI Bau 1947, Abschn. 25, Akt 308, Fasz. 1 Arbeiterlager Reichenau der Stadt Innsbruck (1940–1942), Umschlag 1942, Zl. VI-238/2012/1942.

<sup>158</sup> Siehe Albrich, KZ der Gestapo.

An Häftlingsarbeit aus entfernteren Orten bediente sich die Stadt Innsbruck, als sie Bordsteine für Gehwege für das Siedlungsgebiet Pradl-Ost suchte. Im Juli 1942 bot die Deutsche Erd- und Steinwerke GmbH ihre Produkte aus Mauthausen, Flossenbürg, Großrosen und Natzweiler an. Die Standorte waren die von Konzentrationslagern, die Firma gehörte der SS, welche die Häftlingsarbeit wirtschaftlich ausbeutete. Das Stadtbauamt bestellte noch im Juli 1942 2.900 Laufmeter und schrieb an das Konzentrationslager Flossenbürg:

„Da Sie als Konzentrationslagerbetrieb im Gegensatz zu anderen, derzeit für die Stadt Innsbruck tätigen Lieferwerken, durch Verwendung von Häftlingen unabhängig von der allgemeinen Arbeitseinsatzlage sind, haben Sie wahrscheinlich die Möglichkeit, größere Aufträge in kürzerer Zeit durchzuführen.“<sup>159</sup>

Je länger der Krieg dauerte, desto mehr musste das Stadtbauamt den Zugriff der Wehrmacht auf das eigene Personal abwehren, und zwar auf das technische Personal, das für die Planung in den Neubaugebieten unbedingt erforderlich war. Im März 1943 trafen sich die Gaubeauftragten für die Bauwirtschaft im Wehrkreis XVIII in Salzburg, um die Frage, wer vor der Einrückung befreit war, zu diskutieren. Ein verantwortlicher General stand dabei auf dem Standpunkt, „es sei wichtiger, die Russen abzuwehren, als Wohnungen zu bauen. Die Südtiroler als gute Deutsche würden dies sicherlich gut verstehen und sich bis nach dem Kriege gedulden.“<sup>160</sup>

## 4.2 Die Bauwirtschaft im Einsatz für die Neue Heimat

Auf Reichs- und Gauebene schuf das Regime Institutionen und erließ Verordnungen, die alle Fragen rund um das Bauen regelten, zugleich aber einen ungeheuren bürokratischen Apparat schufen. Auf lokaler Ebene kamen weitere Faktoren hinzu, die das Bauen in der Praxis erschwerten.

Die Bauwirtschaft in Tirol und Innsbruck war auf den enormen Aufschwung nach dem „Anschluss“ nicht vorbereitet. In Innsbruck boten 1938 zwar 55 Baumeister ihre Dienste an, aber bis auf einige wenige Firmen, wie beispielsweise Innerebner & Mayer oder Wayss & Freytag AG und Meinong GmbH, war die Mehrheit in der Form des Einzelunternehmens organisiert und dementsprechend auf eher kleinere Bauvorhaben mit geringem Arbeitskräftebedarf eingestellt. Die großen Gesellschaften waren ohnehin mit Aufträgen außerhalb der Stadt beschäftigt, beim Straßenbau oder beim Kraftwerksbau. Der österreichischen Bauwirtschaft mangelte es generell an maschineller Ausstattung, zugleich litt sie unter hoher Verschuldung. Das Deutsche Reich wollte die ostmärkische Bauwirtschaft aber stärken, um sie zukünftig in eroberten Oststaaten einzusetzen und verordnete daher, „bei der Vergebung von Aufträgen nach Möglichkeit ostmärkische Unternehmer zu berücksichtigen, auch wenn hierdurch etwas längere Termine entstehen“.<sup>161</sup>

---

<sup>159</sup> Deutsche Erd- und Steinwerke GmbH Berlin/Granitwerk Mauthausen an Oberbürgermeister, 14.7.1942; Stadtbauamt an Deutsche Erd- und Steinwerke GmbH Berlin/Granitwerk Flossenbürg, 20.7.1942. StAI, Akten MA VI Bau 1943, Fasz. Sonderaktion Südtirol Aufschließungsarbeiten Akt 137 (1942/43), Zl. VI-180/3091/1942.

<sup>160</sup> Reisebericht, 8.3.1943. StAI, Akten MA VI Bau 1943, Abschn. 1, Mp. Regelung der Bauwirtschaft, Zl. VI-131/847/1943.

<sup>161</sup> Ministerpräsident Generalfeldmarschall Göring Beauftragter für den Vierjahresplan/Der Generalbevollmächtigte für die Regelung der Bauwirtschaft Generalinspektor Dr. Ing. Todt, Erlass, beiliegend einem Schreiben an alle Gauleiter der Ostmark, 17.9.1940. TLA, GB Bau, Sign. 10, Karton 2, Mp. 10-00 Arbeitseinsatz Richtlinien 1. Teil, Zl. G. I. 822/40.

Was alle Bauherren und das Reichsarbeitsministerium bemängelten, waren die im Vergleich zum Deutschen Reich höheren Baukosten in Tirol und Innsbruck. Oberbürgermeister Denz gestand ein, dass die Lebenshaltungskosten in Innsbruck sehr hoch, zugleich „einzelne Unternehmer stark am Verdienen interessiert seien“. Wegen der hohen Kosten habe das Ministerium einige Bauten nicht genehmigt, informierte er die Ratsherren im Juni 1940. Denz schlug vor, auswärtige Firmen nach Innsbruck zu locken, „um einen gesunden Wettbewerb zu schaffen“. Das Ministerium bevorzugte hingegen die Bildung einer Arbeitsgemeinschaft (Arge) der Stadt mit einer oder mehrerer Baufirmen. Denz wollte es sich aber nicht mit „den ortsansässigen Baufirmen“ verderben, indem er mit einer enge Bindung einging. Er informierte die Ratsherren der Stadt darüber, dass sich einige Installateure zu einer Arge zusammengeschlossen hätten, deren Angebot jedoch höher sei als das einer Südtiroler Firma. Die Neue Heimat habe das Angebot sogar akzeptiert, aber die Stadt wolle keine „Phantasiepreise“ zahlen.<sup>162</sup> Das Deutsche Reich, genauer der Reichskommissar für die Preisbildung, erließ einige Verordnungen, um die Baukosten zu beschränken, etwa die Baupreisverordnung oder die Verordnung über Höchstmieten für Baugeräte, beide vom Juni 1939. Erstere schrieb etwa vor, keine höheren Löhne als in der Tarifordnung vorgegeben zu zahlen und Lohnerhöhungen nicht nachträglich von den Bauherren zu verlangen.<sup>163</sup> Das führte zu ständigen Reibereien zwischen den Baufirmen und den Bauherren, weil die Betriebe, um überhaupt Arbeitskräfte zu erhalten, schon 1938 die Löhne kräftig hatten erhöhen müssen. Bereits bei der Ausschreibung seien Firmen auf die Verordnungen und „in geeigneter Weise auf die politische und soziale Bedeutung der Südtiroler Massnahme“ hinzuweisen, mithin auf ihre Pflicht für die „Volksgemeinschaft.“<sup>164</sup> In der Praxis führte dies bei praktisch jedem Bauvorhaben wegen teils massiver Überschreitung der Kosten zu Konflikten zwischen Baufirmen und Bauherren.

Trotz Bedenken folgten viele Baufirmen und Unternehmen des Baunebengewerbes dem Wunsch des Regimes und bildeten Arges. Besonders engagierte sich dabei der in der Wirtschaftskammer angesiedelte Reichsstand des deutschen Handwerks unter dem Landeshandwerksmeister Alpenland, Anton Schatz, gelernter Fleischerhauer und illegaler Parteigenosse aus Telfs. Er traf sich im Feber 1940 mit dem Gauwirtschaftsberater, dem Gauleiter, dem Stadtbaudirektor und dem Siedlungsbeauftragten und präsentierte ihnen seine Vorschläge, wie die Handwerksbetriebe in die Sondermaßnahme einzubeziehen waren. Er bot sich an, die Einsatzplanung des Handwerks zu übernehmen, kleine Unternehmen in Arges zusammenzufassen, die gesamte Bauabrechnung zu übernehmen und die Bauten grundsätzlich zu überwachen. Bezüglich der heiklen Frage der Kosten wollte er, eingedenk des sozialen Charakters der Wohnbauten „jedes unberechtigte Gewinnstreben unterbinden“, zugleich aber darauf achten, „daß den Betrieben des Handwerks nicht zugemutet wird, verlustbringende Arbeit zu übernehmen“. Als Schnittstelle aller Interessen, der Bauherren auf der einen, der Handwerksbetriebe auf der anderen Seite, sah er die Hausbau AG vor, die sich um Arbeitskräfte, Treibstoffe, Arbeitsmaschinen, Transportmittel und Verwaltung kümmern sollte.<sup>165</sup> Mit der Hausbau AG ergaben sich jedoch sehr bald Probleme. Schon Mitte Juni

---

<sup>162</sup> Oberbürgermeister Denz in der Sitzung der Ratsherren am 4. Juni 1940. StAI, Ratsprotokolle 1940–1944.

<sup>163</sup> Verordnung über die Baupreisbildung (Baupreisverordnung) vom 16. Juni 1939; Verordnung über die Höchstmieten für Baugeräte vom 16. Juni 1939. RGBI. I/1041 und I/1043.

<sup>164</sup> Richtlinien Mittelwohnungen, (Mai/Juni 1940). TLA, Neue Heimat Tirol, Teil 2, Bestand: Innsbruck, Box 16, Mp. 1942 „S“ Innsbruck-Saggen 150 Mittelwohnungen Reichsdarlehen.

<sup>165</sup> Landeshandwerksmeister Anton Schatz an Oberbürgermeister, 8.5.1940; Vorschlag für die Regelung des Arbeitseinsatzes des Tiroler Handwerks für die Durchführung der Bauvorhaben im Umsiedlungsprogramm, 16.4.1940; Landeshandwerksmeister Anton Schatz an Oberbürgermeister, 7.5.1940; Arbeitseinsatz zur Durchführung der Südtiroler Bauvorhaben, 7.5.1940. StAI, Akten MA VI Bau 1942, Abschn. 11, Mp.

1940 hielt das Stadtbauamt in einem Aktenvermerk Folgendes fest: Die Hausbau AG verlangte von Ratsherr und Tischlermeister Erwin Norer 3 % der Auftragssumme, die er, wollte er noch verdienen, dann an den Bauherrn weitergeben müsse. Das Agieren der AG verteuere daher das Bauen. Am gleichen Tag wies der Beauftragte für das Wohn- und Siedlungswesen die Stadt Innsbruck an, ihr vorerst keine Aufträge mehr zu erteilen. Die AG berufe sich auf ihn, um an solche zu gelangen, was er nie erlaubt habe.<sup>166</sup> Im September 1942 verlangte die Hausbau AG zusammen mit anderen Baumeistern in Tirol 32 bis 36 RM pro umbautem Kubikmeter. Da dem Gauleiter nichts daran liege, dass die Unternehmen Defizite erwirtschafteten, erneuerte Tusch das Auftragsverbot.<sup>167</sup>

Einige Firmen des Baunebengewerbes schlossen sich ohne Beteiligung der Hausbau AG in Arges zusammen, um für die großen Bauaufträge gerüstet zu sein. Im März 1941 beschäftigte die Stadt Innsbruck insgesamt 58 Betriebe des Baunebengewerbes, darunter zwölf Arges.<sup>168</sup> Die Stadt selbst schloss dann trotz aller Bedenken mit dem Schwazer Baumeister Ing. Adolf Kunsek eine Arge, die sie aber im März 1943 wieder auflöste. Bis dahin hatte Kunsek zwei Häuser der Sondermaßnahme in der Speckbacherstraße gebaut, war aber größtenteils bei Straßenbauprojekten außerhalb Innsbrucks beschäftigt. Kunsek war illegaler und verdierter Nationalsozialist, als solcher in der Verbotszeit mit vier Monaten Gefängnis bestraft, illegaler Kreisleiter der NSDAP im Bezirk Schwaz und erster Bezirkshauptmann nach dem „Anschluss“. Der Gendarmerieposten Mayrhofen bezeichnete ihn im Dezember 1947 als „Geschäftsnazi, dem nicht ein Ideal, sondern mehr die materielle Seite vorschwebte. Er hatte sich auch nicht getäuscht, denn derart glänzende Geschäfte wie er machte selten einer.“ Kunseks Beziehungen zu höheren Dienststellen waren ausgezeichnet, was er ausnutzte, um Aufträge zu erhalten. Nebenbei „arisierte“ er ein Sägewerk in Völs und betätigte sich für die NSDAP als Kreisamtsleiter im Amt für Technik.<sup>169</sup> Auch Baufirmen folgten dem Wunsch des Regimes und gingen Arbeitsgemeinschaften ein, auch Firmen, welche die Neue Heimat mit Aufträgen bedachte.

Was den Einkauf von Material und die Auftragsvergabe zusätzlich erschwerte, war die Weisung, sich mit der Bezirksausgleichsstelle abzustimmen. An der Spitze stand das Reichswirtschaftsministerium, dem die Reichsausgleichsstelle unterstand, dieser wiederum waren 19 Bezirksausgleichsstellen zugeteilt. Die für den Gau Tirol-Vorarlberg zuständige war der Wirtschaftskammer Alpenland zugeordnet und damit beauftragt, eine „angemessene Beteiligung der kleinen Industriebetriebe sowie des Handwerks an der staatlichen Auftragsvergabe

---

Sonderaktion Südtirol Wohnbauten der Stadt Allgemeines Akt 202 (Sammelakt 1939–1942), Zl. VI-207/1763/1940 und Zl. VI-207/1756/1940. Die Hausbau AG des österreichischen bzw. ostmärkischen Handwerks war eine reichsweite Gründung des Reichshandwerksmeisters und sollte im Auftrag von Bauherren Wohnbauten errichten.

<sup>166</sup> Aktenvermerk, 17.6.1940; Der Beauftragte des Gauleiters für das Wohn- und Siedlungswesen an Oberbürgermeister, 17.6.1940. StAI, Akten MA VI Bau 1940, Abschn. 25, Zl. VI-2267.

<sup>167</sup> Der Beauftragte des Gauleiters für das Wohn- und Siedlungswesen Tusch an Oberbürgermeister, 3.9.1942. StAI, Akten MA VI Bau 1942, Abschn. 11, Mp. Sonderaktion Südtirol Wohnbauten der Stadt Allgemeines Akt 202 (Sammelakt 1939–1942), Zl. VI-202/3735/1942.

<sup>168</sup> Verzeichnis der Handwerksbetriebe im Bau-Nebengewerbe, die derzeit bei den städtischen Wohnbauten beschäftigt sind, 26.3.1941. StAI, Akten MA VI Bau 1942, Abschn. 11, Mp. Sonderaktion Südtirol Wohnbauten der Stadt Allgemeines Akt 202 (Sammelakt 1939–1942), Zl. VI-173/1261/1941.

<sup>169</sup> Gendarmerieposten Mayrhofen an Bezirksgericht Zell a. Ziller, 4.12.1947. TLA, LG als VG Ibk, Akt 10 Vr 624/54, ENr. 1896/47.

zu erreichen“, um „die Gefahr der Entstehung von Auftragshäufungen in den einen, Auftragsleere in den anderen Gebieten des Reiches“ zu vermeiden.<sup>170</sup> In die Praxis übersetzt hieß dies, dass jeder von der öffentlichen Hand vergebene Auftrag, sei es der Einkauf von Baumaterial oder die Beauftragung einer Baufirma, an diese Stelle zu melden war, die intervenierte, wenn eine Firma zu viele Aufträge erhielt, eine andere keinen, und wenn sie staatliche Interessen oder die der NSDAP verletzt sah, was in den Augen des NS-Regimes dasselbe war. Die Stelle kontrollierte nicht nur, ob Firmen gleichmäßig mit Aufträgen bedacht waren, sondern prüfte ihre politische Unbedenklichkeit. Nach einer Anordnung des Gauwirtschaftsberaters musste sich die Neue Heimat diesem Kontrollregime unterwerfen.<sup>171</sup>

Als die Neue Heimat mit ihren ersten Wohnbauprojekten ansetzte, nämlich im Sommer/Herbst 1939, war die lokale Bauwirtschaft schon gut mit Aufträgen versorgt. Das führte schnell dazu, dass sie statt eines zertifizierten staatlich geprüften Baumeisters Maurermeister mit Hochbauten beauftragte, was unweigerlich zu Konflikten mit der Baupolizei führte. Im Mai 1941 kritisierte die Baupolizei nicht nur krasse Baumängel bei Bauten der Neuen Heimat, sondern dass diese entgegen der gesetzlichen Bestimmungen Maurermeister, darunter Anton Döderer oder Karl Eller, beauftragt hatte. Außerdem beginne die Gesellschaft Bauten, ohne auf eine rechtskräftige Baubewilligung zu warten, so etwa in der Reichenau, wo zum Zeitpunkt der Bauverhandlung bereits der Dachstuhl aufgesetzt worden sei. Daraus und wegen der aufwendigen Bürokratie folgten unweigerlich „die größten Mängel und Mißverständnisse, die zu vermeiden wären, wenn der [...] unnötig komplizierte Amtsweg (besonders Arbeitsamt) abgekürzt und die Erteilung der Baubewilligung abgewartet wird“.<sup>172</sup> Die Neue Heimat ging nicht auf die Kritik am illegalen Einsatz der Maurermeister ein, was vermutlich daran lag, dass die Behörden diesen stillschweigend duldeten bzw. angesichts des Mangels an Fachleuten geradezu dulden mussten. In ihrer Antwort konzentrierte sich die Gesellschaft auf die angesprochenen Baumängel und erklärte diese damit, dass den Firmen „zurzeit nur behelfsmässige Arbeitskräfte (Kriegsgefangene, Italiener, Ungeschulte) zur Verfügung stehen, und dass wir selbst infolge des Personalmangels für durchschnittlich 300 bis 400 Wohnungen nur einen örtlichen Bauleiter zur Verfügung haben“.<sup>173</sup>

Was die Baukosten in die Höhe trieb, waren nicht nur der Mangel an baureifem Gelände oder Material und die überbordende Bürokratie, sondern auch die Kosten der Schlechtwetterregelung, wonach Arbeitern bei bestimmten Wetterlagen mehr Lohn zustand. Um die Bauarbeiten im gesamten Reich zu beschleunigen, erging eine Weisung, für die gesamte Branche diese Regelung einzuführen. Bis dahin war es in Tirol üblich gewesen, auf Baustellen eine Winterpause einzulegen und die Arbeiter in die Arbeitslosigkeit zu schicken. Im Jänner 1940 war es damit vorbei, denn eine Weisung der Reichsbehörden verlangte, arbeitslose Bauarbeiter „sofort nach Norddeutschland abzugeben“. Die Gefahr, im Frühjahr nicht genug Arbeitskräfte zugewiesen zu erhalten, war real, weshalb der Kampf gegen die Schlechtwetterregelung aufgegeben werden müsse, hielt ein Aktenvermerk dazu fest. Nicht nur die

---

<sup>170</sup> Die Aufgaben der Bezirksausgleichsstellen für öffentliche Aufträge, in: Sonderdruck der Zeitschrift „Wirtschaftliche Nachrichten“ aus Nr. 25 vom 25. Juni 1938. StAI, Akten MA VI Bau 1940, Abschn. 25, Mp. Öffentliche Aufträge – Lieferungen Akt 980 (Sammelakt 1935–1940), Zl. VI-980/1339/2375/1940.

<sup>171</sup> Wirtschaftskammer Alpenland/Bezirksausgleichsstelle für öffentliche Aufträge an Stadtbauamt, 28.3.1940. Ebd., Zl. 980/1194/1940.

<sup>172</sup> Baupolizei, Amtsbericht, 22.5.1941. StAI, Akten MA VI Bau 1942, Abschn. 25, Mp. Neue Heimat Gemeinnützige Wohnungs- u. Siedlungsges. der Deutschen Arbeitsfront im Gau Tirol u. Vbg. Allgemeines Akt 630 (Sammelakt 1939–1942), Zl. VI-152/2283/7/1941.

<sup>173</sup> Neue Heimat an Stadtrat/Stadtbaudirektor Kininger, 24.5.1941. Ebd., Zl. VI-152/2388/7/1941.

Stadt als Bauherrin, sondern auch die Neue Heimat müsse sie einführen, was rund 240.000 RM koste, was sie hinnehmen müsse.<sup>174</sup>

Die meisten Bauaufträge der Bauherren und Bauträger in Innsbruck führten lokale Unternehmen aus, aber es gelang zwei reichsdeutschen Betrieben, hier Fuß zu fassen, nämlich den Baufirmen Anton Strauß aus Würzburg und Ernst Liebergesell aus München. Die Firma Strauß setzte das Stadtbauamt nicht nur für Hochbauten, sondern auch für Kanalisierungsarbeiten im Pradler Siedlungsgebiet ein. Vom Standpunkt des fachgemäßen Bauens aus sei „die Bauunternehmung Strauss zehnmal wertvoller als die vielen Höttinger Maurermeister, die nun im ehemaligen Stadtgebiet mit Respekt zu sagen ihr Unwesen treiben“, reagierte das Stadtbauamt auf Beschwerden lokaler Betriebe, welche die Konkurrenz ausschalten wollten.<sup>175</sup>

Die Neue Heimat betraute mit den Hochbauarbeiten lokale Baufirmen, Maurermeister, Arges oder die beiden reichsdeutschen Firmen. Tabelle 3 listet auf, welches Bauprojekt sie mit welcher Firma bzw. welchen Firmen verwirklichte. Die Baufirmen/Maurermeister waren nicht die einzigen am Bau eingesetzten Unternehmen, denn ihnen arbeitete das Baunebengewerbe zu bzw. kümmerte sich um die Vollendung der Rohbauten. Im Feber 1942 setzte die Neue Heimat auf ihren Innsbrucker Baustellen zehn Baufirmen und 48 Betriebe des Baunebengewerbes ein.<sup>176</sup> Der Hochbau verlangte nach den meisten Arbeitskräften, war damit auf ausländische Zivilarbeiter und Kriegsgefangene angewiesen, aber auch das Baunebengewerbe nutzte fallweise deren Einsatz.

**Tabelle 3: Mit den Wohnbauten der Neuen Heimat beauftragte Baufirmen 1939–1945**

Bauvorhaben	Adresse	Baufirma
Freising-/ Friedhofstr. <sup>177</sup>	Freisingstr. 7, 9, 11; Friedhofstr. 9, 11	Arge Ing. Ferdinand Pilz, Gustav Schmid, Franz Saurwein, Adolf Jartschitsch
Sillufer	Kapuzinerg. 58 (23) <sup>178</sup>	Josef Durnthaler
	Kapuzinerg. 60 (21)	Josef Senn
	Kapuzinerg. 62 (19)	Gustav Schmid
	Kapuzinerg. 64–68 (9, 7, 5)	Josef Retter
	Kapuzinerg. 70 (3)	Alois Wörle
	Kapuzinerg. 72, 74 (17, 15)	Stippler & Co.
	Kapuzinerg. 76 (13)	Ernst Schramek
	Kapuzinerg. 78 (11)	Georg Auer
	Kapuzinerg. 80 (1)	Fluckinger & Co
Pradl VI	Erz.-Eugen-Str. 54, 56 Langstr. 31, 33, 35, 37, 39, 41, 43	Anton Fritz Gebhart Hinteregger

<sup>174</sup> Aktenvermerk, 17.1.1940. StAI, Akten MA VI Bau 1940, Abschn. 25, Zl. VI-270.

<sup>175</sup> Stadtbauamt an MA I, 22.7.1941. StAI, Akten MA VI Bau 1941, Abschn. 25, Zl. VI-3163/1941.

<sup>176</sup> Aufstellung der bei der Sonderaktion Südtirol eingesetzten Handwerkerfirmen, 19.2.1943. TLA, Neue Heimat Tirol, Teil 2, Bestand: Innsbruck, Box 18, Mp. Saggen I-IV Verschiedenes Allgemein.

<sup>177</sup> Die Friedhofstraße wurde Anfang der 1970er Jahre in Fritz-Pregl-Straße umbenannt.

<sup>178</sup> Im Winter 1940/41 entschied der Innsbrucker Oberbürgermeister zusammen mit der NSDAP zahlreiche Um- und Neubenennungen von Straßen. Der bis dahin „verlängerte Kapuzinergasse“ genannte Abschnitt wurde nach Sebastian Scheel benannt und die Nummern der neu erbauten Häuser geändert. Die neuen Nummern der Sebastian-Scheel-Straße sind in Klammern angeführt. Die Konkordanzlisten finden sich in Karton 6 des Bestandes Akten Pläne Bebauung im StAI, Mp. I Allgemein, Akt 4514/15/VI/1940.

Pradl VII	Panzing 1–18	Stippler & Co
Pradl VIII	Gumpstr. 50, 52; Koflerstr. 1, 3, 5, 7, 9, 11, 13, 15, 17, 19; Kranewitterstr. 13, 15, 17, 19, 21, 23	Hausbau AG <sup>179</sup>
Pradl IX	Langstr. 23, 25, 27, 29; Gumpstr. 38, 40, 42, 44, 46, 48	Arge Baumgartner/Fluckinger; Karl Eller; Michael Stippler
Pradl X	Langstr. 21; Gumpstr. 47, 49, 51, 53, 55, 57, 59	Peter Fluckinger, Gebhart Hinteregger
Pradl XI	Langstr. 9, 11, 13, 15	Gebhart Hinteregger
Pradl XII	Lindenhof 2–4, 6–16	Anton Strauß
Pradl XIII	Ahornhof 1–14	Erich Müller, Fa. Liebergesell; Bayerische Wohnbau
Pradl XIV	Gumpstr. 61, 63, 67; Tübingstr. 2, 4, 6, 8, 10, 12, 14, 16, 18, 20; Amthorstr. 38, 40	Fa. Liebergesell
Pradl XV	Amthorstr. 42, 44, 46, 48, 50; Tübingstr. 1, 3, 5; Am Rain 1–10	Arge Pilz/Jartschitsch
Pradl XVI	Am Rain 11–14; Tübingstr. 7, 9; Am Roßsprung 1, 3, 5, 7	Arge Pilz/Jartschitsch, Peter Fluckinger
Pradl XVII	Tübingstr. 11, 13, 15; Am Roßsprung 2, 4, 6, 8, 10, 12, 14, 16, 18	Josef Scharrer, Hausbau AG
Reichenau VIII–X	Prinz-Eugen-Str. 63, 65, 67, 69, 71, 73, 75, 77, 79, 81; Schönererstr. <sup>180</sup> 1, 2, 4, 6; Pradler Saggen 1–7, 9, 11, 13, 15, 17, 19; Kärntnerstr. 38, 40, 42, 44, 46, 48, 50, 52, 54, 56, 58	Josef Retter, Anton Fritz, Seraphin Pümpel & Söhne, Rudolf Waldner, Georg Auer
Baulücke I	Gaswerkstr. 4, 6	Josef Scharrer
Baulücke II	Gumpstr. 14	Karl Eller
Baulücke III	Gabelsbergerstr. 24	Peter Fluckinger
Baulücke IV	Egerdachstr. 26, 28; Pestalozzistr. 13, 15, 17	Anton Strauß
Baulücke V	Gumpstr. 5, 7, 9, 11; 1, 3	Stippler & Co
Baulücke VIII	Kravoglstr.	Gebhart Hinteregger
Eigenheime Amras	Lönsstr. 4, 6, 8, 10, 14, 16, 18; Mößlg. 1, 2, 3, 5, 6, 7, 8, 9, 10, 11, 13, 14, 15, 16, 18, 20, 22, 24, 26	Arge Pilz/Jartschitsch
Saggen I–IV	Brucknerstr. 2, 4, 6, 7, 8, 9; Beethovenstr. 9, 11; Hugo-Wolf-Str. 2; Viktor-Dankl-Str. 11, 12, 13, 14, 14a–c, 15	Anton Fritz, Josef Scharrer, Anton Strauß, Gebhart Hinteregger, Stippler & Co

<sup>179</sup> Die Neue Heimat beauftragte die Hausbau AG auch damit, die Südtirolersiedlung in Kematen zu bauen. Die Firma ließ eine eigene Kriegsgefangenenbaracke aufstellen. Siehe Sabine Pitscheider, Kematen in Tirol in der NS-Zeit. Vom Bauerndorf zur Industriegemeinde (Studien zu Geschichte und Politik Bd. 19), Innsbruck–Wien–Bozen 2016, 98–107.

<sup>180</sup> Die nach dem österreichischen Antisemiten Georg Schönerer benannte Straße wurde 1946 in Oswald-Redlich-Straße umbenannt.

Reichspost- direktion	Kranewitterstr. 38, 40; Dürerstr. 2, 4; Josef-Pöll-Str. 5, 7–13, 15, 17	Anton Döderer, Baumgartner & Fluckinger, Peter Fluckinger, Karl Eller, Fellner Alois, Fa. Liebergesell
Gauselbstver- waltung	Rennweg 12c–f; Karl-Schönherr-Str. 7, 9	Arge Pilz/Jartschitsch, Fa. Liebergesell

Quellen: Freising-/Friedhofstr.: Bauverhandlung, 2.11.1939. StAI, Abt. VI Bau 1940, Abschn. 7, Mp. Friedhofstr. 9 Akt 3728, Zl. VI-3996/1939; Sillufer: Neue Heimat an Oberbürgermeister, 23.8.1940, 24.9.1940. StAI, Abt. VI Bau 1940, Abschn. 7, Mp. Neue Heimat Bau v. 126 Wohnungen Sillufer Akt 359, Zl. 359/3472, 359/3731, 359/3733, 359/3734, 359/3735, 359/3736, 359/3738; Pradl VI–XV: Pradl VI: Neue Heimat an Oberbürgermeister, 14.1.1942. StAI, Abt. VI Bau 1942, Abschn. 7, Akt 1425/3127; Pradl VII: Neue Heimat an Stadtbauamt, 5.12.1940. StAI, Abt. VI Bau 1940, Abschn. 20, Akt 3102; Pradl VIII: Neue Heimat an Stadtbauamt, 25.7.1940. StAI, Abt. VI Bau 1940, Abschn. 7, Mp. Neue Heimat Bauabschnitt VIII Akt 1975; Pradl IX: Neue Heimat an Baupolizei, 4.12.1940. StAI, Abt. VI Bau 1942, Akt 2934; Pradl X: Aktenvermerk, 1.8.1940. TLA, Neue Heimat Tirol, Teil 2, Bestand: Innsbruck, Box 1, Teil Mp. Innsbruck-Pradl Volkswohnungen 1940 „S“ Allgem. Schriftwechsel; Pradl XI: Aktenvermerk betr. Vergabe Bauarbeiten Pradl, 25.5.1940. TLA, Archiv „Neue Heimat“, Teil 2, Bestand: Innsbruck, Box 1, Mp. Innsbruck-Pradl Volkswohnungen 1940 „S“ Allgem. Schriftwechsel; Pradl XII: Neue Heimat an Baupolizei, 6.12.1940. StAI, Abt. VI Bau 1942, Abt. 7, Akt Neue Heimat Lindenhof, Zl. 334; Pradl XIII: Neue Heimat an Baupolizei, 25.7.1940. StAI, Abt. VI Bau 1942, Abschn. 7, Mp. Ahornhof, Akt 336; Pradl XIV: Aktenvermerk betr. Vergabe Bauarbeiten Pradl, 25.5.1940. TLA, Archiv „Neue Heimat“, Teil 2, Bestand: Innsbruck, Box 1, Mp. Innsbruck-Pradl Volkswohnungen 1940 „S“ Allgem. Schriftwechsel; Pradl XV: Neue Heimat an Baupolizei, 13.1.1942. StAI, Abt. VI Bau 1942, Abschn. 7, Akt 337; Pradl XVI: Neue Heimat an Baupolizei, 10.12.1940. StAI, Abt. VI Bau 1940, Abschn. 7, Akt 4911; Pradl XVII: Neue Heimat an Stadtbauamt, 13.1.1942. StAI, Abt. VI Bau 1942, Abt. 7, Zl. 335; Reichenau VIII–X: Neue Heimat an Baupolizei, 9.10.1940. StAI, Abt. VI Bau 1940, Abschn. 7, Zl. 3109; Zergliederung der bis 31.12.1942 aufgelaufenen Baukosten. TLA, Neue Heimat Tirol, Teil 2, Bestand: Innsbruck, Mp. Mp. Innsbruck-Reichenau 1940 „S“ 221 Vw 6 gew. Betr.; Neue Heimat an Bauamt, 13.12.1940. StAI, Akten MA VI Bau 1940, Abschn. 7, Akt 4034/4949; Neue Heimat an Baupolizei, 25.4.1941, 15.7.1941. StAI, Abt. VI Bau 1941, Zl. 342/1578; Saggen I–IV: Neue Heimat an Stadtbauamt, 14.3.1942. TLA, Neue Heimat Tirol, Teil 2, Bestand: Innsbruck, Box 16, Mp. 1942 „S“ Innsbruck-Saggen 150 Mittelwohnungen Reichsdarlehen; Baulücke I: StAI, Akten MA VI Bau 1942, Abschn. 7, Mp. Neue Heimat Baulücke I Gaswerkstr. 4–6, Akt 641; Baulücke II: Aktenvermerk, 13.5.1941. TLA, Neue Heimat Tirol, Teil 2, Bestand: Innsbruck, Box 8, Mp. Mp. Innsbruck Pradlerstr.-Gumpstr. Ecke Baulücke II Grundstückserwerb; Baulücke III: Neue Heimat an Baupolizei, 16.4.1941. StAI, Akten MA VI Bau 1941, Abschn. 7, Mp. Neue Heimat Baulücke III Gabelsbergerstr. 24, Akt 265; Baulücke IV: Neue Heimat an Baupolizei, 28.5.1941. StAI, Akten MA VI Bau 1941, Abschn. 7, Mp. Neue Heimat Pembaurblock Baubschn. IV Akt 612; Baulücke V: Neue Heimat an Baupolizei, 26.5.1941. StAI, Akten MA VI Bau 1944, Abschn. 7, Mp. Neue Heimat Baulücke V (Sammelakt 1941–1944) Akt 299, Zl. 900/2382/1941; Baulücke VIII: Aktenvermerk, 27.5.1943. TLA, Neue Heimat Tirol, Teil 2, Bestand: Innsbruck, Box 26, Mp. 65/ In XIV Innsbruck-Pradl Baulücke VIII Kravoglstr. 1942 „S“; Eigenheime Amras: TLA, Neue Heimat Tirol, Teil 2, Bestand: Innsbruck, Box 19–24; Reichspostdirektion: Neue Heimat an Baupolizei, 25.8.1941. StAI, Akten MA VI Bau 1941, Abschn. 25, Akt 3384; Gauselbstverwaltung: TLA, Neue Heimat Tirol, Teil 2, Bestand: Innsbruck, Box 14, Mp. Bauvorhaben Gauselbstverwaltung.



Die Inhaber der Baufirmen waren durchwegs Mitglieder der NSDAP, was den Zugang zu öffentlichen Aufträgen sicherte. Einige von ihnen waren schon vor dem Verbot der Partei im Juni 1933 Mitglied gewesen und hielten in der Illegalität zu ihr. Einige standen dem Regime nicht nur nahe, sondern engagierten sich in der Partei, sei es als Zellen- oder Blockleiter, oder einer ihrer Organisationen, wie der Schutzstaffel (SS) oder der Technischen Nothilfe. Baumeister Josef Durnthaler trat schon 1931 der NSDAP und der SS bei,<sup>181</sup> Baumeister Georg Auer war der Partei im Mai 1932 beigetreten, Josef Senn im September 1932. Daneben wollten typische Mitläufer öffentliche Aufträge, wie der Maurermeister Anton Döderer, der im Mai 1938 beitrug, oder Josef Retter jun., der im Juli 1938 folgte.<sup>182</sup>

Besonders hervorzuheben ist Baumeister Gustav Schmid, Mitglied der NSDAP seit 20. April 1933, dafür nach dem „Anschluss“ mit der Erinnerungsmedaille belohnt. Als der Reichsminister für Bewaffnung und Munition im Herbst 1943 zur „Sicherung der wirtschaftlichen Produktion“ den Hauptausschuss Bau einrichtete und auf Gauebene Vertrauensmänner suchte, berief er Baumeister Schmid in diese Position. In dieser war er verantwortlich für „die Lenkung des Bauwollens“, damit für die Zuteilung des immer knapper werdenden Baumaterials. Als Gauvertrauensmann setzte Schmid den bei der Baufirma Gebhart Hinteregger beschäftigten Ing. Karl Kastner<sup>183</sup> als Kreisvertrauensmann für die Stadt Innsbruck ein. Diesem oblag es künftig, Baugenehmigungen zu erteilen, „da der Einsatz der Firmen, der Arbeitskräfte und Baumaschinen, vom Gauvertrauensmann zu lenken ist, um bei den Firmen das Anhäufen von Bauaufträgen zu verhindern, die dann nicht ausgeführt werden können“.<sup>184</sup> Zu der Zeit lag die Kompetenz, Bauten, die mehr als 500 RM kosteten, zu genehmigen, nicht mehr bei der Stadt Innsbruck, sondern beim Gau, konkret beim Gaubeauftragten für die Bauwirtschaft. Schmid möge sich wegen der verlangten Aufstellungen doch an diesen wenden, denn das Stadtbauamt selbst sei nicht mehr imstande, „den ohnehin kaum zu bewältigenden Papierkrieg noch weiter auszudehnen“. Das Amt hoffte nur, „daß es gelingen möge, wenigstens die im Bau befindlichen Wohnungsbauten im nächsten Jahr zu einem erfreulichen Abschluß zu bringen“.<sup>185</sup>

Hervorzuheben ist auch der Betrieb von Gebhart Hinteregger, seit Anfang April 1933 Mitglied der NSDAP in Bregenz, monatelang im Anhaltelager Kaisersteinbruch interniert, illegaler Kreisleiter in Vorarlberg, 1935 ins Deutsche Reich geflüchtet. In München baute er seinen Betrieb wieder auf, kehrte nach dem „Anschluss“ zurück und wurde von der Gauleitung mit Großaufträgen bedacht. Seine Firma errichtete den Landhauserweiterungsbau in

---

<sup>181</sup> Baumeister Durnthaler stellte sein Gewerbe mit 1. Juli 1945 ruhend, nahm es aber am 15.3.1948 wieder auf, ohne das der Behörde zu melden. Das Gewerbeamt vermutete, er habe es unterlassen, „damit die Behörde von der politischen Belastung des Genannten keine unmittelbare Kenntnis erhalten sollte“. Aktenvermerk, 19.7.1948. StAI, Gewerbe Karteikasten: NS-Belastung, Entziehung, Register Belastete Gewerbetreibende Gewerbeberechtigung erloschen.

<sup>182</sup> NS-Registrierungsakten der genannten Personen im StAI.

<sup>183</sup> Kastner trat am 27.4.1933 der NSDAP (Nr. 1.618.087) und der SS bei, von Juli bis Oktober 1934 büßte er sein Engagement im Anhaltelager Wöllersdorf, vom 15.11.1944 bis Kriegsende diente er in der Waffen-SS. Die Alliierten internierten ihn bis 1947 im Lager Glasenbach, anschließend war er beim Kraftwerksbau in Kaprun beschäftigt. Registriert wurde er als belasteter Nationalsozialist, der Bundespräsident begnadigte ihn im Oktober 1953. StAI, NS-Registrierungsakt.

<sup>184</sup> Der Gauvertrauensmann des Sonderausschusses 8 für den Bereich der Rüst.-Insp. XVIII Gau Tirol-Vorarlberg/Gustav Schmid an Oberbürgermeister, 20.11.1943. StAI, Akten MA VI Bau 1943, Abschn. 25, Zl. VI-4404.

<sup>185</sup> Stadtbaudirektor Kininger an Gauvertrauensmann Schmid, 26.11.1943. Ebd.

Innsbruck.<sup>186</sup> Die Stadt Innsbruck und die Neue Heimat beauftragten Hinteregger mit umfangreichen Bauvorhaben.

Die meisten der genannten Firmen arbeiteten nicht nur für die Neue Heimat, sondern zeitgleich auch für die Stadt Innsbruck und die Alpenländische Heimstätte, so dass viele der mit den Bauten verbundenen Probleme und Beschwerden alle Bauherren gleichermaßen trafen. Zu einem Problem für die Bauherren entwickelte sich beispielsweise die übliche Vorgehensweise von Baufirmen, Arbeitskräfte mal bei der einen, mal bei der anderen, in vielen Fällen benachbarten Baustelle einzusetzen. Anfang September 1940 wies der Beauftragte für das Wohn- und Siedlungswesen Tusch erstens darauf hin, dass keine Arbeitskräfte der Sondermaßnahme abgezogen werden durften. Zweitens akzeptierten Baufirmen Aufträge, „nur um einen Auftrag zu besitzen“, aber ohne über die geforderten Arbeitskräfte zu verfügen. Die Bauherren sollten also wöchentlich prüfen, wie viele Arbeiter bei ihren Projekten eingesetzt waren.<sup>187</sup>

Alle Baufirmen beschäftigten Kriegsgefangene und ausländische Zivil- oder Zwangsarbeiter. Ende August 1942 waren insgesamt 2.946 Arbeitskräfte bei der Sondermaßnahme beschäftigt, 557 ausländische Zivilarbeiter und 15 Kriegsgefangene bei den Facharbeitern, 702 Zivilarbeiter, 251 Kriegsgefangene und 196 Strafgefangene<sup>188</sup> bei den Hilfsarbeitern.<sup>189</sup> Knapp 58 % des Personals bei Wohnbauten, sogar 75,5 % bei den Hilfsarbeitern, stammten damit aus dem Ausland und dürften mehrheitlich als Zwangsarbeiter einzustufen sein.

Alle Bauprojekte der Neuen Heimat waren permanent von der Baueinstellung bedroht, sei es, weil sich die Kriterien für die Dringlichkeit veränderten, sei es, weil eine neue Weisung alle bisherigen Planungen aufhob. Im Juli 1943 ordnete Reichsminister Speer an, keinesfalls neue Bauten zu erlauben, und dass ab sofort Arbeitskräfte auch von Wohnhausbauten abgezogen werden durften.<sup>190</sup> Ende August 1943 forderte das Ministerium, alle Bauten, deren Kellerdecke noch nicht gegossen war, einzustellen, und erklärte, dass alle bisher erteilten Kennnummern und Dringlichkeitseinstufungen ungültig waren.<sup>191</sup> Die Gauleitung intervenierte und erreichte in einem ersten Schritt, dass zumindest jene Häuser, die zu 75 % fertig waren, weitergebaut werden durften. Dies genügte der Gauleitung aber nicht, der stellvertretende Gauleiter Herbert Parson argumentierte, weitere 787 Wohnungen seien zu 70 % fertig und könnten bis zum Ende des ersten Quartals 1944 zur Besiedlung freigegeben werden. Es sei „wohl schwer zu verantworten, fast 800 Wohnungen, die zu 2/3 fertig sind, nicht mehr zu Ende zu bauen und damit praktisch dem Verfall preiszugeben“, was sich „ungünstig“ auf die Stimmung auswirkte. Dem Gauleiter liege daran, obwohl die Arbeiten „sowieso mit

---

<sup>186</sup> Christian Mathies/Hildegard Strobl, Vom Gauhaus zum Landhaus. Ein Tiroler NS-Bau und seine Geschichte (Veröffentlichungen des Tiroler Landesarchivs Bd. 23), Innsbruck 2021, 65–68.

<sup>187</sup> Beauftragter des Gauleiters für das Wohn- und Siedlungswesen an Oberbürgermeister, 1.9.1940. StAI, Akten MA VI Bau 1942, Abschn. 1, Mp. Bau Allgemeines Gesetze, Bestimmungen Akt 237 (1932–1942), Zl. VI-221/3413/1940.

<sup>188</sup> Ob mit dem Begriff Strafgefangene wirklich Häftlinge des Innsbrucker Gefängnisses gemeint waren oder solche des AEL, ist unklar. Möglich ist beides, denn sowohl das Gefängnis als auch das AEL „vermieteten“ Häftlinge.

<sup>189</sup> Der Präsident des Landesarbeitsamtes Alpenland Innsbruck an Untergebietsbeauftragten des Gaubeauftragten für die Bauwirtschaft, betr. Arbeitseinsatz Stichtag 1.7.1942. TLA, GB Bau, Sign. 15, Karton 11, Mp. 15-03 Sondermaßnahme Südtirol Schriftwechsel, Zl. 5230.

<sup>190</sup> Der Baubevollmächtigte des Reichsministers Speer im Bezirk der Rüstungsinspektion XVIII an Gaubeauftragten für die Bauwirtschaft, 7.7.1943. Ebd., Mp. 15-02/0 Bauvolumen und Kenn-Nr. Zuteilung 1943 und Kontingente.

<sup>191</sup> Der Beauftragte für den Vierjahresplan/Der Generalbevollmächtigte für die Regelung der Bauwirtschaft an Gaubeauftragten für die Bauwirtschaft, 27.8.1943. Ebd.

einer Art ‚letztem Aufgebot‘‘ erfolgten.<sup>192</sup> Im Feber 1944 drängte das Ministerium wieder darauf, die Wohnbauten einzustellen, was der Gauleiter abermals ablehnte.<sup>193</sup>

Im Oktober 1944, als die meisten Baufirmen nicht mehr bei Wohnbauten, sondern im Luftschutzstollenbau eingesetzt waren, zudem immer wieder Arbeitskräfte zum Katastropheneinsatz in bombenzerstörte Städte des Altreiches geschickt werden mussten, verlangte der Reichsverteidigungskommissar (= Gauleiter) den sofortigen Abzug aller Betriebe des Baunebengewerbes. Die Neue Heimat, für die Tischlermeister Norer gerade Fensterrahmen und Türen fertigte, intervenierte und wies darauf hin, dass fast fertige Wohnungen nicht besiedelt werden könnten, aber vergeblich.<sup>194</sup>

Im Laufe der Jahre 1942, 1943 und 1944 verschlechterten sich die Bedingungen, unter denen Wohnbauten errichtet werden konnten, immer mehr. Das Problem, genug Arbeitskräfte anzuziehen, begleitete die Neue Heimat seit Mitte des Jahres 1941. Es bestehe, liest sich im Geschäftsbericht, vorgelegt im Dezember 1942, weiterhin, „obwohl versucht worden ist, sie insbesondere durch den Einsatz von ausländischen Arbeitern und Kriegsgefangenen zu beseitigen“.<sup>195</sup> 1944 durften nur mehr letzte Arbeiten an einem fast fertigen Bau durchgeführt werden, und das mit reduziertem Personalstand, bestehend aus Arbeitskräften, die aus vielerlei Gründen „ortsgebunden“ waren, also nicht woandershin geschickt werden konnten.

### **4.3 Kriegsgefangene und Zivilarbeiter auf den Baustellen der Neuen Heimat**

Ein permanentes Problem war die Unterbringung von Arbeitskräften, obwohl die meisten Firmen Schlafplätze in den Lagern der Stadt Innsbruck in der Reichenau mieteten. Daneben erstellten Baufirmen aber selbst eigene, zumeist kleine, nahe der aktuellen Baustelle angesiedelte Lager. Die meisten dieser Kleinlager entstanden im Siedlungsgebiet Pradl-Ost, nahe des städtischen Lagers.

Glücklich mit diesen vielen, über das Stadtgebiet verstreuten Lagern waren weder die Landesstelle für Raumordnung noch das Stadtbaamt. Letzteres schlug im August 1942 vor, die Lager im Westen und Osten der Stadt zu konzentrieren, um dem Bau „von vielen kleinen Lagern an allen Ecken und Enden der Stadt ein[en] Riegel“ vorzuschieben. „Das Übel der Barackenstadt für Gefangene wäre darnach im Wesentlichen an 2 Stellen gebunden, die Reichenau im Osten und die Höttingerau im Westen.“<sup>196</sup> Im November 1942 verdeutlichte der Gauleiter selbst, was er von der bisher geübten Praxis hielt. Er werde „eine planlose Verteilung der Kriegsgefangenenlager im Raume von Innsbruck nicht mehr dulden“. Es sei „abwegig“, jedem „Betriebsführer an seiner Betriebsstätte“ ein Gefangenenlager zu erlauben. Gestattet sei ab nun nur mehr, „im Osten der Stadt das Lager beim Sandwirt“ und im Westen das auf der Ulfiswiese zu vergrößern.<sup>197</sup>

---

<sup>192</sup> Stellvertretender Gauleiter Parson an Generalbevollmächtigten für die Regelung der Bauwirtschaft, 29.9.1943. Ebd.

<sup>193</sup> Der Baubevollmächtigte im Bezirk der Rüstungsinspektion XVIII an Gaubeauftragten für Gau Tirol-Vorarlberg, 15.2.1944; Der Gaubeauftragte an den Baubevollmächtigten, 18.2.1944. Ebd., Mp. 15-04.

<sup>194</sup> Neue Heimat an Gauleiter Hofer, 12.10.1944. TLA, GB Bau, Sign. 10, Karton 2, Mp. 10-06 Arbeitseinsatz Schriftwechsel.

<sup>195</sup> Neue Heimat, Geschäftsbericht 1942, Dezember 1942. TLA, Neue Heimat Tirol, Teil 1, Bestand: Gründung und Anfänge, Box 7.

<sup>196</sup> Stadtbaamt an Planungsbehörde, 6.8.1942. StAI, Akten MA VI Bau 1942, Abschn. 25, Akt 809, Zl. VI-1536/3355/1942.

<sup>197</sup> Planungsbehörde/Gauleiter Hofer an Reichspostdirektion, 9.11.1942. Ebd., Zl. VI-1536/4536/1942.

Parallel zu den Planungen des Stadtbauamtes für ihr Lager in der Reichenau, bemühten sich Baufirmen um die Genehmigung, eigene Baracken aufstellen zu dürfen, was vor Fertigstellung der städtischen Lager unabdingbar war, um Arbeitskräfte zugewiesen zu erhalten. Noch bevor das städtische Lager in Betrieb war, langte schon Ende November 1940 ein erster Mietwunsch ein. Die Würzburger Baufirma Anton Strauß wollte ihre bald eintreffenden 35 Kriegsgefangenen im städtischen Arbeitslager unterbringen und verpflegen lassen, weil die Militärbehörde den ursprünglich vorgesehenen Lagerplatz im Garten des Gasthauses Lodronischer Hof (Pradl) als „unzureichend“ eingestuft hatte.<sup>198</sup> Die meisten Firmenlager waren nur provisorisch und bis Bauende angelegt und entsprachen nicht den strengen Vorgaben, die das NS-Regime für Bauwohnlager vorsah. Vor der Überstellung Kriegsgefangener aus einem Stalag prüfte jedenfalls das Arbeitsamt, ob Unterbringung und Bewachung gewährleistet war. Im Laufe des Sommers 1940 trafen erste Transporte Gefangener für Innsbrucker Baufirmen ein: Am 30. August 1940 erhielt Stipppler & Co 60 Kriegsgefangene, am 3. September das Bauunternehmen Liebergesell 80, am 29. September und Mitte November der Betrieb von Josef Retter je 50, Mitte Oktober Georg Auer 30.<sup>199</sup>

Ab dem Sommer 1940 entstanden im Siedlungsgebiet Pradl-Ost und Wilten-West Firmenlager. In Pradl-Ost Baracken aufstellen ließen elf Baufirmen, die für die Neue Heimat arbeiteten, die Hausbau AG, Gebhart Hinteregger, Anton Strauß, Liebergesell, Alois Fellner, Peter Fluckinger, Anton Fritz, Alois Wörle, die Arge Pilz/Jartschitsch, Georg Auer und Stipppler & Co. Auf der Ulfiswiese in Hötting entstand neben dem städtischen das zweite große Kriegsgefangenenlager der Bauwirtschaft in Innsbruck, und zwar als Firmenlager von Josef Retter jun., der es nach dem Krieg vermochte, sich als Verfolgter des NS-Regimes darzustellen.<sup>200</sup> Sein Lager ausbauen ließ er „Kgf. in deren Freizeit“.<sup>201</sup> Es war durchaus üblich, dass Betriebe „ihre“ Kriegsgefangenen nach der regulären Arbeitszeit für weitere Aufgaben „verwendeten“, was dann unter „Freizeitarbeit“ fiel.

Das NS-Regime hatte penible Vorschriften darüber erlassen, wie Barackenlager zu gestalten waren, allerdings stammten sie aus der Zeit vor Kriegsbeginn und waren auf reichsdeutsches Personal abgestimmt, denen „Volksgemeinschaft“ geboten werden musste.<sup>202</sup> Angesichts von Ressourcen- und Arbeitskräftemangel lockerte das Reichsarbeitsministerium Mitte Juli 1943 die Vorschriften. Einerseits war immer noch genau vorgeschrieben, wie viel Platz pro Arbeitskraft vorzusehen war oder wie Waschräume und Abortanlagen zu gestalten waren. Andererseits wurde die Aufsichtsbehörde (Gewerbeaufsichtsamt) ermächtigt, je nach Gegebenheit die Auflagen zu verschärfen oder im Einvernehmen mit der DAF Erleichterungen zuzulassen, „die nach den Umständen als angemessen erscheinen“.<sup>203</sup> Wie lokale Behörden die schwammig formulierten Vorgaben auslegten, ist mangels Akten unklar, jedoch dürften sie, allein schon aus Kostengründen, Verschlechterungen erlaubt haben.

---

<sup>198</sup> Bauunternehmung Anton Strauß Würzburg an Stadtbauamt, 22.11.1940. StAI, Akten MA VI Bau 1947, Abschn. 25, Akt 308, Fasz. 1 Arbeiterlager Reichenau der Stadt Innsbruck (1940–1942), Umschlag 1940, Zl. VI-4101/4650/1940.

<sup>199</sup> Arbeitsamt Innsbruck an Gesundheitsamt Innsbruck, 15.7.1940, 3.9.1940, 7.9.1940, 16.10.1940, 27.11.1940. StAI, Akten MA VII Sanität 1940, Abschn. 200, Zl. VII-3371/1940, Zl. VII-3670/1940, Zl. VII-3691/1940, Zl. VII-3898/1940, Zl. VII-3371/1940.

<sup>200</sup> StAI, NS-Registrierungsakt.

<sup>201</sup> Baufirma Josef Retter an Stadtbauamt, 20.3.1943. StAI, Akten MA VI Bau 1943, Abschn. 7, Zl. VI-1024/1943.

<sup>202</sup> Gesetz über die Unterkunft bei Bauten, 13.12.1934; Erste Ausführungsverordnung, Jän. 1935; Zweite Ausführungsverordnung zum Gesetz über die Unterkunft bei Bauten, 24.10.1938. RGBI. 1934 I/1234, 1935 I/10, 1938 I/1516.

<sup>203</sup> Verordnung über die lagermäßige Unterbringung von Arbeitskräften während der Dauer des Krieges (Lagerverordnung) vom 14. Juli 1943 (RGBI. 1943 I/388). Diese Verordnung ersetzte alle vorhergehenden.

Manche Lager mussten weichen, wenn ein Bauabschnitt fertig gestellt war. So beispielsweise eine Baracke der Baufirma Anton Strauß, die von der Gumpfstraße, einem Wohnprojekt der Neuen Heimat, an den (heutigen) Langen Weg übersiedelte. Dorthin ließ Strauß auch eine Baracke von der Egerdachstraße (Baulücke IV) verlegen.<sup>204</sup> Die größere Baracke verkaufte die Firma im Juni 1944 an die Stadt Innsbruck, die sie der Baufirma Alois Fellner vermietete.<sup>205</sup> Baracken waren ebenso Mangelware wie alle anderen Baustoffe auch, so dass das Regime erlaubte, Arbeiter in Rohbauten unterzubringen. Im August 1944 genehmigte die Neue Heimat nach Zustimmung des Gauwohnungskommissars, dass Stippler & Co rund 150 Arbeiter in Kellern und zwei Geschossen in Rohbauten des Projektes Sagen I–IV, konkreter in der Beethovenstraße, unterbrachte.<sup>206</sup> Im November 1944 wollte die Neue Heimat Arbeiter im Turnsaal der Höttinger Hauptschule unterbringen, die aber schon mit Arbeitskräften der Baufirma Todeschini belegt war.<sup>207</sup> Die Arge Pilz/Jartschitsch ließ im März 1945 ohne Erlaubnis der Neuen Heimat italienische Arbeiter in den Rohbauten der Eigenheime Amras wohnen.<sup>208</sup>

Eigene Lager kosteten Geld, das die Baufirmen von den Bauherren ersetzt haben wollten. Anfang August 1940 hielt ein Aktenvermerk den Inhalt einer Besprechung zwischen der Neuen Heimat und der Firma Hinteregger fest. Die Firma, beauftragt mit dem Bau von Pradl VI, stelle „zurzeit eine Baracke für 80 Kriegsgefangene auf, ausserdem erhält sie Anfang August d. J. 38 Italiener“. Hinteregger wollte nun weitere Aufträge der Neuen Heimat, „da sie sonst diese zusätzlichen Arbeitskräfte für andere Bauvorhaben einsetzen würde“. Die Strategie der Firma ging auf, denn die Neue Heimat übertrug ihr Pradl X. Wegen der Kosten für die Baracke bezog sich die Gesellschaft auf die Bedingungen, die sie mit der Firma Liebergesell vereinbart hatte:

„Ausserdem war von uns das Risiko für den Einsatz der Kriegsgefangenen übernommen worden. Wir hatten uns bereit erklärt, falls die Leistung der Kriegsgefangenen tatsächlich nur 80 % eines deutschen Arbeiters ausmacht (lt. Richtungssatz), die Firma also durch den Einsatz der Kriegsgefangenen keine Ersparnisse erzielt, die Kosten für die Baracke in Höhe von RM 10.000 zu übernehmen“.

Der Firma Hinteregger gewährte die Neue Heimat im Gegenzug für den neuen Auftrag nicht so umfangreiche Begünstigungen. Sie erhielt pro Nacht und Mann 0,50 RM Übernachtungsgeld refundiert, musste aber die Kosten für die Baracke vollständig übernehmen. Die Neue Heimat könne „also auch bei Minderleistung der Kriegsgefangenen für die Kosten der Baracke nicht herangezogen werden“.<sup>209</sup> Als die Neue Heimat erfuhr, dass sich Hinteregger für Arbeiten bei der Reichsbahndirektion beworben hatte, und vermutete, sie werde „Arbeitskräfte von unseren Baustellen in Pradl fortziehen“, ermahnte sie das Unternehmen. Die Neue

---

<sup>204</sup> Baufirma Anton Strauß an Stadtbauamt, 23./24.6.1942, 17.7.1944. StAI, Akten MA VI Bau 1942, Abschn. 11, Zl. VI-2782; Akten MA VI Bau 1944, Abschn. 11, Akt 1088/1944.

<sup>205</sup> Baufirma Anton Strauß an Stadtbauamt, 12.6.1944; Mietvertrag zwischen Stadt Innsbruck und Baufirma Alois Fellner, 25.1.1945. StAI, Akten MA VI Bau 1944, Abschn. 11, Akt 1088/1944.

<sup>206</sup> Neue Heimat an Stippler & Co, 21.8.1944. TLA, Neue Heimat Tirol, Teil 2, Bestand: Innsbruck, Box 16, Mp. 1942 „S“ Innsbruck-Sagen 150 Mittelwohnungen Allgem. Schriftv.

<sup>207</sup> Stadtmagistrat an Neue Heimat, 9.11.1944. Ebd., Box 36, Mp. In-XII Allgemein.

<sup>208</sup> Neue Heimat an Arge Pilz/Jartschitsch, 26.3.1945. Ebd., Box 24, Mp. Bauvorhaben Innsbruck Eigenheime Allgemeiner Schriftverkehr.

<sup>209</sup> Aktenvermerk, 1.8.1940. Ebd., Box 1, Mp. Innsbruck-Pradl Volkswohnungen 1940 „S“ Allgem. Schriftwechsel.

Heimat verwahrte sich „auf das Entschiedenste dagegen, dass Sie die mühsam zusammengebrachten Arbeitskräfte anderweitig einsetzen“ wolle, und erinnerte an den Zusatzauftrag.<sup>210</sup> Die Neue Heimat schloss vermutlich mit allen beauftragten Baufirmen Vereinbarungen, wer welche Kosten für die Lager zu zahlen hatte, nicht nur für ihre Bauten in Innsbruck, sondern im ganzen Gau.

Im November 1940 schilderte Geschäftsführer Wagner in der Aufsichtsratssitzung, wie die Neue Heimat das Problem einschätzte und welche Lösung sie vorschlug:

„Eine unserer grössten Sorgen der Vergangenheit war die Frage, wer die Kosten für die Aufstellung von Baracken für ortsfremde Arbeiter oder Kriegsgefangene bezahlt. Diese Kosten sind sehr erheblich, man wird sie pro Wohnung bestimmt auf RM 200,- im Durchschnitt annehmen müssen. Es liegt auf der Hand, dass die Unternehmer bestrebt sind, diese Kosten dem Bauträger, wenn nicht direkt, so doch indirekt in irgend einer Form anzulasten. [...] die Kosten für das Aufstellen von Baracken für den Wohnungsbau schlechthin unvertretbar. Es müssen Wege gesucht werden, dass die Bereitstellung und die Errichtung von Baracken für Wohnungszwecke zentral vielleicht von der Gauselbstverwaltung nicht nur für Zwecke des Wohnungsbaues übernommen wird, so dass der Wohnungsbauträger nur die Lasten der Unterhaltung während der Bauzeit hat.“<sup>211</sup>

Wie sich die Lebensbedingungen in den Lagern gestalteten, hing nicht nur von der Arbeitszeit und der Unterkunft, sondern auch von der Verpflegung ab. Für italienische Arbeitskräfte standen bei den Baustellen der Neuen Heimat in Pradl Baracken der Firmen Hinteregger, Stippler, Liebergesell und der Arge Pilz/Jartschitsch. Die Münchner Baufirma E. Liebergesell betrieb neben einer Unterkunftsbaracke eine Kantine in der verlängerten Gumpstraße, ebenso wie die Firma Gebhard Hinteregger. Beim Baugelände an der Amthorstraße gaben die Firmen Anton Strauß, Erich Müller und die Arge Pilz/Schmid/Jartschitsch Verpflegung an ihre Arbeitskräfte aus, in der Kärntnerstraße die Firma Seraphin Pümpel aus Hall.<sup>212</sup>

Im November 1940 beschwerte sich das italienische Konsulat über Missstände bei den Baustellen der Neuen Heimat in Pradl, weil die mangelhafte Unterkunft zu Krankheiten führe, die Verpflegung „unzweckmässig“ sei und die „Widerstandskraft der Arbeiter“ beeinträchtige. Kranke italienische Arbeiter wollten nun die Erlaubnis, in die Heimat fahren zu dürfen. Dies berge, so die Ortskrankenkasse, die Gefahr, dass sie nicht zurückkehrten, weshalb das Gesundheitsamt ihre Lebensverhältnisse prüfen und gegebenenfalls verbessern möge.<sup>213</sup> Das städtische Gesundheitsamt bewertete die Anlage als nicht so ungünstig wie geschildert. Die Außenwände der Baracke bestünden aus zwei Brettverschalungen mit einer dazwischen liegenden Pappeschicht, Doppelfenster gebe es keine. Es gelte zu bedenken, „ob bei stärkerer Winterkälte, zumal für Leute südländischer Herkunft, hinreichender Kälteschutz gesichert sei“. Allerdings stünden in allen Schlafräumen Öfen mit genügend Heizmaterial. Alle Betten seien mit Strohsäcken belegt, diese mit Leintüchern überzogen, zwei Woldecken, „in besonderen Fällen“ eine dritte pro Arbeiter seien vorhanden.

---

<sup>210</sup> Neue Heimat an Gebhart Hinteregger, 8.8.1940. Ebd.

<sup>211</sup> Bericht über die augenblickliche Lage der Gesellschaft, 6.11.1940. TLA, Neue Heimat Tirol, Teil 1, Bestand. Gründung und Anfänge, Mp. 3a AR 2.10.1940.

<sup>212</sup> Erhebungsbericht, 4.12.1940. StAI, Akten MA I Gewerbe 1942, G.-A. 1-5, Umschlag Wirtsgewerbe E. Liebergesell Zl. 4799/1942.

<sup>213</sup> Leiter der Allg. Ortskrankenkasse für Tirol an Gesundheitsamt, 28.11.1940. StAI, Akten MA VII Sanität 1940, Abschn. 200, Zl. VII-4447/1940.

„Der Kubikinhalte der Räume, pro Person berechnet, ist zwar nicht überall gleich, dürfte aber höchstens bei Ausnutzung aller Plätze unter das Mindestmaß von 10 m<sup>3</sup> absinken. Eigene Putzfrauen sorgen täglich für die notwendige Reinigung. Waschgelegenheit ist zwar überall vorhanden, an mehreren Stellen auch ein besonderer Waschklo, meistens muß jedoch das Wasser in Schüsseln von außerhalb befindlichen Leitungen in ziemlich unbequemer Weise herbeigeführt werden. Für die Kleiderablage ist leider auch sehr schlecht gesorgt, Haken und Nägel müssen Schränke ersetzen. Gute und geheizte Speiseräume sind überall vorhanden, die zugehörigen, aber getrennten Küchen sind sauber und gut eingerichtet. Die Kost ist reichlich und eingenommene Kostproben überzeugten von guter und schmackhafter Zubereitung. Es wird den allgemeinen Wünschen und besonderen Geschmacksrichtungen auch nach Möglichkeit Rechnung getragen.“

Einige Probleme schob das Gesundheitsamt den Arbeitern selbst zu, etwa der „allzu defekte[n] mangelhafte[n] Kleidung“. Zurückzuführen sei das aber nicht auf zu geringe Löhne, sondern auf die „eigene Nachlässigkeit und Sorglosigkeit“. Hygienische Mängel, wie die „geradezu ekelhaften und unmöglichen Verhältnisse auf den Aborten“, könnten den Arbeitgebern jedenfalls nicht angelastet werden. Diese seien mit der Arbeitsleistung der Italiener durchwegs zufrieden, aber „gäbe es einige wenige sehr unangenehme ‚Meckerer‘, die den Mangel guten Willens nicht selten durch Vorschützen gesundheitlicher Unzulänglichkeit zu bemängeln suchen“.<sup>214</sup>

Ein Jahr darauf, Ende Oktober 1941, bat die Ortskrankenkasse wiederum, die Verhältnisse auf den Baustellen in Pradl-Amras zu kontrollieren, weil die Zahl der Krankmeldungen außerordentlich gestiegen war. Das Gesundheitsamt möge doch dafür sorgen, „dass die Unterkunftsbaracken den Aufenthalt der italienischen Arbeiter ohne Gesundheitsgefährdung ermöglichen“.<sup>215</sup> Das Amt kontrollierte die Firmen Wörle, Scharrer, Hinteregger, Strauß, Jartschitsch und Stippler. Einzig die Verpflegung habe sich merklich verschlechtert, meldete der Amtsarzt im November 1941:

„Einige Küchen wurden sogar gänzlich aufgelassen (Jartschitsch), weil eine Zufriedenstellung der italienischen Arbeiter unter den gegenwärtigen Verhältnissen nicht mehr zu erreichen war. Ferner läßt die Bettwäsche vielfach zu wünschen übrig, an mehreren Stellen war solche überhaupt nicht mehr vorhanden. Es soll das mit Beschaffungsschwierigkeiten zusammenhängen. Sehr viel wurde von den Arbeitern über Kälte geklagt; es fehlt aber nirgends an Beheizungsmöglichkeit. Da aber im allgemeinen nur Weichholzabfälle zur Verfügung stehen, so müssen die Öfen sehr fleißig und bei größerer Kälte auch in der Nacht mehrmals bedient und nachgefüllt werden. Dem scheint man aber aus Bequemlichkeit nicht hinreichend Rechnung zu tragen.“

Dem hiesigen Klima versuchten sich italienische Arbeiter zu entziehen, indem sie einen Unfall oder Krankheit vorschützten. Außerdem, schloss der Amtsarzt sein Schreiben, würden

„in Innsbruck nicht selten ungeeignete, arbeitsunwillige und aus dem Altreich wegen Bombengefahr zurückfliehende Italiener vor dem Brenner zurückgehalten und neuerdings zur Arbeit überwiesen. Danach scheinen also in Wirklichkeit weniger sanitäre Mißstände

---

<sup>214</sup> Gesundheitsamt an Ortskrankenkasse, 12.12.1940. Ebd.

<sup>215</sup> Leiter der Allg. Ortskrankenkasse für Tirol an Gesundheitsamt, 30.10.1941. StAI, Akten MA VII Sanität 1941, Abschn. 200, Zl. 2812/1941.

in Verpflegung und Unterkunft, sondern andere nicht zu beseitigende Schwierigkeiten im Spiele zu sein.“<sup>216</sup>

Die Verpflegung war und blieb ein Problem, und das nicht nur wegen der speziellen Wünsche ausländischer Arbeitskräfte, wie das städtische Gesundheitsamt vermutete, um jede Verantwortung abzuschieben, sondern weil sie sich, je länger der Krieg dauerte, immer mehr verschlechterte. Stippler & Co ließen ihre Arbeitskräfte des Bauprojektes Saggen I–IV beispielsweise im Gasthof „Zum Schlachthaus“ verpflegen, einer in unmittelbarer Nachbarschaft zur Baustelle gelegenen ursprünglichen Arbeiterkantine des städtischen Schlachthofes. Ende Mai 1944 ortete die Schutzpolizei krasse sanitäre Missstände in diesem Gasthof, in dem Stippler rund 50 Arbeiter aus der Sowjetunion, Frankreich und Italien verpflegen ließ. Die Polizei stellte fest, dass

„[d]ie Küche der Fa. Stippler von tausenden Russenkäfern [Kakerlaken] in allen Schränken belagert ist, die sich massenweise über die darin verwahrten Lebensmittel stürzen. Die Tiere sind sogar im Kühlschrank zu hunderten vorhanden. Ferner an den Wänden und auch vorwiegend in der Nähe des Herdes, wo sie entweder über das bereitgestellte und zu verabreichende Gericht kriechen, oder unweigerlich in einen Kochtopf fallen und mitgekocht werden.“

In völlig verschmutzten Kellerräumen lagerte Gemüse, Sauerkraut und faulende Kartoffeln, umgeben von Ratten, Mäusen und anderem Ungeziefer. In der Küche befand sich ein Hühnerstall, was zur Ungezieferplage beitrug. Die Klosettanlagen befanden sich in „einem unbeschreiblichen Zustand“.

„Die Arbeiter haben schon wiederholt die vollen Eßtöpfe in den Boden gehauen oder den Inhalt in die Abortanlage geleert. Der Grund hierfür mag wohl vornehmlich in der Vernachlässigung der Küchenführung (Speisezubereitung) und in den unfreiwilligen ‚Fleischzutaten‘ zu suchen sein. Die Reinlichkeit in der Speisezubereitung läßt zu wünschen übrig. Das Fleisch wird beispielsweise ungereinigt gebraten oder verkocht und steht offen – wie auch andere Lebensmittel, 100ten von diesen ekelregenden Tieren zur Verfügung, ehe es verarbeitet und von den Arbeitern verzehrt wird.“

Die Schutzpolizei verlangte sofortige Maßnahmen, weil die Unzufriedenheit der Arbeiter „in propagandistischer Hinsicht wie Öl ins Feuer im Auslande wirken kann“. Anfang Juli 1944 vernahm die Polizei den Lagerführer der Firma Stippler, der angab, aus Mangel an Desinfektionsmitteln seien die „Russenkäfer“ in zweitägiger Arbeit mit einer Lötlampe getötet worden.<sup>217</sup>

Das NS-Regime befürchtete, mit den ausländischen Arbeitskräften kämen Seuchen ins Reich, weshalb es in regelmäßigen Abständen verlangte, sie zu untersuchen und die Lager zu besichtigen. Im Dezember 1941 befahl die Landessanitätsdirektion, alle in Lagern lebenden ausländischen Arbeitskräfte einer Röntgenuntersuchung zu unterziehen, um Tuberkulosekranke aufzuspüren. Zu der Zeit unterhielten 14 Baufirmen, von denen zehn für die Neue Heimat arbeiteten, Lager in Innsbruck. Zusammen beschäftigten sie 40 Reichsdeutsche, 492

---

<sup>216</sup> Gesundheitsamt an Allg. Ortskrankenkasse, 6.11.1941. Ebd.

<sup>217</sup> Kommando der Schutzpolizei, Bericht, 24.5.1944; Schutzpolizei, Vernehmung Lagerführer Georg Steger, 5.7.1944. StAI, Akten MA I Gewerbe 1948, G.-A. 1-5, Sammelakt 5453. Ich danke Martin Kriechbaum für diese Quelle.



Italiener und 236 Kriegsgefangene. Nur drei Firmen setzten zu der Zeit Kriegsgefangene ein, und zwar Stippler & Co (26 französische), Liebergesell (52, französische, 6 belgische) und Retter (65 französische, 40 serbischer, 47 belgische).<sup>218</sup>

Die Lagerbesichtigungen dienten dazu, sanitäre Missstände aufzudecken und potentiell krankmachende Lebensbedingungen aufzudecken, aber nicht aus humanitären Beweggründen, sondern um das wertvolle Gut Arbeitskraft zu bewahren. Im Sommer 1942 prüfte das Innsbrucker Gesundheitsamt die Verhältnisse in den Innsbrucker Lagern, elf Unternehmen setzten ausländische Arbeitskräfte ein, die für die Neue Heimat bauten, außerdem lebten im städtischen Lager Reichenau eine nicht genannte Zahl von Arbeitskräften einzelner Baufirmen und des Baunebengewerbes (Tab. 4).<sup>219</sup> Die Firma Anton Strauß ließ ab dem Juni 1942 italienische Arbeitskräfte auch im Lager Reichenau unterbringen.<sup>220</sup>

**Tabelle 4: Arbeitslager der Bauwirtschaft in Innsbruck, Sommer 1942**

Firma	Lageradresse	Kapazität	belegt	Status	Herkunft
Fellner Alois	Langer Weg	32	32	Kgf.	Frankreich
		83	42	ZA	Italien
Fluckinger Peter	Egerdachstr.	15	14	ZA	Italien
Fritz Anton	Egger-Lienzstr. 132	42	22	ZA	Italien
	Reichenau	38	36	ZA	Italien
Gebhard Hinteregger	Beethovenstraße	20	19	ZA	Italien
Arge Pilz/Jartschitsch	Mösslgasse	62	47	ZA	Italien
E. Liebergesell	Gumpstraße	42	41	Kgf.	Frankreich
		26	23	ZA	Italien
Retter Josef	Ulfiswiese	38	18	ZA	Italien
		178	171	Kgf.	*
Schmid Gustav	Fischerg. 39	8	7	ZA	Italien
Stippler & Co	Mitterweg 4	48	32	Kgf.	Frankreich
	Gumpstraße	48	20	ZA	Italien
Strauß Anton	Amthorstraße	68	66	ZA	Italien
Wörle Alois	Roseggerstraße	28	24	ZA	Italien
Stadtbauamt Innsbruck	Reichenau	216	128	ZA	**
		324	291	Kgf.	***
		1.316	1.033		

Anm.: Kgf. = Kriegsgefangene, ZA = Zivilarbeiter. Nicht alle in den städtischen Lager untergebrachte Arbeitskräfte waren in der Bauwirtschaft eingesetzt. \* = Frankreich, Belgien, Serbien; \*\* = 82 Italien, 10 Ukraine, 7 Bulgarien, 1 Dänemark, 16 Slowakei, 6 Protektorat, 4 Frankreich, 2 Kroatien; \*\*\* = 267 Frankreich, 24 Serbien.

Quelle: Besichtigungs-Protokolle, o. D. (Sommer 1942). StAI, Sammelakt 291.

<sup>218</sup> Hans Czermak an alle Landräte und Oberbürgermeister Innsbruck, 3.12.1941, beiliegend Liste der Lager im Kreis. StAI, Akten MA VII Sanität 1941, Abschn. 200, Akt 3249/1941, Zl. IIIa-K-VIII/2-2.

<sup>219</sup> Leider fehlen die Besichtigungsprotokolle 1, 2 und 30.

<sup>220</sup> Stadtbauamt an Fa. Anton Strauß, 29.5.1942. StAI, Akten MA VI Bau 1947, Abschn. 25, Akt 308, Fasz. 1 Arbeiterlager Reichenau der Stadt Innsbruck (1940–1942), Umschlag 1942, Zl. VI-238/2433/1942.

Die Protokolle liefern Informationen über die Anlage der Lager und die sanitären Verhältnisse. In Summe zeigen sie, wie weit die Firmen- vom Ideal der Bauwohnlager entfernt waren und unter welchen Verhältnissen die Arbeitskräfte, die Wohnprojekte der Neuen Heimat bauten, leben mussten.

**Tabelle 5: Verhältnisse in den Lagern der Bauwirtschaft in Innsbruck, Sommer 1942**

Firma	Beschreibung
Fellner Alois	Langer Weg – 32 Betten – 32 frz. Kg. Schlafraum: 9 mal 14 m, 16 Stockbetten, „keine Bezüge, schlechte Strohfüllung, Unsauberkeit und Unordnung“ Küche: „in Ausländerbaracke nebenan“ Waschgelegenheit: Waschschüsseln, Wasserpumpe Beleuchtung: Petroleum Aborte: Latrinen Anm.: keine strikte Trennung zu Ausländerlager; dürftig, unordentlich, unsauber
	Langer Weg – 83 Betten – 52 Italiener Schlafräume: 7 Räume 7 mal 8 m, durchschnittlich je 10 Stockbetten, 2 Decken, im Winter 3–4, keine Bezüge, schlechte Strohfüllung, schmutzig Tagraum: nein, essen in Schlafsälen, dort Tische und Bänke Küche: ja, unordentlich, unsauber Waschgelegenheit: Waschraum mit Pumpe, Waschschüsseln Beleuchtung: Petroleum Aborte: Latrinen Anm.: viele Mängel, „allzu leichte provisorische Bauart (Holzverschalung, inwendig Pappendeckel)“; „Überall Mangel an Ordnung und Sauberkeit. Fast alles sehr dürftig!“
Fluckinger Peter	Egerdachstr. – 15 Betten – 14 Italiener Schlafräume: 3, einer 8 mal 4 m mit 3 Stockbetten u. 2 Betten, Strohfüllung ziemlich mangelhaft; ein Raum mit 3 Betten; ein Raum 3,5 mal 4 m mit 2 Stockbetten Küche: nein, Gasthausverköstigung Waschgelegenheit: überdachter Trog m. 1 Zapfstelle, Waschschüsseln Beleuchtung: „leidlich, überall 1 Birne“ Aborte: Latrine Anm.: „Kleines, in jeder Beziehung dürftig eingerichtetes Lager. Teilkorrekturen kaum denkbar u. möglich! Im Winter kaum in Betrieb!“
Fritz Anton	Egger-Lienz-Straße 132 – 42 Betten – 22 Italiener Schlafräume: 2, je 15 mal 3 m, je 10 Stockbetten, zwei Decken, Leintücher, bezogene Kopfkissen, monatl. Wäschewechsel, Strohfüllung schlecht Tagraum: 8 mal 3 m, 5 Tische m. Bänken, nicht heizbar Küche: ja Waschgelegenheit: eigener Raum, moderne Waschbecken, fließendes Wasser Beleuchtung: in allen Räumen 2 Birnen

	<p>Aborte: Pissoir u. 2 Klosetts Anm.: keine groben Mängel</p>
	<p>Reichenau – 38 Betten – 36 Italiener Schlafräume: 2, je 14 mal 4 m, 9 und 10 Stockbetten, 2 Decken, „leidlich sauber“ Tagraum: 4 mal 5 m, 1 Fenster, ziemlich dunkel, 2 Tische m. Bänken, unsauber Küche: 4 mal 5 m Waschgelegenheit: Wasserleitung an Baustelle Beleuchtung: „kümmerliche Petroleumbeleuchtung“ Aborte: Latrinen der benachbarten Baustelle Anm.: zerlegbares „primitives“ Lager, Mängel: Wasserversorgung, „primitive“ Beleuchtung, „umständliche Abortregelung“</p>
G. Hinteregger	<p>Beethovenstr. – 20 Betten – 19 Italiener Schlafraum: 7 mal 7 m, 9 Stockbetten, 1 einfaches Bett, 3 Decken, Leintücher, Kopfkissen bezogen, frische Strohfüllung Tagraum: 7 mal 9 m, 5 lange Tische mit Bänken Küche: 9 mal 5 m Waschgelegenheit: Waschschüssel, 1 Zapfstelle im Freien Beleuchtung: 1 Birne pro Raum Aborte: überdachte Latrine Anm.: „Das Lager hat manche Vorzüge, aber keine gröberen Mißstände“</p>
Pilz/Jartschitsch	<p>Mösslg. – 62 Betten – 47 Italiener Schlafräume: 3, 16 mal 4 m (10 Stockbetten), 14 mal 4 m (11 Stockbetten), 10 mal 6 m (10 Stockbetten), keine Bezüge Tagraum: nein, essen in Schlafräumen Küche: nein, in Schlafräumen Herde, Selbstversorgung: Volksküche, Gasthaus Waschgelegenheit: Raum m. 8 Zapfstellen Beleuchtung: jeder Raum 2 Birnen Aborte: überdachte Latrine Anm.: „Lager nicht gerade mustergültig, aber ohne grobe Mißstände“, „in auffälliger Weise Hungerbeschwerden“</p>
Liebergesell	<p>Gumpstr. – 42 Betten – 41 französische Kgf. Schlafräume: 2, je 8 mal 7 mal 3 m, Strohsäcke schlechte Füllung, keine Bezüge Tagraum: 10 mal 8 mal 3 m, 10 Tische m. Bänken Küche: gemeinsam m. italienischem Lager, 7 mal 7 m Waschgelegenheit: 7 Zapfstellen, kleiner Ofen f. Heißwasser Beleuchtung: 1 Birne pro Raum Aborte: 5 Kleidung: „1 Anzug, 2 Hemden, 2 Unterhosen, Fußlappen statt Socken, Wäsche leidlich, Kleidung teilweise recht mangelhaft“ Anm.: Bettbezüge anschaffen</p>
	<p>Gumpstr. – 26 Betten – 23 Italiener Schlafräume: 2, 7 mal 10 mal 3 m, 5 mal 6 m, je 13 Stockbetten Tagraum: 12 mal 8 m, 10 Tische u. Bänke</p>

	<p>Küche: gemeinsam m. Kgf.-Lager  Waschgelegenheit: eigener Raum m. 4 Zapfstellen, Warmwasser aus Küche  Beleuchtung: 1 Birne pro Raum  Aborte: „verschalte Latrine (schauderhaft beschmutzt!)“  Anm.: Bettbezüge anschaffen</p>
Retter Josef	<p>Ulfiswiese – 38 Betten – 18 Italiener  Schlafräume: 2, 10 u. 9 Stockbetten, jeder 4 Decken, Kopfkissen sauber bezogen, Strohfüllung gut  Tagraum: geräumig, Tische, Bänke, Ofen, sauber  Küche: „Verpflegung aus benachbarter Küche für Kriegsgefangene“  Waschgelegenheit: Mitbenutzung Waschraum im Kgf.-Lager  Beleuchtung: 1 Birne pro Raum  Aborte: 4</p>
	<p>Ulfiswiese – 178 Betten – 171 Kgf. aus Frankreich, Belgien, Serbien  Schlafräume: 9, je 10 Stockbetten, 2–3 Decken pro Mann, „sehr verschiedener Güte“, Bezüge fehlen, pro Raum „2 lange Tische mit Bänken“  Tagraum: nein  Küche: 6 große Kessel, „Sauberkeit leidlich!“  Waschgelegenheit: „Großer Raum mit überreichlichen Zapfstellen und emaillierten Schalen. Auffallend gute Einrichtung!“  Beleuchtung: 1 Birne pro Raum  Aborte: 4, 1 Pissoir, „Abflußrohr zugefroren, daher Stauung“  Krankenstube: 3 Einzelbetten, 1 Stockbett  Kleidung: „Schuhe völlig abgenützt – Kleidung teilweise auch sehr mangelhaft. Jeder hat 1 Anzug, 2 Hemden, 2 Unterhosen, 1 Paar Lederschuhe – 1 Paar Holzschuhe.“  Anm.: „Kleider- und Schuhersatz notwendig. Bettbezüge?“</p>
Schmid Gustav	<p>Fischerg. 39 – 8 Betten – 7 Italiener  Schlafraum: 4,5 mal 3,5 m, 3 Decken, Bettbezüge, Leintücher, monatlicher Wechsel, frische Strohfüllung  Tagraum: „Schmutziger, völlig ungeordneter Vorraum dient diesem Zwecke, hat Tisch und zwei Bänke. Gleichzeitig als Küche benützt (Herd vorhanden).“  Waschgelegenheit: Waschschüssel  Beleuchtung: 1 Birne pro Raum  Aborte: überdachte, verschalte Latrine  Anm.: „Sehr notdürftiges Behelfslager in engem Hofraum! Dasselbst auch Latrinen (Vorsicht in den Sommermonaten!“</p>
Stippler & Co	<p>Mitterweg 4 – 48 Betten – 32 französische Kgf.  Schlafräume: 2, 15 mal 5 m (20 Stockbetten), 5 mal 3 m (4 Stockbetten)  Tagraum: 11 mal 5 m, 8 Tische u. Bänke  Küche: kleine Notküche, „Hauptversorgung durch Küche in Pradl“  Waschgelegenheit: Raum 3 mal 5 m, 5 Zapfstellen, Kessel f. Heißwasser  Beleuchtung: „fast überall mehrere Birnen“  Aborte: überdacht  Kleidung: „schlecht, zerrissene Schuhe, Wäsche leidlich“</p>

	<p>Anm.: „Gut gebautes und eingerichtetes Lager ohne gröbere Mängel“</p> <p>Gumpstr. – 48 Betten – 20 Italiener          Schlafräume: 2, 15 mal 7 m, 14 u. 10 Stockbetten, 2–3 Decken, keine Bezüge, frische Strohfüllung          Tagraum: 15 mal 7 m, 10 Tische u. Bänke          Küche: 5 mal 5 m          Waschgelegenheit: „Sehr mangelhaft. An der Wasserleitung im freien Hofraum, nur eine Zapfstelle“          Beleuchtung: ausreichend          Aborte: 3 transportable Klosetts in „Bretterschalung“          Anm.: „Mangelhafte Waschgelegenheit, im übrigen aber keinerlei gröbere Mißstände“</p>
Strauß Anton	<p>Amthorstr. – 68 Betten – 66 Italiener          Schlafräume: 2, 8 mal 12 m (26 Stockbetten), 8 mal 6 m (8 Stockbetten)          Tagraum: 2, 2 mal 4 m u. 8 mal 6 m, Tische u. Bänke          Küche: 4 mal 8 m          Waschgelegenheit: Waschraum m. Kessel f. Heißwasser, 2 Zapfstellen          Beleuchtung: in Schlafräumen 4, sonst 1 Birne          Aborte: Pissoir, Latrinen          Anm.: „Das große Lager hat mehrere den Durchschnitt übertreffende Vorzüge, nur kleinere, nicht sehr ins Auge fallende Mängel“</p>
Wörle Alois	<p>Roseggerstr. – 28 Betten – 24 Italiener          Schlafräume: 7 mal 12 m, 28 „einfache“ Betten, „gute Strohfüllung, 2–3 Decken“, saubere Bezüge, monatlicher Wäschewechsel          Tagraum: 7 mal 5 m, 2 lange Tische u. Bänke          Küche: 5 mal 4 m          Waschgelegenheit: Raum m. 4 Zapfstellen, Warmwasser aus Küche          Beleuchtung: reichlich          Aborte: Pissoir, 2 WC, „auffallende Reinlichkeit!“          Anm.: befriedigender Zustand</p>
Stadtbauamt Innsbruck	<p>Reichenau – 216 – 128 (82 Italien, 10 Ukraine, 7 Bulgarien, 1 Dänemark, 16 Slowakei, 6 Protektorat, 4 Frankreich, 2 Kroatien)          Schlafräume: 12 mit je 18 Betten, 2 Decken, gute Bezüge          Tagraum: nein          Küche: provisorisch, „speisen auswärts“          Waschgelegenheit: großer Waschraum, ca. 60 Waschschüsseln, Pumpe          Beleuchtung: „recht günstig“          Aborte: Latrine u. 6 Aborte, „leidlich sauber“          Krankenstube: 10 Betten          Kleidung: „sehr schlecht u. abgenutzt“</p> <p>Reichenau – 324 Betten – 291 Kriegsgefangene (267 Frankreich, 24 Serbien)          Schlafräume: 18 (je 9 x 7 m), je 9 Stockbetten, 2 Decken, saubere Bezüge          Tagraum: mit 15 langen Tischen u. Bänken          Küche: nein, Versorgung durch Arbeiterküche Innrain          Waschgelegenheit: Waschraum m. 160 Zapfstellen, 20 Brausen          Beleuchtung: „vollkommen ausreichend“</p>

	Aborte: 12 Krankenstube: 10 Betten Kleidung: 1 Anzug, 2 Hemden, 2 Unterhosen, 2 Paar Socken, 1 Paar Holzpantoffel, 1 Paar Lederschuhe
--	---

Quelle: Besichtigungs-Protokolle, o. D. (Sommer 1942). StAI, Sammelakt 291.

Neben den Lagern der Baufirmen brachten Betriebe des Baunebengewerbes Arbeitskräfte entweder im städtischen Lager oder in einer eigenen Baracke unter. So unterhielt etwa die Dachpappenfabrik Dörr an der Hallerstraße ein eigenes kleines Kriegsgefangenenlager mit zehn Gefangenen; oder der Tischlereibetrieb Oskar Spechtenhauser eine Baracke an der Völserstraße mit zwölf Schlafstellen.<sup>221</sup>

Die Besichtigungsprotokolle verraten, wie die Lebensbedingungen in den Lagern waren, unter welch unhygienischen Verhältnissen die meisten wohl litten. Wenig bis keine Informationen gibt es darüber, wie sich der Arbeitsalltag gestaltete, wer sich bei Arbeitsunfällen verletzte, wer erkrankte, wer versuchte, sich dem unerträglichen Leben durch Flucht zu entziehen oder wen eine Firma ins AEL der Gestapo einliefern ließ.<sup>222</sup> Nach Kriegsende bemühten sich zuerst die US-, dann die französische Militärregierung darum, Kriegsverbrechen aufzudecken, wozu auch die Misshandlung oder Ermordung ausländischer Arbeitskräfte zählte. Viele der Baumeister versuchten, Persilscheine einzuholen, die ihnen die gerechte Behandlung ihrer Arbeiter attestierten, aber ihr Wahrheitsgehalt war, da die meisten Gefangenen und Zivilarbeiter schon im Sommer 1945 nach Hause zurückgekehrt waren, nicht mehr zu überprüfen.

Zwei Baufirmen gerieten wegen Misshandlungen in den Fokus der französischen Militärregierung, und zwar Stippler & Co und die Firmeninhaber Johann und Michael Stippler, und Josef Retter jun. Die Stipplers standen wegen der Misshandlung und allgemein schlechten Behandlung Gefangener im Juni 1947 vor dem französischen Militärgericht. Die Anklage warf ihnen vor, ausländische Arbeitskräfte, darunter AEL-Häftlinge wiederholt misshandelt und schwer verletzt zu haben. Während ausländische Zivilarbeiter und Kriegsgefangene im Siedlungsbau eingesetzt waren, „mieteten“ die Stipplers Häftlinge für den Bau eines Kartoffellagerkellers in der Höttingerau im Jahr 1943. Am ersten Prozesstag, dem 6. Juni 1947, sagte Michael Stippler aus, seine Firma habe anfangs 60 Kriegsgefangene eingesetzt, ab 1942 zuerst 150 Arbeitskräfte mit unterschiedlichem Status, dann 200 bis zu 300, zum kleinen Teil Reichsdeutsche, die meisten aus Italien, der Sowjetunion, Polen, Jugoslawien und Häftlinge aus dem AEL. Eingesetzt habe er sie vor allem für Siedlungsbauten der Neuen Heimat, von 43 bis hin zu 65 Wochenstunden. Johann Stippler gab zu, einen ukrainischen Zwangsarbeiter so geohrfeigt und mit Füßen getreten zu haben, dass er mit der Ambulanz in die Klinik hatte gebracht werden müssen. Ein anderes Mal habe er, der sich selbst als cholerisch bezeichnete, einem Arbeiter nach dessen Misshandlung aber eine Zigarette gegeben. Ein Zeuge beschuldigte Johann Stippler, er habe, nachdem er einen französischen Arbeiter geschlagen hatte, gesagt: „Diese Leute oder diese Schweine kosten uns einen

<sup>221</sup> Dachpappen-, Teerprodukten- und Asphalt-Fabrik Dörr an Stadtbauamt, 30.5.1942. StAI, Akten MA VI Bau 1942, Abschn. 7, Zl. VI-2115/1942; Oskar Spechtenhauser an Stadtbauamt, 14.8.1944; Baubeschreibung, o. D. (August 1944). StAI, Akten MA VI Bau 1944, Abschn. 11, Zl. VI-1550/1944.

<sup>222</sup> Einige wenige Meldungen über Arbeitsunfälle bei Baustellen der Neuen Heimat lassen sich in den Akten der Bezirkshauptmannschaften finden. Beispielsweise stürzte im Mai 1941 das Gerüst bei Wohnbauten der Neuen Heimat in Telfs ein, wobei zwei französische Kriegsgefangene verletzt wurden. Gendarmerieposten Telfs an Amtsgericht Telfs, 13.5.1941. TLA, Akten BH/LR Ibk, Fasz. 645, Mp. Unfälle Akt 85, Zl. 91/31.

Haufen Geld, man muss sie zum Arbeiten bringen!“ Andere Zeugen schrieben die Misshandlungen dem jähzornigen Charakter Johann Stipplers zu. Am zweiten Prozesstag verurteilte das Militärtribunal Johann Stippler zu fünf Jahren und Michael Stippler zu sechs Monaten Gefängnis.<sup>223</sup>

Die zweite Baufirma war die von Josef Retter jun., der nicht nur ein eigenes Kriegsgefangenen- und Zivilarbeiterlager unterhielt, sondern ein Sägewerk und eine Fabrik besaß, die Barackenteile produzierte. Die französische Militärregierung verhaftete Josef Retter jun. im November 1945, vorerst nicht wegen des Vorwurfs der Misshandlung, sondern wegen Unregelmäßigkeiten bei Bauvorhaben. Sein Vater, Josef Retter sen., verfasste einen mehrseitigen Bericht über den Einsatz ausländischer Arbeitskräfte, lobte das Lager auf der Ulfiswiese als vorbildlich und das Verhalten der Firma als äußerst entgegenkommend. Differenzen mit ausländischen Arbeitskräften seien „geringfügiger Natur“ gewesen, hätten das Rauchverbot betroffen oder den „eigenmächtigen Abgang von der Arbeitsstelle“, „grobe Arbeitsbummelei“ oder die „Mitnahme von Materialien“. Bei der Einvernahme von Kriegsgefangenen sei aber, so baute der Seniorchef vor, zu bedenken, dass diese

„5 Jahre lang das Lagerleben ohne grössere Abwechslung aushalten mussten und hierdurch, insbesondere aber auch durch die lange Trennung von der Heimat und der Familie stimmungsmässigen Depressionen ausgesetzt, die Stellungnahme der Kriegsgefangenen zum Betrieb naturgemäss beeinflussen mussten.“<sup>224</sup>

Zu einem Verfahren gegen Retter vor dem französischen Militärtribunal kam es nicht, obwohl der Vorwurf der Misshandlung von einem ehemaligen französischen Kriegsgefangenen erhoben worden war, der nun bei der Militärregierung arbeitete.<sup>225</sup>

Nach der Kapitulation der deutschen Wehrmacht, im Mai 1945, waren die Siedlungen der Neuen Heimat in Pradl und der Reichenau zwar noch nicht vollständig fertig gestellt – Innenausbau, Außenanlagen –, aber besiedelt. Das Bauvorhaben Saggen I–IV war im Rohbau steckengeblieben, die Eigenheimsiedlung in Amras ebenso, einige Häuser hatten Bombentreffer erhalten, wie das in der Gabelsbergerstraße 24 oder in der Gumpstraße 7. Die Gesellschaft Neue Heimat als Organisation der DAF fiel als „Deutsches Eigentum“ in die öffentliche Verwaltung. Die provisorische Tiroler Landesregierung setzte den Sozialdemokraten Alois Heinz an die Spitze, als seinen Stellvertreter Erich Mair von der ÖVP.<sup>226</sup>

---

<sup>223</sup> Haut Commissariat de la République Française en Autriche/Tribunal Supérieur Français en Autriche Siegeant à Innsbruck, Procès verbal d' Audience, 6./7.6.1947. Archives diplomatiques à La Courneuve, 1AUT4320/7. Ich danke Teresa Hämmerle für diese Quelle, die sie in Paris ausgehoben hat. Die Vernehmungsprotokolle der War Criminal Branch, zuständig für die Ermittlungen bei Kriegsverbrechen, finden sich in TLA, ATLR, Abt. VIII, Staatspolizeiliche Akten 1945/46, Akt 6272/45.

<sup>224</sup> Bericht, o. D. und Aufwendungen für Kriegsgefangene 1942–1944, beiliegend einem Schreiben von Josef Retter sen. an stellvertretenden Polizeidirektor, 3.1.1946. TLA, ATLR, Abt. VIII, Staatspolizeiliche Akten 1945/46, Akt 1934/1945.

<sup>225</sup> Josef Retter sen. an stellvertretenden Polizeidirektor Grossmann, 3.1.1946. Ebd.

<sup>226</sup> Alexander, Wegmarken, 37.

## Zusammenfassende Bemerkungen

Die Neue Heimat, als gemeinnützige Wohnbaugesellschaft eine Gründung der NS-Organisation DAF, entwickelte sich von der Gründung im Feber 1939 bis Kriegsende zu einer der einflussreichsten Wohnbauträgerinnen Tirols.

Ihr Wohnbauprogramm, angetrieben von der Sondermaßnahme Südtirol, war ambitioniert und eingebunden in ein Netz von Institutionen und Entscheidungsträgern, die unterschiedliche Interessen verfolgten. Eine Vielzahl an Institutionen und Vorschriften regelten das Bauwesen in der NS-Zeit, im Krieg kamen weitere einschränkende Maßnahmen hinzu. Dem NS-Regime lag daran, mit Wohnbauten „Volksgemeinschaft“ zu erzeugen und sich einen sozialen Anstrich zu verleihen. Arbeitsamt oder Aufsichtsbehörden wie der Gaubeauftragte für die Bauwirtschaft oder die Landesstelle für Raumordnung bremsen bzw. mussten angesichts von Ressourcenmangel auf allen Ebenen bremsen. An diesem scheiterten auch die Bemühungen des Stadtbauamtes und der Stadtwerke, Siedlungsgelände im eingemeindeten Arzl für künftige Wohnbauten zu erschließen.

Die propagandistisch erwünschte Wirkung von Wohnbauprojekten verblasste neben den Forderungen der Wehrmacht und der Rüstungsindustrie nach Ressourcen und Arbeitskräften. Das Wohnbauprogramm der Neuen Heimat war unter den Verhältnissen der Kriegswirtschaft nicht wie gewünscht umsetzbar. Statt der geplanten rund 3.600 Wohnungen in Innsbruck war bis Kriegsende nur rund ein Drittel besiedelt.

Jeder Bereich der Wirtschaft, von der Land- bis hin zur Tourismuswirtschaft, war auf ausländische Arbeitskräfte angewiesen, Freiwillige, Zwangsrekrutierte oder Kriegsgefangene. Einige Branchen waren noch mehr als andere davon abhängig, darunter die Bauwirtschaft, bei der reichsdeutsches Personal in der Minderheit war. Die meisten Bauprojekte, seien es Straßen- oder Kraftwerksbauten oder der Wohnbau, waren nur mit Zwangsarbeit zu verwirklichen. Das Stadtbauamt und die Stadtwerke schafften es nur unter massivem Einsatz von Zwangs- und Häftlingsarbeit, das Siedlungsgelände in Pradl-Ost und der Reichenau zu erschließen. Alle Wohnbauten, welche die Neue Heimat zwischen 1939 und 1945 umsetzte, entstanden mit unfreiwilliger Arbeit. Jede der beauftragten Baufirmen setzte ausländische Arbeitskräfte ein, die sie teils in eigenen, miserabel ausgestatteten Baracken unterbrachte oder im städtischen Lager in der Reichenau einmietete. Die Neue Heimat war damit nicht allein, denn bis auf einige wenige Privatbauten entstanden Wohnbauten in der Stadt Innsbruck, unabhängig vom Bauträger, mithilfe ausländischer Zivilarbeiter und Kriegsgefangener.



## Abkürzungsverzeichnis

AEL	Arbeitserziehungslager
Arge	Arbeitsgemeinschaft
DAF	Deutsche Arbeitsfront
Gestapo	Geheime Staatspolizei
NS-	nationalsozialistisch
NSDAP	Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei
OKW	Oberkommando der Wehrmacht
ÖVP	Österreichische Volkspartei
Pf.	Pfennig
RM	Reichsmark
Stalag	Mannschaftsstelllager

## Verzeichnis der Abbildungen und Tabellen

Abb. 1	Das noch unbesiedelte östliche Stadtgebiet Innsbrucks und die Arzler Felder, 1930. Städtisches Verkehrsbüro, Verkehrsplan von Innsbruck, 1930, Ausschnitt. StAI, J-29b/L D	9
Abb. 2	Das östliche Stadtgebiet, 1940/41. Stadtbauamt Innsbruck, Straßen-Neu- und Umbenennungen 1940/41, 23.1.1941. StAI, Sammelakt A-283.	13
Abb. 3	Lageplan des Bauvorhabens Pradl VI–XVII, o. D. TLA, Neue Heimat Tirol, Teil 2, Bestand: Innsbruck, Box 12. Anm.: Bauherrin der Häuser zwischen Langstraße und Gabelsberger-/Lindenstraße war die Stadt Innsbruck.	14
Abb. 4	Lageplanskizze Wohnbauten Südtiroler Aktion, 3. Mai 1940. StAI, NS-Zeit Arbeiterlager Reichenau Allgemeines, Mp. Arbeiterlager „Reichenau“ Errichtung.	33
Tab. 1	Der Neuen Heimat zugeteilte Bauten für Südtiroler Rückwanderer, 14.12.1939	11
Tab. 2	Wohnbauprojekte der Neuen Heimat in Innsbruck 1939–1945	16 f.
Tab. 3	Mit den Wohnbauten der Neuen Heimat beauftragte Baufirmen 1939–1945	43–45
Tab. 4	Arbeitslager der Bauwirtschaft in Innsbruck, Sommer 1942	54
Tab. 5	Verhältnisse in den Lagern der Bauwirtschaft in Innsbruck, Sommer 1942	55–59

# Bibliographie

## 1. Archivalien

### **Stadtarchiv Innsbruck (StAI):**

Akten Magistratsdirektion (MD) 1940, 1941, 1942  
Akten MA I Gewerbe 1942  
Akten MA VI Bau 1938–1945, 1947  
Akten MA VII Sanität 1940, 1941  
Akten Pläne Bebauung VI  
Gewerbe Karteikasten  
NS-Registrierungsakten  
Ratsprotokolle 1940–1944  
Sammelakten

### **Tiroler Landesarchiv (TLA):**

Akten Bezirkshauptmannschaft/Landrat (BH/LR) Innsbruck  
Akten Bezirkshauptmannschaft/Landrat (BH/LR) Landeck  
Amt der Tiroler Landesregierung (ATLR):  
    Digitalisierte Akten Abt. VI (Gemeindeaufsicht)  
    Staatspolizeiliche Akten 1945/46  
Landesgericht als Volksgericht Innsbruck (LG als VG Ibk)  
Landeshauptmannschaft (Lhms), Bauamt N 1938/39  
Neue Heimat Tirol  
Reichsstatthalter (RStH):  
    Gaubeauftragter für die Bauwirtschaft (GB Bau)  
    Dezernat Ia4 (Reichsverteidigung)  
    Dezernat IIIa1 (Gesundheit)  
    Bauamt N 1939/40  
    Unterabt. Raumordnung  
    Unterabt. Va (Straßenbau)

## 2. Internet

[https://alex.onb.ac.at/tab\\_dra.htm](https://alex.onb.ac.at/tab_dra.htm) (Gesetzestexte Deutsches Reich)  
<https://www.bundesarchiv.de/zwangsarbeit>

Pagenstecher Cord/Czerwiakowski Ewa, Vor 75 Jahren: Die Polen-Erlasse. Ein zentrales Instrument nationalsozialistischer Ausgrenzungs- und Ausbeutungspolitik, in: Zeitgeschichte-online, April 2015. <https://zeitgeschichte-online.de/geschichtskultur/vor-75-jahren-die-polen-erlasse> (abgerufen 13.5.2020).

## 3. Zeitungen/Zeitschriften

Amtsblatt der Gauhauptstadt Innsbruck  
Innsbrucker Nachrichten

## 4. Gedruckte Quellen

Adressbuch der Gauhauptstadt Innsbruck 1941.

Organisationsbuch der NSDAP, hg. Reichsorganisationsleiter der NSDAP, München <sup>3</sup>1937.

Statistisches Handbuch der Stadt Innsbruck, hg. vom Statistischen Amt der Stadt Innsbruck, Innsbruck 1950.

## 5. Literatur

Albrich Thomas, Ein KZ der Gestapo: Das Arbeitserziehungslager Reichenau bei Innsbruck, in: Eisterer Klaus (Hg.), Tirol zwischen Diktatur und Demokratie (1930–1950). Beiträge für Rolf Steininger zum 60. Geburtstag, Innsbruck–Wien–München–Bozen 2002, 77–113.

Alexander Helmut, Wegmarken und Weichenstellungen – Geschichte der Wohnungs- und Siedlungsgesellschaft „Neue Heimat“ in Innsbruck, in: Neue Heimat Tirol (Hg.), Die Geschichte der „Neuen Heimat Tirol“ 1939–2014, Innsbruck–Wien 2013<sup>2</sup>, 11–82.

Alexander Helmut, Die Umsiedlung der Südtiroler 1939–1945, in: Tiroler Landesinstitut (Hg.), Heimatlos. Die Umsiedlung der Südtiroler, Wien 1993, 43–179.

Dohle Oskar/Slupetzky Nicole, Arbeiter für den Endsieg. Zwangsarbeit im Reichsgau Salzburg 1939–1945 (Schriftenreihe des Forschungsinstituts für politisch-historische Studien der Dr.-Wilfried-Haslauer-Bibliothek Bd. 21), Wien–Köln–Weimar 2004.

Freund Florian/Perz Bertram, Die Zahlenentwicklung der ausländischen Zwangsarbeiter und Zwangsarbeiterinnen auf dem Gebiet der Republik Österreich 1939–1945, in: Zwangsarbeiter und Zwangsarbeiterinnen auf dem Gebiet der Republik Österreich 1939–1945 (Veröffentlichungen der Österreichischen Historikerkommission Bd. 26/1), Wien–München 2004, 7–274.

Fritz Hanna, „Groß-Innsbruck ist geschaffen!“ – Eingemeindungen in den Jahren 1938–1942, in: Matthias Egger (Hg.), „... aber mir steckt der Schreck noch in allen Knochen.“ Innsbruck zwischen Diktatur, Krieg und Befreiung 1933–1950 (Veröffentlichungen des Innsbrucker Stadtarchivs NF 71), Innsbruck 2020, 79–111.

Mathies Christian/Strobl Hildegard, Vom Gauhaus zum Landhaus. Ein Tiroler NS-Bau und seine Geschichte (Veröffentlichungen des Tiroler Landesarchivs Bd. 23), Innsbruck 2021.

Pitscheider Sabine, Innsbrucker Stadtwerke. Geschichte der Gründung 1938/39, Studie erstellt im Auftrag der IKB, Dezember 2019.

Pitscheider Sabine, Kematen in Tirol in der NS-Zeit. Vom Bauerndorf zur Industriegemeinde (Studien zu Geschichte und Politik Bd. 19), Innsbruck–Wien–Bozen 2016.

Pitscheider Sabine, Die „Neugestaltung“ Innsbrucks nach dem „Endsieg“, in: Steininger Rolf/Pitscheider Sabine (Hg.), Tirol und Vorarlberg in der NS-Zeit (Innsbrucker Forschungen zur Zeitgeschichte Bd. 19), Innsbruck–Wien–München–Bozen 2002, 281–297.

Schreiber Horst, Wirtschafts- und Sozialgeschichte der Nazizeit in Tirol (Geschichte & Ökonomie Bd. 3), Innsbruck 1994.

Speckner Hubert, In der Gewalt des Feindes. Kriegsgefangenenlager in der „Ostmark“ 1939 bis 1945 (Kriegsfolgen-Forschung Bd. 3), Wien–München 2003.

Strobl Hildegard, Groß-Innsbruck als „Perle unter den Städten deutscher Alpen“ und/oder sozialer Wohnungsbau der Neuen Heimat – Ein Wechselspiel, in: Matthias Egger (Hg.), „... aber mir steckt der Schreck noch in allen Knochen.“ Innsbruck zwischen Diktatur, Krieg und Befreiung 1933–1950 (Veröffentlichungen des Innsbrucker Stadtarchivs NF 71), Innsbruck 2020, 113–138.